

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 24. September 2012,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

21. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 20. Sitzung des Gemeinderates vom 02.07.2012 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat
Stefan Ganzert

Raimund Buttinger
Klaus Hoflehner
Brigitte Lindlbauer
Karl Schönberger

Werner Forstinger
Mag. Bernhard Humer
Mag. Petra Lipp
Barbara Wildfellner

Johann Reindl-Schwaighofer

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner
Margarete Josseck-Herd
Mag. Georg Parzmayr
Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger
Mag. Günter Lehner
Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm
Dietmar Marehard
Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar
Herbert Pernkopf
Walter Zaunmüller

Stefan Haböck
Brigitte Wartinger

Augustine Hacker
Markus Wiesinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.OAR. Johann Höpfl
Beate Wiesinger

Entschuldigt:

GR. Ernst Kirchmayr (SPÖ)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 18.09.2012 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
DI-Verf-007-2012

Bgm. Dr. Koits: Es wird heute ein neues Mitglied des Gemeinderates angelobt. Nach dem Verzicht von Frau Gemeinderätin Hannelore Aigner ist deren Mandat im Gemeinderat neu zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde Werner Forstinger in den Gemeinderat nachberufen, welcher die Berufung angenommen hat. Die vorgeordneten Ersatzmitglieder Manfred Hochhauser, Silvia Huber, Dr. Friedrich Ganzert, Gertrude Aitzetmüller und Claudia Hüttmayr-Punkenhofer haben auf eine Nachberufung verzichtet. Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe" zu leisten.

Ich ersuche sie daher, sich von ihren Plätzen zu erheben und die Frau Magistratsdirektorin ersuche ich um Verlesung der Gelöbnisformel.

MD MMag. Dr. Kamleithner verliest die Gelöbnisformel nach § 10 Abs. 4 Statut für die Stadt Wels.

Herr Werner Forstinger leistet sodann das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ .

Bgm. Dr. Koits: Lieber Werner Forstinger! Ich darf dich wieder im Gemeinderat willkommen heißen und bitte dich so wie früher um entsprechende Zusammenarbeit im Interesse der Bevölkerung von Wels. Ich wünsche dir für deine Tätigkeit alles erdenklich Gute!

Mitteilungen des Bürgermeisters

Statistisches Jahrbuch 2011 der Stadt Wels:

Bgm. Dr. Koits: Ich habe heute nur eine Mitteilung. Und zwar möchte ich sie darauf hinweisen, dass das aktuelle „Statistische Jahrbuch der Stadt Wels“ wiederum elektronisch, also auf der Homepage der Stadt Wels unter „Wels in Zahlen“ zur Verfügung steht. Wir dürfen sie also darum ersuchen, sich auf elektronischem Weg zu bedienen. Das Jahrbuch kann aber per E-mail auch bei der Dienststelle Präsidium angefordert werden.

Freilauffläche für Hunde:

Bgm. Dr. Koits: Es hat mich Herr Vizebürgermeister Dr. Wieser ersucht, heute sozusagen unter meinen Mitteilungen zum Thema „Freilauffläche für Hunde“ – dieses Thema wurde ja in der letzten Gemeinderatssitzung, wenn ich mich richtig erinnere, sehr stark diskutiert – aus seinem Kompetenzbereich heraus Informationen geben zu können. Nach unserer Geschäftsordnung besteht diese Möglichkeit.

Vzbgm. Dr. Wieser zeigt mit Hilfe des Overheadprojektes einige Folien und führt dazu aus:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für die Einräumung dieser Möglichkeit und darf Folgendes ausführen.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde in Zusammenhang mit einem Antrag der ÖVP auf Einrichtung einer Hundefreilauffläche in Wels über eine Stunde lang diskutiert und ich meine, es ist gerechtfertigt, über das Ergebnis jener Arbeiten, die über den Sommer hin durchgeführt oder vorangetrieben wurden, an dieser Stelle zu informieren.

Wir haben uns ja schon im Frühjahr dieses Jahres nach Flächen umgesehen und wir haben die auch finanziell günstigste Lösung in der Freizeitanlage Wimpassing gefunden. Dazu zeige ich ihnen jetzt ein paar Bilder.

Zum Ersten sehen sie hier eine Zufahrt vom nordwestlichen Teil der Anlage her. Diese betrifft einerseits die Rekultivierung von Erdmassen, andererseits haben wir sozusagen einen Hügel geöffnet bzw. einen neuen Parkplatz geschaffen, damit die Leute mit ihren Hunden dort hinfahren können.

Macht man einen Blick zurück, sieht man im Hintergrund ein Gebäude der Firma Prillinger. Und man kommt über die Moosbachtalstraße zum Parkplatz für etwa 10 bis 12 Fahrzeuge.

Fährt man also auf den Parkplatz ein, kommt man in weiterer Folge zu einem seichten Abgang in die Freizeitanlage hinein. Auf diesem Bild sehen sie einen kleinen Hund, der hinuntergeht. Es ist das mein eigener Hund, der sich für diese Aufnahme zur Verfügung stellte. Nach dieser Schranke ist der Abgang etwa 70 bis 80 Meter lang und auf dem nächsten Bild sehen sie schon die Anlage selbst. Das ist also eine umzäunte Fläche und die Häuser im Hintergrund sind jene in der Otto-Loewi-Straße. Es gibt also rund-

herum sehr viele Wohnanlagen und ich nehme an, dass dort auch sehr viele Hunde gegeben sind.

Unter Zuhilfenahme von Leistungen der Stadtgärtnerei wurde also diese umzäunte Freilauffläche für Hunde geschaffen. Die Materialkosten beliefen sich auf ca. 3.200 Euro; diese hielten sich also in Grenzen. Die Stadtgärtnerei erbrachte Arbeitsleistungen in einer Höhe von ca. 8.600 Euro, sodass die Kosten insgesamt über 11.000 Euro ausmachten. Dann wurde auch noch die Straßenmeisterei tätig; sie hat für 6.800 Euro gearbeitet.

Die gesamte Hundefreilauffläche, wie sie sie hier sehen, hat ein Ausmaß von ca. 2.050 m². Es wurden 200 Meter Wildzaun verbaut, 150 Laufmeter Lärchenholz und die „Hundestation“ hat 318 Euro gekostet. Beachtlich ist weiters, dass 11 Kubikmeter Beton und 100 Kilogramm Gebrauchsrasenmischung benötigt wurden.

Sie sehen weiters, dass wir einige Bänke und Tische aufstellten, damit die Leute, die ihre Hunde hinbringen, sich ausrasten können, während ihre Hunde herumtollen.

Hier sieht man auch noch die „Hundestation“, von der ich zuerst schon gesprochen habe. Darauf stehen einige Anweisungen für jene, die sich damit nicht so gut auskennen.

Es hat sich ein Verein gemeldet bzw. hat sich ein Verein für den Betrieb solcher Anlagen zuständig erklärt. Dieser wird uns noch behilflich sein, wenn es um die Aufstellung einer Tafel bzw. um die Formulierung von Leitlinien für die Nutzung dieser Fläche geht.

Ich meine, wir haben den Sommer über wirklich fleißig an diesem Thema gearbeitet und ich wollte ihnen das Ergebnis heute präsentieren, weil ich mir denke, dass es sie interessiert, was aus dieser Debatte heraus entstanden ist.

Am 4. Oktober, einem Donnerstag, gibt es eine kleine Pressekonferenz mit dem Herrn Bürgermeister oder seiner Stellvertretung. Und dann werden wir diese Hundefreilauffläche auch der Öffentlichkeit vorführen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Herrn Dr. Wieser für das, was er uns sozusagen als Ergebnis der zuletzt geführten Debatte hier präsentierte. Und ich bin überzeugt, dass wir nach einer bestimmten Zeit einen Erfahrungsbericht darüber bekommen, ob diese Fläche ausreichend ist. Sollte dies der Fall sein, hätten wir wieder ein offenes Thema gelöst.

GR. Raggl-Mühlberger; Geburtstagswünsche:

Bgm. Dr. Koits: Ich darf mir am Beginn der Sitzung auch noch erlauben, Frau Kollegin Raggl-Mühlberger zu ihrem Geburtstag, den sie heute begeht, herzlich zu gratulieren. Der vor ihr stehende Blumenstrauß legt Zeugnis davon ab, dass sozusagen etwas Besonderes im Gange ist. Alles Gute!
(Beifall!!)

Aktuelle Stunde

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass zur „Aktuellen Stunde“ kein Themenvorschlag gegeben ist.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Verhängung eines Baustopps für im Bau befindliche Sportprojekte, die nicht einem vom Land Oö. vorgeschriebenen Kostendämpfungsverfahren unterzogen wurden:

Bgm. Dr. Koits: Zuerst darf ich eine Erklärung abgeben. In meinem Büro ist ein kleiner Lapsus passiert. Ich bestätige immer den Eingang der jeweiligen Anträge und so auch auf diesem Antrag. Am 18.09. kamen auf einmal etliche Anträge herein und ich habe dann auf dem ÖVP-Antrag in einer Weise abgezeichnet, dass man den Eindruck gewinnen konnte, ich würde diesen Antrag unterstützen, was aber nicht der Fall ist, weshalb ich meine Unterschrift an dieser Stelle durchgestrichen habe. Ich erwähne dies vorweg, damit nicht womöglich in der Diskussion irgendein missverständlicher Hinweis auftaucht.

Anschließend bringt der Bürgermeister den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis und ersucht um eventuelle Wortmeldungen zur Dringlichkeit des Antrages.

Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

StR. Lehner: Man sieht heute anhand eines Tagesordnungspunktes, welcher den Welser SC Hertha betrifft, wie schnell eigentlich Kosten explodieren können, wenn man kein Kostendämpfungsverfahren durchführt. Solch ein Kostendämpfungsverfahren stellt keine Schikane des Landes dar, sondern es ist damit auch für uns in Wels eine Hilfestellung gegeben. Man sieht, wie man durch intensive Beschäftigung mit einem Projekt die Kosten in den Griff bekommen kann, womit es letztlich möglich wird, den Sport in unserer Stadt nachhaltig abzusichern. Dazu bekennen wir uns als ÖVP bzw. wollen wir das erreichen.

Wenn wir jetzt speziell in Hinblick auf den Kunstrasenplatz einen Baustopp und die Durchführung eines Kostendämpfungsverfahrens erreichen wollen, stellt sich eben die Frage, ob wir in Wels tatsächlich zwei bzw. mit dem FC Wels zusammen sogar drei Kunstrasenplätze benötigen. Man muss sich im Klaren darüber sein, dass bei einem Kunstrasenplatz die jährliche Abschreibung mit etwa 50.000 Euro zu berechnen ist, das heißt, das ist richtiges Geld, um das unser Budget jährlich belastet wird. Tatsächlich ist dieses Geld aber nicht jährlich fällig, sondern dann, wenn solch ein Platz abgenutzt ist. Diese Abnutzung ist in etwa zehn Jahren gegeben, wobei eben dieser Kunstrasenplatz ca. 500.000 Euro an Errichtungskosten verursacht.

Ich denke also, es ist wichtig, wenn wir noch rechtzeitig diese Bauabwicklung stoppen und uns ansehen, wie in Summe das Sportkonzept für Wels aussieht. Und vor allem geht es auch noch darum, wie wir Landesgelder lukrieren können. Das Geld, das wir

nicht vom Land Oberösterreich abholen, ist jenes Geld, das mich sozusagen am meisten schmerzt. Das ist nämlich jenes Geld, das dann der Welser Steuerzahler de facto aus der eigenen Tasche zahlen muss. Beim Land gibt es klare Richtlinien – es wird die Errichtung von Sportflächen gefördert – aber anscheinend verzichten wir in Wels auf dieses Geld und starten die Projekte ohne das Okay vom Land Oberösterreich. Deshalb unser Appell, einen Baustopp durchzuführen, um andererseits noch Landesgeld nach Wels holen zu können und insgesamt den Sport in unserer Stadt langfristig abzusichern. Dazu braucht es jetzt einmal Zeit des Nachdenkens und die können wir uns verschaffen, wenn wir diesem dringlichen Antrag der ÖVP zustimmen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

22 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass mit dieser Zuerkennung der Dringlichkeit der eigentliche Sachantrag am Ende der Tagesordnung in Verhandlung genommen wird.

Anschließend übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-257-2012

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt von der SPÖ-Fraktion ein ordnungsgemäßer Wahlvorschlag (Anlage 2) eingebracht wurde und dieser im Amtsbericht seinen Niederschlag gefunden hat.

Nachdem der Amtsbericht zu diesem Punkt (Anlage 3) allen Mitgliedern des Gemeinderates aufgelegt wurde, hofft der Bürgermeister, sich eine Verlesung ersparen zu können und ersucht um Durchführung der notwendigen Fraktionswahl.

Der Wahlvorschlag (Anlage 2) wird durch Erheben der Hand in SPÖ-Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

2.)

Ankauf eines Radbaggers;
Auftragsvergabe;
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
SB-Fu-333-2012

Der Antrag lautet:

Die Lieferung eines Radbaggers TB1160W-P wird zu den Bedingungen und dem Preis des Angebotes vom 03.05.2012 um den Bruttobetrag von € 159.600,- an die Firma Huppenkothan GmbH & Co KG, 4063 Hörsching, Am Kirchenholz 3, vergeben.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

3.)

Verkauf einer stadteigenen Wohnung (Objekt Wels, Zeileisstraße 23);
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-26-2012

Der Antrag lautet:

An Herrn Harald Greindl, 4551 Ried/Traunkreis, Hauptstraße 46, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 1 im Haus Wels, Zeileisstraße 23 (Wohnnutzfläche 77,04 m²), unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 1 im Objekt Wels, Zeileisstraße 23,
beträgt € 79.000,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) Ein Barbetrag in Höhe von € 70.126,34

b) Übernahme des aushaftenden Darlehensbetrages wie folgt:
Darlehen (Wohnbauförderung) per 01.09.2012 € 8.873,66

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten des Käufers.

3. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

4.)

Vanja Frljic, Wels, Straubinger Straße 13;
Verkauf einer stadt eigenen Wohnung (Objekt Wels, Billrothstraße 111);
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-32-2012

Der Antrag lautet:

An Frau Vanja Frljic, geb. 12.03.1990, österreichische Staatsbürgerin, Wels, Straubinger Straße 13, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 10 im Haus Wels, Billrothstraße 111 (Wohnnutzfläche 83,71 m²), unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 10 im Objekt Wels, Billrothstraße 111, beträgt € 84.100,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) Barbetrag in Höhe von € 79.037,95

b) Übernahme des aushaftenden Darlehensbetrages wie folgt:
Darlehen (Wohnbauförderung) per 01.08.2012 € 5.062,05

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten der Käuferin.

3. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

5.)

Welser SC Hertha;
Errichtung eines neuen Clubheimes;
Erweiterung der Subventionsvereinbarung
SF-Sport-120-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 03.09.2012:

Die Erweiterung der Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem Welser Sportverein Hertha (Anlage 4) wird genehmigt.

Vzbgm. Wimmer verweist auf den allen Anwesenden vorliegenden Amtsbericht samt Erweiterung der Subventionsvereinbarung und führt speziell Folgendes aus:

Nach dem Willen der ÖVP würde diese Errichtung des Clubheimes für den Welser SC Hertha ebenfalls unter den Baustopp fallen; der diesbezügliche Dringlichkeitsantrag wird noch am Ende der Sitzung behandelt. Nachdem ich um etwa 16 Uhr nach Linz zum Herrn Landeshauptmann fahren muss und ich deshalb bei Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages nicht mehr anwesend sein kann, ersuche ich dich darum, Herr Bürgermeister, dass ich sozusagen vorweg schon unter diesem Tagesordnungspunkt, bei welchem es eigentlich um die Erweiterung der Subventionsvereinbarung geht, etwas konkreter auf diese ganze Angelegenheit eingehe.

Die Kostenüberschreitung und damit verbunden die Abänderung der Subventionsvereinbarung mit dem genannten Sportclub für die Errichtung eines Sportheimes beläuft sich auf 351.000 Euro. Die Gründe hierfür sind im Amtsbericht aufgelistet. Der Sportausschuss des Gemeinderates behandelte dieses Thema sehr ausführlich und er beschloss letztendlich mit Stimmenmehrheit, die Annahme dieses Antrages zu empfehlen.

Ich darf mir erlauben, dazu doch noch einige grundsätzliche Worte zu verlieren, da ich als Finanz- und als Sportreferent natürlich bestrebt bin, auf eine entsprechend zweckmäßige und sparsame Verwendung der Mittel, wie sie in den für uns geltenden gesetzlichen Vorschriften, aber auch der Subventionsordnung der Stadt Wels vorgesehen ist, Bedacht zu nehmen.

Es gibt kein Sportprojekt, das nicht eingehend und teils lange Zeit geprüft wird. Ich und meine Mitarbeiter drängen immer wieder darauf, das Letzte herauszuholen, um Kosten und damit Steuergelder für die Stadt Wels zu sparen. Das ist natürlich in diesem Fall ebenso geschehen. Glauben sie mir, dass mir nichts lieber wäre, als könnte bei diesem oder auch bei anderen Projekten immer der vorgegebene finanzielle Rahmen eingehalten werden. Leider ist das, wie wir aus der Vergangenheit wissen, sehr oft nicht der Fall, und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen heraus. Der letzte Fall, den wir im Gemeinderat nochmals behandeln mussten, betraf die Anlage des Welser Turnvereines, und zwar in einer ähnlichen Größenordnung. Nur meine ich halt, dass Vereine, die solche Projekte durchwegs mit ehrenamtlichen Funktionären abwickeln – natürlich mit professioneller Unterstützung – nicht immer diese Exaktheit an den Tag legen können, wie das bei einem öffentlichen Projekt der Stadt Wels, des Landes oder des Bundes

vorauszusetzen und auch zu erwarten ist. Daher glaube ich, dass diese Ausfinanzierung, die schlüssig begründet ist, nämlich einerseits durch technische Gegebenheiten, die niemand vorhersehen konnte – so entsprach der Untergrund für das Bauwerk eher einer ehemaligen Mülldeponie als einem normalen Schotterboden, wodurch technische Maßnahmen, die mit Mehrkosten verbunden waren, gesetzt werden mussten – andererseits durch Schätzungen, die Unterschiede zu den tatsächlichen Ausschreibungsergebnissen brachten, das heißt, es gab Preiserhöhungen, nicht etwa Reduzierungen, notwendig ist. Letztlich war der Abbruch des bisherigen Clubheimes und die Rekultivierung finanziell nicht im Projekt vorgesehen; es ist das ein Betrag von zusätzlich 85.000 Euro, der sich hier zu Buche schlägt.

Ich möchte aber auch dem entgegenreten, was da und dort so gesagt wird, nämlich dass nicht beim Land Oberösterreich um Förderungsmittel angesucht wurde und kein Kostendämpfungsverfahren durchgeführt worden sei. Zu diesem Kostendämpfungsverfahren genügt eigentlich ein einziger Satz bzw. der Hinweis, dass solch ein Verfahren überhaupt nicht in unsere Zuständigkeit fällt. Gemäß den vom Land Oberösterreich selbst erstellten Richtlinien ist für die Durchführung eines solchen Verfahrens das Land selbst zuständig. Im Bereich der Sportanlagen ist dafür die Landes-Sportdirektion zuständig. Und ich meine, dass ausreichend Zeit gegeben war – das gilt aber nicht bloß für dieses in Rede stehende Projekt, sondern für alle in Diskussion stehenden Projekte – um seitens des Landes dieses Kostendämpfungsverfahren durchzuführen.

Im konkreten Fall war es so, dass bereits im Jahr 2009 der Vereinsvorstand tätig wurde. Schon damals wurden die ersten Gespräche mit Vertretern des Landes geführt und seitens des Landes wurde überraschenderweise bereits am 15.09.2009 eine örtliche Begehung und Besprechung bzw. eine Sitzung des Landes-Sportstättenbeirates hier in Wels im Gelände des WSC Hertha durchgeführt. Somit ist es fast exakt drei Jahre her, dass diese Begehung bzw. diese Sitzung stattfand, was ja zwingende Voraussetzung für eine Förderungszusage des Landes Oberösterreich ist. Ich habe selbst an dieser Begehung, an den Gesprächen teilgenommen und konnte dabei durchaus den Eindruck gewinnen, dass es sich hier um ein Projekt handelt, das auch seitens des Landes Oberösterreich als förderungswürdig anerkannt wird.

Strittig war eigentlich nur das Ausmaß des Projektes bzw. ob alles, was von diesem Projekt umfasst wird, als förderungswürdig anerkannt wird. Das ist aber irgendwo ein zweites Thema und ich bedaure, dass es bis heute nicht gelungen ist – dies trotz zahlreicher Gespräche, die sowohl ich als auch der Verein führte – dem Land Oberösterreich klar zu machen, dass es sich hier nicht um eine reine Fußballanlage handelt, sondern dass der Verein neben der Sektion Fußball auch die Sektionen Stocksport und Schach betreibt, wobei es sich zudem auch noch um eine Leichtathletikanlage handelt, das heißt, die Anlage wird auch noch von Sportlern aus dem Bereich der Leichtathletik mitbenützt. Es ist somit ein bedauerlicher Umstand, dass es uns allen bis heute nicht gelungen ist, eine entsprechende Überzeugungsarbeit zu leisten.

In der Folge, am 31.08., hat es, basierend auf Forderungen bzw. Ergänzungswünschen des Landes Oberösterreich, einen weiteren Förderantrag des Vereines an den zuständigen Sport-Landesrat gegeben. Noch ein Antrag wurde dann am 19.01.2011 gestellt. Dieser weitere Antrag war deshalb nötig, weil das Land, die Landes-Sportdirektion immer wieder Gründe suchte und auch fand, um Ergänzungen, Planänderungen verlangen zu können. Als eigentlich nichts mehr zu verlangen war, weil schon alles geliefert

wurde, kam man seitens der Landes-Sportdirektion darauf, dass die Formulare nicht die richtigen waren und der Vereinsobmann musste das schon Geschriebene auch noch auf die entsprechenden Landes-Formulare übertragen. Selbstverständlich geschah aber auch dieses.

Und so hat am 28.03.2011 der Gemeinderat der Stadt Wels diese Subventionvereinbarung beschlossen, worauf am 18. April 2011 ein Ersuchen der Stadt Wels, unterfertigt vom Bürgermeister und von mir, an das Land Oberösterreich ergangen ist, diesen Vereinsantrag zu behandeln und dieses Projekt zu unterstützen.

Am 12.12.2011 kam es zu einer Besprechung im Rahmen der Landes-Sportorganisation und auch bei dieser Besprechung wurde das Projekt dem Grunde nach nicht in Frage gestellt.

In der Zwischenzeit gab es eine Reihe von Gesprächen, die ich persönlich, zum Teil zusammen mit der Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch mit dem zuständigen Sport-Landesrat führte. Diese Gespräche haben ergeben, dass die Welser Sportprojekte vom Prinzip her allesamt okay sind und die Unterstützung des Sport-Landesrates haben, dass aber – das war die Konklusion dieser Gespräche – das Land Oberösterreich zur Zeit erstens keine verfügbaren Mittel habe, um diese Projekte fördern zu können und dass zweitens das Land Oberösterreich die Auffassung vertritt – das ist aber ein eigenes Thema – dass der Stabilitätspakt 2012 und die ganzen gesetzlichen Bestimmungen, die sich darum ranken, es nicht zulassen, dass in Zukunft die Gemeinden Investitionen, so wie es ansonst eigentlich jeder Häuslbauer macht, durch Darlehen bedecken können. Es ist in der Tat so, dass der Stabilitätspakt, so wie es das Parlament beschlossen hat, sehr drakonisch und dramatisch, wie ich fast sagen möchte, auf die Gebarung der Gemeinden Einfluss nimmt. Es haben sich nämlich die Möglichkeiten der Neuverschuldung Bund und Länder untereinander aufgeteilt bzw. bedeutet dies für die Gemeinden eine Null bei der Netto-Neuverschuldung. Wie das letztlich gehandhabt wird, weiß ich nicht, genauso wenig wie meine Kollegen in den anderen Städten. Wir gehen jedoch alle davon aus, dass hier eine Klärung in naher Zukunft erfolgen wird müssen, denn alles andere würde einen Investitionstopp für alle Gemeinden in Österreich bedeuten.

Das waren also die Themen, um die es bei den Diskussionen auf Landesebene ging, nachdem sozusagen von der sportlichen Seite her vom Land außer Streit gestellt worden ist, dass die Projekte gut, richtig und förderwürdig sind, wobei die Höhe der Förderung eine zweite Frage darstellt.

Zum Zeitpunkt des Antrages spielte dieser Verein in der Bezirksliga, mittlerweile jedoch in der oberösterreichischen Landesliga, womit verbunden ist, dass jetzt andere bzw. höhere Fördersätze gelten wie zur Zeit der Antragstellung. Letztendlich ist es aber ohnehin so, dass wir als Stadt Wels so wie bei vielen anderen Projekten im Moment sowieso nicht damit rechnen können, Förderungsmittel vom Land Oberösterreich zu bekommen.

Dass wir nach Beschlussfassung des Sportstättenkonzeptes eine schriftliche Vorlage beim Land machten und dass wir aufgrund eines Schreibens auch eine eigene Prioritätenreihung vorlegten, ist ja selbstverständlich. Ich wundere mich nur, wenn ich immer wieder Briefe vom Land bekomme, in denen eine solche Prioritätenreihung eingefordert wird. Eine solche Reihung wurde erstmals dem Land Oberösterreich schon im Jahr 2009 vorgelegt. Mittlerweile legten wir aber noch eine derartige Reihung vor. Und wenn

ich mir diese Zusammenstellung von neun Projekten ansehe, dann befindet sich darunter kein einziges Projekt, wofür nicht schon vor Baubeginn versucht wurde – ich betone „vor Baubeginn“ – die Förderungen des Landes Oberösterreich zugesichert zu bekommen. Dazu kann man natürlich den Standpunkt vertreten, dass, bevor nicht eine Förderzusage mit Brief und Siegel einlangte, mit dem Bau nicht begonnen werden darf. Ich werfe hier aber die Frage auf, wie das in der Praxis aussehen würde. Wir hätten heute noch immer keine Möglichkeit, für die vielen hundert Jugendlichen, die in Wels Sport betreiben, halbwegs vertretbare Unterkünfte zu bauen. Das ist bei WSC Hertha ähnlich wie beim FC Wels, wo insbesondere die Jugend in Baracken untergebracht ist. Ich meine aber, dass das im Jahr 2012 als Zustand anzusehen ist, der nicht mehr tragbar erscheint.

Ich möchte betonen und unterstreichen, dass wir uns bei allen Projekten exakt – wenn ich „wir“ sage, dann meine ich einerseits die Stadt Wels, falls sie als Förderungswerber auftritt, aber auch jene Vereine, die selbst Förderansuchen stellen – und absolut korrekt verhalten haben bzw. dass stets die entsprechenden Anträge eingereicht wurden. Faktum ist aber, dass offenbar die Landes-Sportorganisation nicht über jene Ressourcen verfügt, die nötig wären, um die Anträge in einer möglichst kurzen Zeit abarbeiten zu können. Andererseits bin ich der Auffassung, dass das nicht auf dem Rücken der Sportlerinnen und Sportler ausgetragen werden kann, noch dazu als mündliche Besprechungen etwas anderes signalisierten.

Sie können aber auch die Obfrau des UNION-Tennisclubs, Frau Dr. Gusenleitner, befragen, welchen Spießrutenlauf sie als Funktionärin beim Land Oberösterreich absolvieren musste, um überhaupt einmal einen Gesprächstermin beim zuständigen Beamten zu bekommen. Wenn sie das hören, müssen sie sagen: Das spricht Bände. Im Fall dieses Tennisclubs, so sagte sie mir, war es überhaupt nur aufgrund der Intervention des Herrn Abgeordneten Csar möglich, zu Ergebnissen zu gelangen.

Ich meine, dass die hier bei diesem Punkt gegebene Vorgangsweise eine vertretbare Vorgangsweise ist und dass diese im Interesse der vielen Welser Jugendlichen und Kinder ist, die Sport betreiben. Ich meine, dass der Sport ein unterstützenswertes Vorhaben ist und wir als Gemeinde dazu verpflichtet sind, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir machen ja das Ganze nicht unbedingt für uns selbst, für die Mitglieder des Gemeinderates, sondern für die Jugend. Und diesbezüglich halte ich diese Vorgangsweise nicht nur für gerechtfertigt, sondern für absolut notwendig.

In diesem Sinne ersuche ich sie um Zustimmung zum heute vorliegenden Antrag.

GR. Pernkopf: Herr Vizebürgermeister Wimmer! Sie haben es sehr gut erklärt, wie es grundsätzlich abläuft, aber ich darf das jetzt für die ÖVP-Fraktion in meinen Worten etwas kritischer darstellen, nämlich die Art und Weise, wie das alles zustande gekommen ist.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass der Verein WSC Hertha ein neues Clubheim braucht, aber wie es dazu gekommen ist bzw. wie das in letzter Zeit ablief, das muss aus unserer Sicht heraus doch klargestellt werden.

Baut man ein Haus, egal ob dieses für das Wohnen oder als Clubheim für einen Sportverein dienen soll, braucht es meiner Meinung nach drei Grundpfeiler. Erstens braucht

man einen guten Plan, zweitens ist die Art und Weise der Finanzierung abzuklären und drittens benötigt man über alles hinweg eine gute Bauaufsicht.

Erstens stellt sich die Frage, ob ich alle baurelevanten Parameter einhalte und ob die Größe den Notwendigkeiten und Normen entspricht.

Zum Zweiten stellt sich die Frage, ob mein Finanzierungsplan stimmt. Dazu wurde im Ausschuss gesagt, dass es eigentlich vier Säulen gibt. Erstens stellt sich die Frage, was ich als Verein als Eigenleistung einbringen kann, zweitens wie viel meine Sponsoren leisten, drittens ist zu beantworten, was die Stadt übernehmen sollte und letztlich stellt sich die Frage, was man vom Land an Förderungsmitteln lukrieren kann.

Was nun den dritten Grundpfeiler betrifft, die Bauaufsicht, haben wir es mit einer sehr schlimmen Sache zu tun. Wenn von vier wichtigen Leistungsstellen gar nur eine übrig bleibt, nämlich die Stadt Wels, dann hat unserer Meinung nach die Bauaufsicht nicht funktioniert, sondern im Gegenteil sogar kläglich versagt. Diesbezüglich sind wir von der ÖVP Wels nicht bereit, den Mantel des Schweigens darüberzulegen und zu sagen: Diese 351.000 Euro schießen wir halt ganz einfach noch zu. Abgesehen davon steht ja noch gar nicht fest, ob mit dieser Summe ein Auskommen sein wird. Hier handelt es sich ja nur um Schätzungen bzw. um Ausschreibungsergebnisse. Erst nach Abschluss der Arbeiten bzw. nach der endgültigen Abrechnung steht die ganze Summe fest. Einfach gesagt: Fast 40 Prozent Überschreitung der errechneten Finanzierungssumme – genau sind es derzeit 38 Prozent – das geht einfach nicht. Damit ist die Grenze weit überschritten. Alles der Politik zu überlassen und letztendlich der Welser Bevölkerung aufzubrummen, das ist nicht unser Stil. Darum stimmen wir diesem Subventionserhöhungsantrag nicht zu.

GR. Mag. Mayerhofer: Der Herr Vizebürgermeister hat wieder einmal eine Lanze für den Sport gebrochen. Und als wir das Sportstättenanierungskonzept im Gemeinderat behandelten, sagten auch wir GRÜNE: Ja, wir halten die Sanierungen für wichtig, denn wir möchten haben, dass unsere Sportlerinnen und Sportler in zeitgemäßen Einrichtungen ihren Sport ausüben können.

Für uns stellt sich zum konkreten Anlass aber folgende Frage. Es wurde bereits eine Subventionsvereinbarung mit dem WSC Hertha abgeschlossen und darin heißt es unter Punkt 2.3: Es wird ausdrücklich festgestellt, dass – falls sich die Kosten der Realisierung des Subventionsgegenstandes erhöhen – der maximale Subventionsbetrag unverändert bleibt. Angesichts dessen stellt sich für mich die Frage, warum man so etwas in eine Subventionsvereinbarung hineinschreibt, wenn nachher sowieso alles anders gemacht wird bzw. wenn am Ende doch ein höherer Subventionsbetrag möglich ist, wie wir jetzt sehen.

GR. Mag. Humer: Zunächst muss man einmal sagen, dass Kostenüberschreitungen auch von der SPÖ-Fraktion immer sehr kritisch gesehen werden und es verleiten diese bestimmt nicht zu Jubelchören. Man muss aber doch einen Amtsbericht, wie er uns heute vorliegt, sehr genau studieren. Und ich habe mir darüber hinaus die Mühe gemacht, vor Ort das Gespräch mit Funktionären zu suchen, wobei ich sagen darf, dass ich selbst einer bin, der sich vor Ort ein Bild von den Sportstätten macht und somit kein Schreibtischtäter bin.

Und wenn man das Ganze berücksichtigt, nämlich die Erläuterungen im Amtsbericht und die persönlichen Gespräche, dann kommt man dahinter, dass eine wesentliche Position dieser Kostenerhöhung in diesen nicht vorhersehbaren Pfählungs- oder Gründungsarbeiten gegeben ist.

Zu den weiteren Positionen möchte ich sagen, dass man natürlich immer in solchen Fällen die Dinge mehr oder minder kritisch sehen kann. Hier hat vielleicht die Bauaufsicht – ich sage das einmal vorsichtig – nicht unbedingt optimal gearbeitet, aber dennoch glaube ich, dass die Dinge sozusagen im Rahmen des Möglichen liegen. Bei Bauvorhaben ist es nun einmal so – ich habe selbst ein Haus gebaut und bin deshalb doch mehr Praktiker als Theoretiker – dass man mit einer bestimmten Annahme hineingeht. Die Praxis lehrt uns aber, dass in weiterer Folge dieser oder jener Professionist meint, dass dort oder da eine Nachbesserung gut wäre bzw. dass man etwas von vornherein besser machen könnte. Und nachdem ein Gebäude nicht etwa für eine Nutzungsdauer von zwei oder drei Jahren errichtet wird – du, lieber Klaus Hoflehner, wirst mir beipflichten, dass das alte Clubheim bzw. diese Baracke insgesamt schon 60 Jahre diente – sondern normalerweise wieder 40 bis 50 Jahre hindurch in Betriebsein wird, nimmt man eben für solche Verbesserungen auch eine Kostensteigerung in Kauf.

Ich komme darauf zurück, dass Kostenüberschreitungen natürlich kritisch betrachtet werden müssen – das tun wir von der SPÖ genauso – aber andererseits darf ich sagen, dass ich mir letzten Samstag anlässlich des Heimspiels von WSC Hertha diese Baustelle nochmals angesehen habe, und zwar gemeinsam mit Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Ich war auch dabei!

GR. Mag. Humer: Ja, Herr Vizebürgermeister Wimmer stand uns bei dieser Besichtigung ebenfalls zur Seite. Wir haben uns also gemeinsam das neu errichtete Heim angeschaut und wenn man die Räumlichkeiten im Einzelnen sieht, kann man in keiner Weise sagen, dass es sich dort um eine Großmannssucht handeln würde. In Österreich ist ja leider immer jeder dem anderen etwas neidig, persönlich gehöre ich aber nicht dazu und denke mir, dass der WSC Hertha im Nachwuchsbereich mit seinen vielen ehrenamtlichen Funktionären, so wie das in vielen anderen Sportarten ebenso der Fall ist, eine ganz hervorragende Arbeit macht. Und heuer wurde irgendwann vor dem Sommer einmal angesprochen, dass es bei diesem Clubheim eine Terrasse im Ausmaß von 300 Quadratmetern geben soll. Anlässlich dieser Begehung hatte ich zwar die Brille auf, konnte aber nur ein Dach in einer Größenordnung von rund 200 Quadratmetern sehen, das heißt, wir sind hier weit weg von einer Loggia oder einer großen Terrasse.

Ich sagte zuerst, dass ich selbst ein Haus baute und somit weiß, dass es sich bei Kostenschätzungen immer um etwas handelt, das fast ausschließlich nach oben geht. Sicher müssen wir das sehr kritisch sehen, aber ich frage, was wir nach Verhängung eines Baustopps überhaupt tun könnten. Ich war ja mit Herrn Vizebürgermeister Wimmer und mit Bernhard Wieser vor Ort und konnte sehen, wie dort der Stand der Dinge ist. Dann werden halt diese 10 Quadratmeter Fliesen nicht mehr hinaufgepickt, aber an der Gesamtsituation wird das nicht viel ändern. Bitte, hier wird doch in die Zukunft investiert, in die nächsten 50 Jahre hinein. Das schließt natürlich nicht aus, dass man bei den diversen Projekten immer wieder darauf achtet, was vernünftig und machbar ist. Aber bei meinen Begehungen und bei meinen vielen Gesprächen mit verschiedenen Funktionären hatte ich dort jedenfalls nicht den Eindruck, als hätte man

auf diese Zweckmäßigkeit der Ausführung nicht geachtet. Das war mein Eindruck! Daher meine ich eben, dass man diesem Begehren sehr wohl zustimmen kann.

Was will man denn wirklich mit einem solchen Baustopp bezwecken? Soll bezweckt werden, dass 10 Quadratmeter Fliesen nicht oben picken oder dass der Zugang zu diesem Clubheim in Form eines Schotterbodens ausgeführt ist? Na ja, solche Dinge möchte ich dann einmal nicht verantworten müssen.

Ich denke, das ist immerhin eine Investition auf 50 Jahre, wobei wir heute andererseits noch über die Subventionierung einer Einzelveranstaltung diskutieren werden. Auch solche Einzelveranstaltungen kosten ihr Geld. Ich bin aber ohnehin einer, der es nicht mag, wenn immer wieder versucht wird, diverse Dinge gegenzurechnen. Ich bin niemanden etwas neidig und so soll meiner Meinung nach der WSC Hertha dieses Clubheim bekommen, sozusagen für die nächsten 50 Jahre.

Ich selbst bin ebenfalls ein Sportfunktionär und könnte mich ebenfalls zu Forderungen hinreißen lassen, so nach dem Motto: Wenn die etwas bekommen, dann wollen wir dies oder jenes haben. Das ist aber nicht meine Politik. Man soll nicht immer nur gegenrechnen, meine Herrschaften von der ÖVP, sondern vielmehr konsequent an die Zukunft denken. Dies auch im Sinne des Breitensports und unserer Jugend.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich bin durch dieses Projekt schon sehr zentral angesprochen, weil ich seit drei Jahren Obmann dieses Vereins bin und vorher fungierte ich über viele Jahre hinweg als Präsident, ein Amt, das mir jetzt der Kollege Rabl abgenommen hat.

In Richtung ÖVP darf ich doch einmal Folgendes richten. Da wird das ganze Jahr über die Ehrenamtlichkeit, die Freiwilligenarbeit und dergleichen gefeiert und besprochen, stellen sich aber Politiker zur Verfügung, dann wird gleich immer etwas ins schiefe Licht gerückt, so wie ich das jetzt herausgehört habe.

Die Notwendigkeit der Neuerrichtung dieses Clubheims ergibt sich schon aus der Tatsache – hätten sie sich erkundigt, wäre es mir möglich gewesen, ihnen diesbezüglich alle möglichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen – dass im Jahr 1968 in der Karl-Loy-Straße eine alte Baracke abgerissen wurde, dort, wo das Arbeitsamt untergebracht war, und die Bretter dieser Baracke wurden dann auf den Platz von WSC Hertha gebracht, um sie neuerlich zusammenzuzimmern. Daraus ist praktisch die Unterkunft entstanden, um deren Neuerrichtung es heute geht.

Im Vorfeld dieser Baumaßnahme hat sich der Verein weit über drei Jahre lang bemüht, eine entsprechende Planung auszuarbeiten und mit den entsprechenden Stellen in Kontakt zu kommen. Es haben sich, wenn ich das so sagen darf, praktisch alle diese alte Baracke angesehen – auch die Kollegin Eisenrauch und Huber waren draußen – und es wissen sicher alle, die in irgendeiner Weise für den Sport zuständig sind, ganz genau um den Zustand Bescheid, welcher in dieser Baracke herrschte. Auch die Frau Vizebürgermeisterin Anni Eisenrauch sagte einmal, dass dieses Heim unzumutbar ist. Es war somit allen klar, dass dieser Neubau notwendig ist. Und bei dieser Besprechung am 15.09.2009 hatten wir eigentlich nur Angst in der Richtung, dass uns die Herren von der Landes-Sportabteilung dieses Heim zusperren, weil es ja nicht mehr so ganz in Ordnung war.

Heute musste ich in der Zeitung, in den „Nachrichten“ lesen, dass wir schon bauten und erst ein Jahr später ansuchten. Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich habe sie schon vor längerer Zeit dazu eingeladen, mit mir über das Ganze zu sprechen, weil ich sie dabei über verschiedene Dinge aufklären hätte können, über Dinge, die falsch geschildert werden. Das beginnt bei der Darstellung, es würde eine 300 Quadratmeter große Terrasse geben, die offenbar jemand aus ihrer Fraktion mit der Fläche des Daches verwechselte. Also, auf diese Art und Weise ist natürlich schwer eine Diskussion möglich.

Da wurde gesagt, wir hätten keinen richtigen Plan gehabt. Nun, ein angesehener Welser Architekt hat uns im Vorfeld einen Plan polierfähig ausgearbeitet und selbstverständlich wurde danach exakt vorgegangen.

Ein Kostendämpfungsprogramm haben wir insofern durchgeführt, als wir den Umfang dieses Projektes reduzierten. So war früher wirklich eine Terrasse vorgesehen, aber in weiterer Folge wurde das Gebäude sozusagen verkürzt. Schauen sie sich das nachträglich an, beispielsweise die Umkleidekabinen. Das hält sich alles in Grenzen. Da gibt es keinen Luxus oder wunderbare Einbauten. Vielmehr ist jeder einzelne Raum notwendig.

Was mir persönlich sehr leid tut, ist, dass wir nicht wussten, was sich darunter befindet. Kaum war dieser Hügel abgebaut, konnten wir Bodenproben entnehmen und so sahen wir, dass das früher eine Müllhalde war. Daraufhin ist erstens eine Verzögerung in der ganzen Abwicklung eingetreten und zweitens eine Verteuerung.

Ursprünglich gab es eine bestimmte Zusage seitens des Landes Oberösterreich. Diese Herren, die vor 3 Jahren am 15.09. bei uns in Wels waren, versprachen uns, dass das Land die gesamten Abrisskosten für das alte Heim übernehmen würde und deshalb nahmen wir diese Kosten in der Vorlage an die Stadt Wels nicht auf. Nun spießt es sich eben, aber am 04.10. gibt es eine neuerliche Begehung zusammen mit dem Herrn Landes-Sportdirektor, der sich das mehr oder minder fertige Haus ansehen kann. Und er wird uns wohl auch sagen, was in seinem Normbauprogramm Unterschlupf findet bzw. was seitens des Landes als gerechtfertigt angesehen wird. Und danach wird sich dann – so hoffe ich zumindest – endlich auch die Landesförderung berechnen lassen. Er weiß ja eh schon seit drei Jahren, worum es hier geht – er kennt auch die früheren Pläne – und ich hoffe, dass wir dann am Donnerstag vormittags, an diesem 4. Oktober, zu einem entsprechenden Ergebnis kommen.

Wenn hier von einem fehlenden Ansuchen die Rede ist, frage ich mich, warum sie denn nicht zu mir kamen. Ich hätte ihnen alles zeigen können. Warum gehen sie statt dessen zu Herrn Müller von den OÖNachrichten oder zu sonstigen Leuten, um ihre düsteren Vermutungen oder Befürchtungen zu verbreiten? Jeder von uns hat ein gutes Gewissen. Es tut uns nur wahnsinnig leid, was eben passiert ist und wofür uns auch der Kollege Rabl kritisierte. Ich darf aus meiner Sicht festhalten, dass die Bauaufsicht von Anfang an installiert war und in der Weise funktionierte, dass fast jedes Gebäude in ganz Oberösterreich ausgeschrieben wurde, wobei wir aber doch schauten, dass Welser Firmen oder zumindest Firmen aus dem Bezirk um Wels zum Zug kommen. Die Ausschreibungsergebnisse wurden genauestens kontrolliert und mit der Stadtbauverwaltung durchbesprochen. Erst dann erfolgten tatsächlich die Auftragsvergaben. Im Nachhinein ist festzustellen, dass in vielen Bereichen die Schätzungen ganz genau mit den Angeboten übereinstimmten, in ein paar Fällen, besonders was die Haustechnik

betrifft, ebenso die Elektroanlagen, sind wir mit den Schätzungen darunter gelegen. Wir nahmen aber immer das günstigste Material und die günstigsten Professionisten. Und aufgrund dessen tut es mir ja wirklich leid, dass wir nun vor diesem Ergebnis stehen.

Allerdings einen Baustop für ein Gebäude zu verlangen, wo im ersten Stock nur mehr 12 Quadratmeter Fliesen fehlen, das ist schon eine kühne Angelegenheit. Ich weiß nicht, warum Herr Redakteur Müller von den OÖNachrichten nicht den Humor aufbringt und die Sache auch einmal von der Seite sieht, dass man ja nichts stoppen kann, was schon fertig ist oder – wenn es um andere Projekte geht – dass man nichts stoppen kann, das noch gar nicht in Bau genommen wurde.

Ich darf sie somit noch ersuchen, die Vernünftigkeit dieses Neubaus, der ja noch Jahrzehnte die Sportanlage Mauth, welche bekanntlich der Stadt Wels gehört, bereichern und die sportliche Betätigung für die Welser Jugendlichen ermöglicht wird, anzuerkennen. Geben sie bitte gnadenhalber diesem Antrag die Zustimmung.

GR. Prof. Mag. Teubl: Der Welser Gemeinderat hat vor gut einem Jahr für das Projekt „Clubheim für den WSC Hertha“ 920.000 Euro bewilligt. Und wie meine Kollegin Mayerhofer bereits ausführte, wurde in der entsprechenden Subventionsvereinbarung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei einer Kostenüberschreitung keine weitere oder höhere Subventionierung erfolgen wird. Die Frage, warum wir jetzt dennoch eine solche Erhöhung genehmigen sollen, ist nach wie vor nicht beantwortet. Warum sollen wir heute Geld nachschießen, nämlich im nicht gerade unerheblichen Betrag von 350.000 Euro?

Zum Zweiten: Herr Vizebürgermeister Wimmer sagte – ich darf das in meinen Worten formulieren – dass dann, wenn die Stadt etwas baut, dies natürlich professioneller gemacht wird, das heißt, wenn das ein Sportverein selbst macht, muss man halt damit rechnen, dass das ein bisschen dilettantischer erfolgt, womit dann eben solche Dinge passieren können. Nun, ich glaube nicht, dass das tatsächlich die Erklärung für diese Kostenerhöhung ist. Im Amtsbericht steht nämlich, dass der Bau in seiner gesamten Abwicklung, also bei der Ausschreibung und bei der Vergabe der Aufträge, vorsichtig und transparent durch Bauleiter Walter Guggenberger und Stadtbaudirektor Karl Pany durchgeführt wurde. Das heißt also, dass die Stadt offensichtlich vom Anfang bis zum Ende eingebunden war. Und da erstaunt es mich dann doch ein wenig, wenn der Herr Vizebürgermeister versucht, die Verantwortung auf den Verein abzuschieben.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das ist ja ein völliger Unsinn! Das habe ich mit keinem Wort gesagt! Das ist schon eine sehr freie Interpretation.

GR. Prof. Mag. Teubl: Hier hätte also in der Projektbegleitung vorzeitig eine Kostenüberschreitung vermieden werden müssen.

Und wenn schon die Stadt von Anfang an eingebunden war, überrascht es mich auch sehr, dass hier eine ehemalige Mülldeponie wahrscheinlich höhere Kosten beim Neubau eines Gebäudes verursachen wird. Das hätte somit bei einer professionellen Planung und Projektbegleitung schon von vornherein klar sein müssen.

Ich glaube, wir müssen jetzt einmal ein Zeichen setzen und uns die Frage stellen, ob solche Projekte tatsächlich immer wieder neue Kosten hervorrufen können. Muss der

Sportstättenbau in Wels wirklich ein Fass ohne Boden sein oder sagen wir endlich einmal nein? Wir werden das jedenfalls tun!

GR. Haböck: Ich werde jetzt nicht auf die Wortmeldung des Kollegen Humer eingehen, weil die Aussage, das der Mehraufwand von 350.000 Euro quasi nur wegen 10 Quadratmetern Fliesen zustande kommt, war nicht ganz angebracht.

Zwischenruf: Nein, so sagte er es nicht!

GR. Haböck: Natürlich wurde von den 10 Quadratmetern Fliesen und von einem Schotterboden gesprochen, aber hierüber müssen wir wohl nicht weiter diskutieren.

Frau Kollegin Mayerhofer! Ihre Frage ist sehr berechtigt. Ich kann ihnen aber doch schon mit leichter Resignation sagen: Pacta sunt servanda! Verträge sind demnach einzuhalten, aber das gilt wohl in erster Linie für den normalen Bürger und ist in der Politik nicht immer so.

Nun aber konkret etwas zu diesem Thema. Als ich das erste Mal von diesen – nennen wir sie so – Unregelmäßigkeiten beim WSC Hertha gehört habe

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Also, die Bezeichnung „Unregelmäßigkeiten“ ist schon ein Hammer!

Bgm. Dr. Koits: Ich würde darum ersuchen, in der Wortwahl wirklich vorsichtiger zu sein, denn dafür müssten schon entsprechende Nachweise vorhanden sein!

GR. Haböck: Nun, eine Kostendifferenz zwischen 920.000 und 1,270 Mio. Euro stellt für mich in der Zahl schon eine kleine Unregelmäßigkeit dar, aber ich nehme trotzdem diese Bezeichnung zurück.

Jedenfalls dachte ich mir, dass das wieder einmal ein politisch forcierter Bau ist, der eben zu teuer wird und der nicht rechtzeitig fertiggestellt werden kann. Daran musste man sich ja leider schon gewöhnen. Und die finanzielle sowie bautechnische Konsequenz bzw. Verantwortung ist sicher von den Prüfern und Experten zu klären.

Was für mich aber interessant ist – darüber sollte man ebenfalls einmal diskutieren – das ist die Frage, wie denn eigentlich die politischen Konsequenzen aus diesen Dingen aussehen. Es geht hier um die Art der Verantwortung der Politiker, die oft gleichzeitig Funktionäre sind und die deshalb sozusagen von beiden Seiten her in diese Dinge eingebunden sind. Welche Verantwortung für solche Vorfälle können eigentlich diese übernehmen? Schließlich gibt es ja auch eine politische Verantwortung, trotzdem man das in Österreich oft nicht mehr glauben mag.

In meiner persönlichen Betrachtungsweise gehört es schon zur Politik, dass man, wenn man von bestimmten Dingen überzeugt ist, für diese Dinge eintritt bzw. dass man dazu steht. Und dass man, wenn Fehler passieren – das kann durchaus der Fall sein und muss nicht unbedingt in einen Vorwurf münden – als Politiker sehr wohl zu solchen Fehlern steht und dass man daraus für sich selbst und für die Gemeinschaft die Konsequenzen zieht. Rochefoucauld sagte einmal: Alle Fehler, die man macht, sind verzeihlicher als die Mittel, die man anwendet, um eben diese Fehler zu verbergen. Wie sieht es aber bei uns mit dem Verantwortungsbewusstsein nach dem Aufdecken

mancher Fehler aus? Nachdem nun die politisch Verantwortlichen die Fehler zu den Architekten oder zur Vereinsführung hinschieben – man weiß das nicht so genau – sollte man sich einmal ansehen, wie denn die FPÖ, deren Fraktionsvorsitzender immerhin der Präsident des besagten Vereins ist, auf diese Causa reagierte, nämlich per Aussendung. Nachdem also die ÖVP Wels behauptete, es gebe eine Kostenexplosion von rund 350.000 Euro, erwiderte die FPÖ: „Insgesamt sind zusätzliche Investitionen in der Höhe von rund 350.000 Euro notwendig. Die FPÖ weist daher die Attacken und die Schmutzkübelkampagne auf den Verein zurück.“ Also, sind jetzt diese zusätzlichen Aufwendungen notwendig geworden oder nicht? Und überhaupt: Wenn diese Kostenüberschreitung in Höhe von 350.000 Euro nur eine Schmutzkübelkampagne darstellt, warum beschließen sie dann heute sehr wohl eine Subventionsausweitung in dieser Höhe?

Heute wird in den Medien behauptet, der Architekt habe falsch kalkuliert. Überhaupt sei das ganze Projekt falsch kalkuliert worden. Und dann wird von den Politikern aufgezählt, was nicht oder falsch kalkuliert wurde oder was völlig umgeplant worden ist. Solche Noten oder Töne werden hier eingebracht, aber andererseits kann ein Häuslbauer wohl nur hoffen, dass er nicht um 350.000 Euro mehr zahlen muss, denn das würde wohl das eine oder andere Budget sprengen.

Und bei all diesen falschen Kalkulationen drängen sich doch einige Fragen auf. Erstens stellt sich die Frage, ob sie privat auch alles so falsch kalkulieren und dass damit alles um ein Drittel teurer wird; ich hoffe für sie, dass das nicht der Fall ist. Zweitens: Waren die Präsidenten in irgendeiner Weise in das Bauvorhaben des Clubs eingebunden? Und drittens – wenn sie das nicht waren und damit frei von jeglicher Verantwortung sind – stellt sich die Frage, wofür dann ein Verein gleich zwei Präsidenten hat, die noch dazu Politiker sind, wenn die Verantwortung letztlich sowieso immer bei den anderen oder bei den unteren Ebenen liegt.

Kollege Reindl-Schwaighofer, ich hoffe, dass sie heute in den OÖNachrichten falsch zitiert wurden. Es kann doch unmöglich ihr Ernst sein, dass sie die Kostensteigerung in Höhe von 350.000 Euro so rechtfertigten: „Für die Probleme bei der Fundamentierung kann der Club nichts. Freilich gab es Planungsfehler. Es wurde vergessen, dass man eine Küche auch einrichten muss.“ Schön, dass sie sich Sorgen um die Gastronomieszene in Wels machen, aber ich denke, es sollte eine Küche für ein Sportclubheim werden und nicht für ein Haubenlokal. Also, an der Kücheneinrichtung kann ja diese Verteuerung nicht unbedingt liegen.

Es ist aber irgendwo völlig egal, ob es sich um 350.000 Euro oder um mehr bzw. weniger handelt. Dass das Steuergeld im Sportbereich relativ locker sitzt, ist ja sowieso bekannt und das können wir heute als ÖVP leider nicht verhindern.

Was viel mehr über ihre Einstellung oder ihre politische Verantwortung aussagt, ist die Reaktion auf das Bekanntwerden der Vorfälle. Man kennt das Verhalten auch als Beispiel im Rahmen der Kindererziehung. Wenn ein Fehler auftaucht oder wenn man auf einen Fehler angesprochen wird, was sind darauf die typischen Reaktionen? Zuerst einmal wird geleugnet, dann redet man sich heraus und letztlich wird die Schuld auf andere abgeschoben. Hatte ich einen Fünfer in Mathematik, leugnete ich zuerst einmal, dass sagte ich, dass eh alle anderen auch einen Fünfer bekamen und so etwas schon einmal vorkommen könne. Und am Schluss war eigentlich die Lehrerin schuld und ich war völlig aus dem Schneider. Hier spielt es sich ebenfalls nicht anders ab. Zuerst hieß

es, dass es gar keine Kostenexplosion gebe. Dann meinte man, dass es schon eine Kostensteigerung gebe, aber nicht in Höhe von 350.000 Euro, sondern im Ausmaß von 210.000 Euro plus 140.000 Euro. Und schließlich war sowieso ganz wer anderer schuld, nämlich der Architekt oder sonst irgendwer. Irgendwer wird schon Schuld haben, nur man selbst halt nicht.

Ich kann mich noch gut an das Sommerlochthema erinnern, bei welchem es um 300.000 Euro ging, demnach um 50.000 Euro weniger als bei diesem Thema. Ich sagte damals zu einem Journalisten, dass die FPÖ in Wels dafür bekannt ist, dass sie in den anderen Ressorts immer alles besser weiß und die Fehler immer woanders sieht, während sie bei den eigenen Dingen etwas andere Maßstäbe an den Tag legt. Und dazu sagte Euripides auch etwas: „Beim Ratgeben sind wir alle weiser, aber blind bei den eigenen Fehlern.“ Und bei dieser Causa wird wieder einmal deutlich klar, dass den Funktionären teilweise der eigene Club näher ist als den Mandataren die steuerzahlende Bevölkerung in Wels.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte einige Sachen klarstellen. Die ÖVP Wels ist nicht gegen diesen Sportverein. Ganz und gar nicht! Wir schätzen sehr wohl das Ehrenamt und wir schätzen alle Funktionärinnen und Funktionäre, die ihre Freizeit dort verbringen, sich für das Wohl des Vereins engagieren und die insbesondere für das Wohl der Sportlerinnen und Sportler tätig sind. Das ist in unseren Augen sehr wichtig für die Gesellschaft. Und deshalb möchten wir die Vereinsaktivitäten unterstützen.

Was wir aber heute kritisieren, ist die Politik, die sich heute abzuputzen versucht. Die Politik ist letzten Endes dafür verantwortlich, was in Wels geschieht und sie ist dafür verantwortlich, wofür die Stadt Geld ausgibt. Und heute soll eben der Beschluss dahingehend gefasst werden, dass zusätzlich und ohne weiteres 350.000 Euro ausgegeben werden sollen. Man sucht aber, wie bereits Stefan Haböck sagte, überall anders die Schuldigen.

Gehen wir aber einmal davon aus, wie sich die Sache darstellt und wie sie sich tatsächlich nachvollziehen lässt, und zwar schwarz auf weiß.

Wir fassten im Gemeinderat am 28. März 2011 einen Beschluss auf Förderung des Neubaus des WSC-Clubheims. Dieser Förderung ist hoffentlich eine Prüfung des Antrages vorausgegangen. Dafür ist die Politik, der Sportreferent, verantwortlich und zuständig. Und wenn man das Ganze ordentlich prüft, wird man normalerweise auch prüfen, wo denn das Haus hingestellt werden soll, ob die Planunterlagen ausreichend bzw. vollständig sind, das heißt, ob denn auf nichts vergessen wurde. Dass aber trotzdem das eine oder andere übersehen wird, das kann sehr wohl passieren, nur wenn man Dinge in einem Wert von 350.000 Euro übersieht – das ist ungefähr ein Drittel der Gesamtkosten – das ist schon sehr fahrlässig.

Also, wie ich schon sagte, erfolgte die Beschlussfassung im Gemeinderat über die Subventionierung am 28. März 2011 und dann wurde offenbar schon sehr bald mit dem Bau begonnen oder vielleicht hat man damit sogar schon etwas früher angefangen.

In weiterer Folge wurde am 14.12.2011 beim Land ein Antrag auf Unterstützung und Förderung eingereicht.

Zwischenruf Dr. Wieser: Das stimmt ja so nicht!

GR. LAbg. Dr. Csar: Lass mich doch ausreden! Hier steht alles schwarz auf weiß und es tut mir im Herzen weh, dass du gar nicht weißt, was da läuft, nämlich in deinem Haus.

Zur Wiederholung und zum Mitschreiben nochmals: Am 28. März 2011 gab es hier im Gemeinderat den Subventionierungsbeschluss, und zwar, wie wir jetzt wissen, nach einer derart mangelhaften Prüfung durch den Sportreferenten. Am 14.12.2011 wurde beim Land Oberösterreich um Förderung angesucht. Warum weiß ich das? Lieber Herr Vizebürgermeister Bernhard Wieser! Da gibt es einen Brief der Abteilung Sport des Magistrates, der erst vor kurzem dem Herrn Landesrat übermittelt wurde. Und es gibt eine Prioritätenliste des Magistrates vom 24.08.2012, wo drinsteht, dass eben am 14.12.2011 für dieses Projekt angesucht wurde. Und die Magistratsabteilung wird doch wissen, wann sie selbst Briefe absandte bzw. wann der Antrag eingereicht wurde. Bernhard, wenn du andere Unterlagen hast, dann lege diese bitte vor. Andererseits gibt es sehr wohl eine Sportabteilung, die dafür zuständig ist.

Tatsache ist jedenfalls, dass sehr spät angesucht wurde und dass nunmehr eine Prüfung stattzufinden hat.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Dass jemand so vorsätzlich die Unwahrheit sagt, das ist ungeheuerlich!

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Wieser: Was redest du denn so daher!?

GR. LAbg. Dr. Csar: Seid doch nicht so nervös!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Nein! Aber sie lügen hier, Herr Doktor Csar! Sie lügen hier vorsätzlich! Das ist unglaublich!

GR. LAbg. Dr. Csar: Herr Wimmer, bitte nehmen sie zurück, dass ich lüge!! Das lasse ich mir nicht gefallen! Wirklich nicht! Das ist eine Ungeheuerlichkeit!

Herr Bürgermeister! Und sie treten nicht ein dagegen!

Bgm. Dr. Koits: Ich ersuche wirklich alle, sich so zu verhalten, wie es hier herinnen als Gemeinderat angebracht ist. Es geht nicht an, dass man gegenseitig mit solchen Vorwürfen kommt. Es hat ohnehin jeder die Möglichkeit zur Replik, bei welcher man irgendwelche Dinge richtigstellen kann, die eben zuvor geäußert wurden. Herr Dr. Wieser hat sich sowieso nochmals gemeldet und wird dann die Daten, die seiner Meinung nach richtig sind, nennen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Ich nehme die „Lüge“ zurück und korrigiere sie auf „Unwahrheit“!

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich halte fest, dass ich nicht den Herrn Vizebürgermeister Wimmer persönlich angegriffen habe und ihm nicht etwa die „Lüge“ unterstellt habe!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Na, selbstverständlich haben sie das getan!

GR. LAbg. Dr. Csar: Passen sie bitte auf, was ich sage!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Ich passe schon auf, aber tun sie bitte das gleiche!

GR. LAbg. Dr. Csar: Aber der Lüge habe ich sie nicht bezichtigt! Ich halte es für eine Zumutung, dass sie das Wort gebraucht haben!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Ich habe die „Lüge“ zurückgenommen!

GR. LAbg. Dr. Csar: Also, derartige Unterstellungen habe ich nicht gemacht!

Jetzt befindet sich dieser Antrag bei der Sportdirektion und diese führt natürlich ein Kostendämpfungsverfahren durch. Und dieses Kostendämpfungsverfahren gilt für alle, auch für die Statutarstadt Wels. Der Herr Landesrat Sigl steht auf diesem Standpunkt, und der wird es doch wissen.

Zwischenruf: Nicht für Statutarstädte!

GR. LAbg. Dr. Csar: Er sagt uns aber, dass es so ist. Und daher ist es eben so!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Aha, er sagt das so!?

GR. LAbg. Dr. Csar: Uns ist es eben wichtig, dass die finanzielle Belastung für die Stadt relativ gering gehalten wird. Es gibt Gelder durch das Land und das Land ist sehr wohl bereit, Gelder zuzusagen und auszuschütten. Und ich empfinde es direkt als Zumutung, wenn wir nicht diese Gelder vom Land Oberösterreich beanspruchen. Unser Wunsch ist eben jener, dass diese Gelder von der Sportförderung des Landes entsprechend verwendet werden. Das sind wir unserer Welser Bevölkerung schuldig und dafür sind wir da. Zahlen müssen es ja schließlich die Welserinnen und Welser, wenn diese Mittel nicht in entsprechender Weise fließen. Und daher wollten wir uns bei diesem Punkt sehr deutlich zu Wort melden.

StR. Lehner: Wenn jetzt offenbar meine Wortmeldung jener des Kollegen Rabl vorgezogen oder gegenüber Rabl vorgezogen wurde, so nehme ich das zur Kenntnis. Es soll einem im Leben nicht Schlimmeres passieren, als dass man vorgezogen wird. Ich kann damit ganz gut leben.

Nun, dann habe ich gleich einmal eine Frage an den Herrn Stadtrat Rabl. Vielleicht trifft es sich ganz gut, wenn er nach mir spricht.

Es wurde ja in einer Presseaussendung ganz massiv dementiert, dass es zu einem Baustopp beim WSC-Clubheim gekommen sei. Solch einen Stopp hat es angeblich nie gegeben und es wird dann – ich zitiere hier aus dem Text der Presseaussendung und schicke voraus, dass von der Bauabteilung dieser Bau begleitet wurde und von dieser die Belege geprüft wurden – zum Ausdruck gebracht, „dass nach Verbrauch der zugesagten Subvention durch die Stadt Wels der Baudirektor dem Verein lediglich“ – das Wort „lediglich“ ist hier spannend – mitgeteilt hat, dass die Stadt Wels die Kosten einer weiteren Beauftragung von Unternehmen nicht mehr übernehmen kann. Es musste daher eine Beschlussfassung über die Restfinanzierung abgewartet werden und es kam dadurch zu einer Bauverzögerung.“

Lieber Andreas Rabl! Mir stellt sich die Frage, in welchem Gremium diese Beschlussfassung vonstatten ging. Gab es hier eine Sitzung des Präsidiums von WSC Hertha, wo

vielleicht festgestellt wurde, dass der Verein über ein Kreditvolumen von 351.000 Euro verfügt oder an Barmitteln, eventuell an Subventionsmitteln, die man für diese Fertigstellung gerne zur Verfügung stellen kann. Oder gab es vielleicht eine Ausschuss-Sitzung, vielleicht gar eine Gemeinderatssitzung – der Gemeinderat ist ja für eine Subventionsgewährung in dieser Höhe zuständig – in welcher festgestellt wurde: Ja, es kann weitergebaut werden und es kommt zu keiner weiteren Verzögerung bzw. brauchen wir das nicht zu stoppen, weil wir das Geld hierfür haben.

Oder gab es irgendwo anders eine Beschlussfassung, beispielsweise in einem Welser Kaffeehaus, wo sich der Herr Finanzreferent mit dem Herrn Stadtrat zusammengefunden hat?

Bgm. Dr. Koits: Bitte, Herr Kollege Lehner

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Da reißt heute ein Stil ein, der direkt unwürdig ist! Die gesamte ÖVP soll sich schämen!

StR. Lehner: Meine Frage ist jene, wo es diese Beschlussfassung gab. Wir als Gemeinderat wurden ganz klar übergangen. Jedenfalls waren wir als ÖVP-Fraktion nicht eingebunden in Gespräche dahingehend, wie eine Finanzierung dieses Bauvorhabens stattfinden kann. Diese Gespräche mit der ÖVP hat es nicht gegeben und so gibt es eben verschiedene andere Varianten. Eine davon – diese ist für mich die Plausibelste – ist jene, dass man im Verein selbst übereingekommen ist, dass man über das Geld verfügt bzw. dass man als Verein dieses Geld auf die Beine stellen kann. Und wenn der Verein über dieses Geld verfügt, kann man sich ja – da bin ich bei der Frau Kollegin Mayerhofer – an die schon beschlossene Subventionsvereinbarung halten. Und dieser Beschluss des Gemeinderates lautet dahingehend, dass bei einer Kostenüberschreitung die Förderung nicht erhöht wird. Wir haben ja auch schon anderweitig bei subventionierten Bauwerbern gesehen, dass es Kostenüberschreitungen gab und trotzdem zahlten wir keine zusätzlichen Subventionen aus. Gibt es nicht Zusätzliches, wird natürlich der Gemeinderat gar nicht mehr damit befasst. Da muss halt der Bauwerber oder Errichter, der Verein oder wer immer für die finanziellen Mehrbelastungen aufkommen. In diesem Fall gibt es jedoch scheinbar eigene Spielregeln, es gilt ein eigener Maßstab und es gibt offenbar Beschlüsse, die nicht in diesem Raum gefällt wurden. Und es würde mich eben interessieren, wo eigentlich solche Beschlüsse gefasst werden.

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn weiterhin solche Wortmeldungen kommen, wie wir sie heute schon vernahmen, werde ich dem jeweiligen Redner oder der jeweiligen Rednerin das Wort entziehen. Es geht nicht an, dass hier Worte gebraucht werden, die nicht in den Gemeinderat hereingehören. Das mag in anderen Organen irgendwo üblich sein, aber hier im Gemeinderat sollte so etwas nicht gegeben sein. Ich würde wirklich darum bitten, dass wir da herinnen ordentlich miteinander diskutieren.

StR. Dr. Rabl: Ich bin jetzt direkt froh darüber, erst nach dem Kollegen Stadtrat Lehner zu Wort zu kommen, und zwar deswegen, weil mich das in die Lage versetzt, diese Einwürfe entkräften zu können. Seine Ausprägungen verstehe ich überhaupt nicht und auch ansonst verstehe ich diese Aufregungen nicht. Vorerst aber noch ein paar andere Richtigstellungen, die mir wichtig sind.

Zuerst komme ich zu Peter Csar. Lieber Peter! Ich habe auf dem iPad – das ist im Internet unter www.wels.aktuell abrufbar – ein Schreiben an das Amt der Oö. Landesregierung vom 31.08.2010, mit welchem sozusagen das erste Mal um eine Förderung für dieses Projekt angesucht wurde. Du nanntest zuerst ein Datum von einem Jahr später, aber wie man sieht, gab es das erste Ansuchen schon im August 2010. Der Eingang dieses Schreibens wurde vom Amt der Oö. Landesregierung bestätigt. Ich habe hier ein Schreiben von Herrn Landes-Sportdirektor Alfred Hartl vom 9. September 2010, in welchem er ausführte: „Ich darf auf diesem Wege den Erhalt der Antragstellung für die Förderung vom 31.08. zum Vorhaben „Neubau des Sportheims WSC Hertha“ bestätigen und darf festhalten, dass das neue Projekt umgehend von unseren Experten einer fachlichen Prüfung unterzogen wird.“ Etcetera, etcetera. Ich finde es somit doch sehr eigenartig, dass der Herr Hiesl oder der Herr Sigl – wer immer dafür zuständig ist – erst jetzt, zwei Jahre später, diesen Antrag vorgelegt erhielt. Das liegt aber wahrscheinlich an der Organisation beim Land und sicher nicht beim Verein. Ich würde daher empfehlen, dass du als Landtagsabgeordneter schaust, dass beim Land die Dinge entsprechend funktionieren und einlangende Briefe vielleicht doch etwas schneller als in zwei Jahren an zuständige Stellen weitergeleitet werden. Das ist nämlich das Mindeste, was man sich erwarten kann.

Ich komme jetzt gleich einmal zum nächsten Punkt, nämlich zu den Richtlinien für das Kostendämpfungsverfahren. Da steht hinsichtlich des Geltungsbereiches im Absatz 2 drinnen: „Das Kostendämpfungsverfahren gilt für alle von der Landesregierung durch Bedarfszuweisungen geförderte Hochbauvorhaben von Gemeinden und Gemeindeverbänden, ausgenommen für Statutarstädte.“ Ohje! Das heißt also, der Sigl hat diesbezüglich eine falsche Auskunft gegeben. Weil in seinen Richtlinien bzw. in seiner Verordnung ausdrücklich drinsteht, dass das Kostendämpfungsverfahren eben nicht für Magistratsstädte gilt, auch wenn ihr das noch so laut fordert. Tatsächlich gilt dafür ein anderes Verfahren, das speziell zugeschnitten ist. Bleiben wir also doch mehr am Boden der Realität! Das scheint mir schon äußerst wichtig zu sein.

Abgesehen davon muss man sich überlegen, was denn eigentlich die Alternative wäre, und zwar fernab von diesem ganzen Populismus. Und ich nannte es in meiner Presseaussendung deshalb eine „Schmutzkübelkampagne“, weil es tatsächlich um nichts anderes geht. Schauen wir doch einmal, wie die ÖVP sonst reagiert. Wir haben es beispielsweise heute bei einem weiteren Tagesordnungspunkt mit der Erhöhung der Subvention für das „Medien Kultur Haus“ zu tun. Hier ist die ÖVP groß dafür und es geht dabei um 450.000 Euro pro Jahr. Ich betone: Um 450.000 Euro pro Jahr. Und hinten sitzt der Adi Flasch von der „Kleinen Welser Bühne“, der kaum eine Subvention bekommt, aber beim „Medien Kultur Haus“ sollen wir 450.000 Euro pro Jahr zuschießen. Bei diesem Clubheim geht es hingegen um einen Zuschuss von einmalig 350.000 Euro vielleicht auf eine Zeit von 30 Jahren. Das sind dann umgerechnet etwa 10.000 Euro pro Jahr. Aber an dieser Stelle gibt es eine große Aufregung bei der ÖVP und der einzige Grund dafür, warum es diese Aufregung gibt, besteht einfach darin, dass man den Rabl anpatzen will, auch den Wimmer. In Wels hat man nämlich bei der ÖVP derart schlechte Umfragewerte, dass man sich halt ein bisschen bemerkbar machen muss. Da muss man mit den Händen wacheln und mit den Füßen klacksen oder sonst etwas einbringen. Da wird auch noch von der Kaffeehauskoalition gesprochen usw., aber sie werden sehen, das alles wird nichts helfen. Es wird schon deshalb nichts helfen, weil es um die Sacharbeit geht. Und wenn die ÖVP nicht mehr in der Lage ist, durch Sacharbeit zu punkten, so wie das andere Fraktionen schaffen, dann wird sich nichts bewegen bzw. wird so etwas bei der Bevölkerung nicht ankommen. Dieses ganze Ausschütten

hat daher keinen Sinn! Ganz im Gegenteil. Ich habe mit den Funktionären von WSC Hertha gesprochen und ich kann ihnen nur sagen, dass dort großes Unverständnis herrscht, was die ÖVP betrifft. Aber nicht nur dort herrscht dieses Unverständnis, das heißt, das geht weit über die Sportvereine hinaus. Und wie es ausgeht, wenn ein ÖVP-Funktionär einen Verein führt, das sieht man beim FC Wels, wo der ehemalige ÖVP-Fraktionsvorsitzende Holter an der Spitze tätig war und der diesen Verein in den Graben gefahren hat. So kann es demnach aussehen, wenn ein ÖVP-Funktionär einen Verein führt. Da sieht man, wie so etwas ausgehen kann. Und das ist eben der einzige Grund, warum mit dieser Schmutzkübelkampagne angeschüttet wird. Man weiß sich nicht mehr zu helfen.

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Rabl, bitte sprechen sie zum Tagesordnungspunkt!

StR. Dr. Rabl: Ich rede ja die ganze Zeit zu nichts anderem, Herr Bürgermeister! Nichts anderes ist mein Begehren, als diese Dinge aufzuklären, die da in der Debatte etc. vorgebracht werden.

Und jetzt muss ich noch ein paar Dinge in Bezug auf den Herrn Kollegen Haböck sagen. Zum ersten darf ich festhalten, dass ich als Präsident von WSC Hertha früher nicht und jetzt auch nicht in den Bau des Clubheims eingebunden bin bzw. war. Das ist ja ganz klar, denn der Präsident hat eine Repräsentationsrolle. Im Übrigen war der Bau schon beauftragt und größtenteils abgewickelt, als ich zum Präsidenten bestellt wurde. Das weiß auch die ÖVP und es stand so in den Medien, trotzdem versucht man ständig, mich mit dieser Kostenüberschreitung anzupatzen. Diese Kampagne hat nur einen Sinn, nämlich mich schlecht zu machen. Haut doch drauf, damit er ein bisschen unbeliebter wird. Das ist das einzige Begehren seitens der ÖVP.

Ich halte für das Protokoll nochmals fest: Ich war noch nicht Präsident, als der Bauauftrag erteilt wurde. Ich war noch nicht Präsident, als das passiert ist. Und weiter halte ich fest, dass dem Präsidenten eine Repräsentationsfunktion zukommt.

Eine politische Verantwortlichkeit ist natürlich wahrzunehmen, aber als Politiker stelle ich mir schon auch die Frage nach der Alternative. Wir haben ein Clubheim, das so ungefähr zu 90 Prozent fertig ist und jetzt brauchen wir noch ein bisschen Geld zur Fertigstellung. Ich weiß schon, 350.000 Euro sind viel Geld, aber für das Clubheim selbst brauchen wir nicht mehr so viel, nämlich 210.000 oder 220.000 Euro. Natürlich gäbe es die Möglichkeit zu sagen: Wenn kein Geld mehr da ist, lassen wir eben das Clubheim so stehen wie es ist, womit es aber nicht ordentlich benutzbar wäre. Und was dann? Der Verein selbst kann diesen Beitrag nicht aufbringen. Es weiß doch wohl jeder, der irgendwo als Funktionär tätig ist, dass das Geld bei all diesen Vereinen immer recht knapp ist, denn es sind auch nicht mehr Sponsoren aufzutreiben. Und die vorhandenen Sponsormittel werden halt für die Jugend eingesetzt bzw. allgemein für die Sportausübung. Was soll demnach ein derartiger Verein machen? Die ÖVP ist also dafür, dort eine halbe Bauruine stehen zu lassen. Gut, wir nehmen das zur Kenntnis und werden das natürlich kommunizieren.

Seitens des Landes wurde zugesagt, dass man den Abriss des alten Clubheims finanzieren werde und aus dem Amtsbericht ist ebenfalls ersichtlich, dass dieser Abriss demnach nicht Bestandteil irgendeiner Kostenschätzung war, weil eben vom Land gesagt wurde, dass man diese Kosten zur Gänze übernehmen werde. Offensichtlich hat aber das Land kein Geld mehr, denn es wird praktisch gar nichts mehr gefördert. Und an die-

ser Stelle muss ich mich schon fragen, wozu wir eigentlich als Stadt Wels noch Transferzahlungen an das Land leisten. Es kommt ja insgesamt nur sehr wenig zurück. Aber lassen wir das einmal beiseite.

Ich gebe ja offen zu, dass es bei diesem Projekt eine Kostenüberschreitung gegeben hat. Es tut mir sehr leid, aber es stimmt und dazu muss man sich bekennen. Und das tue ich auch! Aber ich stelle mich andererseits vor den Verein, die ganzen Funktionäre und vor die ganzen freiwilligen Helfer, die dafür nichts können. Man kann diese Sache auch nicht dem Dr. Wieser anlasten, weil ein Jurist nicht erkennen kann, ob ein Architekt kostenmäßig richtig plant. Wie soll denn der Dr. Wieser als Jurist wissen, dass die Schätzungen für die Haustechnik zu niedrig ausgefallen sind? Genauso möchte ich den Herrn Baudirektor Dipl.-Ing. Pany in Schutz nehmen. Der Baudirektor Pany war ausschließlich damit befasst zu prüfen, ob denn die Gelder gemäß Subventionsvereinbarung verwendet wurden. Das war's dann!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Auf mich hast du jetzt noch vergessen!

StR. Dr. Rabl: Du warst ja in diesen Bau nur sehr bedingt eingebunden, nämlich bei der Spatenstichfeier, wie ich mich erinnern kann. Wie auch immer, ich wollte damit nur eines sagen, nämlich dass es immer wieder zu unvorhersehbaren Ereignissen kommt. Und ich glaube, dass es auch immer wieder Planungsfehler geben kann. Ich könnte dafür genauso Beispiele nennen, die die ÖVP betreffen. Da wurde beispielsweise im Mühlviertel eine Sprungschanze errichtet

Zwischenrufe: In Hinzenbach bei Eferding!

StR. Dr. Rabl: Pardon! Jedenfalls ist es dort zu einer Kostenüberschreitung in Millionenhöhe gekommen. Es wird dort wahrscheinlich solch ein Kostendämpfungsverfahren durchgeführt worden sein, aber trotzdem musste man am Ende um 3 Millionen mehr zahlen. Und diesbezüglich habe ich nichts davon gesehen, dass vielleicht irgendwann ein ÖVP-Politiker zurückgetreten wäre oder dass einer die politische Verantwortung übernommen hätte.

Ich kann auch in Wels bleiben. Was ist denn mit dem Welios? Das war ein Millionengrab und ich frage, wo hier die Verantwortlichkeit der ÖVP gegeben ist.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Rabl, zur Sache bitte!

StR. Dr. Rabl: Herr Bürgermeister, sie haben völlig Recht. Um also nochmals auf die Sache zurückzukommen, meine ich, dass es diesbezüglich notwendig ist, gemeinsam die Funktionäre in Schutz zu nehmen und dieses Geld zur Verfügung zu stellen, um die Anlage fertigstellen zu können. Nur das macht Sinn. Immerhin handelt es sich um eine langfristige Lösung und um eine Verantwortlichkeit, die wir auch gegenüber den dortigen Funktionären haben. Deswegen trete ich dafür ein, dass dieser vorliegende Antrag positiv erledigt wird.

GR. Hoflehner: Ich hatte jetzt den Eindruck, dass der Herr Bürgermeister gar nicht so erfreut darüber war, dass ich mich auch noch zu Wort meldete. Ich möchte aber ohnehin nichts mehr dieser Diskussion, wenn wir sie so nennen wollen, hinzufügen. Ich glaube nämlich, dass für die geneigten Zuhörerinnen und Zuhörer ohnehin schon alle Richtungen erkennbar sind. Eines muss ich aber speziell zum Herrn Haböck noch

sagen. Wissen sie, ich bin in diesem Verein acht Jahre lang im Nachwuchsbereich tätig, nämlich als Funktionär, und das in meiner Freizeit. Und ich bin, so wie das der Kollege Rabl für sich darstellte, heuer im Frühjahr als Präsident dieses Vereins eingetreten. Das sage ich jetzt nicht deshalb, um irgendetwas beispielsweise hinsichtlich der Verantwortlichkeit erklären zu wollen, sondern weil ich erklären möchte, warum ich mich für diese Funktion zur Verfügung stellte. Das Ganze hat also Hintergründe, die ich seinerzeit bei der Pressekonferenz darlegte. Ich fühle mich tatsächlich für den Nachwuchsbereich zuständig, wofür es in diesem Verein ein schlüssiges Konzept gibt, das heißt, im Vereinskonzept ist ein Teil der Nachwuchsarbeit gewidmet.

Andreas Rabl hat es schon angeschnitten. Wir erfüllen irgendwo unterschiedliche Repräsentationspflichten. Und ich stelle mich diesbezüglich neben oder hinter den Andreas Rabl – ich weiß nicht, wie er es gerne hätte – und sage, dass es natürlich eine ganze Menge an Funktionären und ehrenamtlichen Arbeitern gibt, die letztendlich – hier geht es ja offenbar um Schuldzuweisungen – keine Schuld an dieser Situation tragen. Natürlich ist es so – das hat aber jetzt ohnehin jeder Redner betont – dass hier etwas passierte, das nicht gerade eine angenehme Sache darstellt. Sie können mir glauben, dass ich jetzt gern darüber reden würde, dass wir bei diesem Bau 300.000 Euro eingespart haben und dass wir in der Landesliga West am ersten Platz liegen – das eine ist schon eingetreten, das andere halte ich für unwahrscheinlich – aber das ist eben nicht möglich.

Wichtig erscheint mir jedoch die Frage des Nutzens. Wem nützen also letztlich derartige Diskussionen? Mir geht es letztendlich um die 150 bis 170 Jugendlichen, die sich auf diesem Gelände bewegen, wobei ja irgendwo angedeutet wurde, dass es sich hier um einen Luxusbereich handeln würde. Ich kann aber nur für mich persönlich sprechen, was für mich der wirkliche Impetus war, als ich diese Aufgabe als Jugendfunktionär vor acht Jahren übernommen habe, übrigens in Nachfolge von Fritz Zinnhobler Senior. Ich war nämlich sehr erschreckt darüber, dass es 40 Jahre, nachdem ich selbst einmal bei diesem Verein spielte, nicht recht viel anders von den Voraussetzungen her ausschaute. Das wollte ich hier speziell hervorheben, weil das meines Erachtens bei all dieser Diskussion immer vergessen wird. Bei all diesen politischen Dingen, die sich da herumranken, geht es doch letztlich um Menschen, um Kinder und Jugendliche. Natürlich geht es auch um 350.000 Euro, was mir schon klar ist. Aber jedenfalls geht es auch um Menschen, beispielsweise um solche, die sich ehrenamtlich im Sportbereich engagieren und die von einer solchen Diskussion, wie ich mir denke – da könnte man ja nachfragen – vor den Kopf gestoßen sind.

Bernhard Wieser sprach zuerst von einem Gnadenakt. Ganz konkret geht es aber jetzt um einen Antrag an den Gemeinderat und dieser wird eben so oder so einen Beschluss fassen. Ich kann nur hoffen, dass dieser Beschluss positiv für den Verein und die dort Tätigen ausgeht.

GR. Haböck: Wir hörten zwar vorher, dass eh keiner daran Schuld hat, weil eh alle nur repräsentieren, ich möchte aber doch zwei Dinge zur Richtigstellung oder zur Klarstellung vorbringen. Ist es nämlich wirklich so, dann können sie jetzt schon damit anfangen, den 170 Jugendlichen zu erklären – diese werden ja einmal erwachsen und gehören dann zu den Steuerzahlern – wie es letztlich möglich sein würde, all diese Dinge finanziell zu bewältigen, wenn die Politiker bei jedem derartigen Projekt solche Kostenüberschreitungen so einfach hinnehmen. Da käme doch irgendwann ein Betrag heraus,

den die jetzt noch sehr jungen Menschen, die künftig auch einmal Steuerzahler sein werden, nicht mehr bewältigen könnten.

Und dann komme ich noch zu einem zweiten Punkt, weil hier so auf die Tränendrüse gedrückt und in den Raum gestellt wird, dass die böse ÖVP alles verhindern würde. Dazu kann ich nur nochmals auf den Beschluss des Gemeinderates vom 28. März 2011 hinweisen, mit dem der Gemeinderat schon einmal einen Subventionsbetrag für diesen Zweck in Höhe von 920.000 Euro bewilligte. Das heißt also, dass der Gemeinderat bereits eine recht stattliche Summe bewilligte und dass es jetzt allein um die Kostenüberschreitung geht, für die es Verantwortliche geben muss. Und verantwortlich hierfür sind nicht die Jugendlichen, nicht die Betreuer der Jugendlichen und auch nicht die ehrenamtlichen Funktionäre. Denken sie also darüber nach, wer dafür in Frage kommen könnte.

Vzbgm. Wimmer: Als Referent kann ich eigentlich nur mehr festhalten, dass bereits Vieles gesagt wurde und ich selbst habe in meiner Einleitung zu diesem Tagesordnungspunkt die Chronologie erläutert. Und an dieser Stelle, Herr Dr. Csar, ist jener Punkt gegeben, den ich ihnen wirklich übel nehme. Sie verfügen doch über sämtliche Informationen – das weiß ich – und sie wissen ganz genau, zu welchem Zeitpunkt der Umsetzung dieses Projektes dieser oder jener Antrag gestellt wurde. Und so wissen sie doch ganz genau, dass der erste Antrag bereits nach einstimmiger Beschlussfassung des Sportstättenanierungskonzeptes im Jahr 2009 auch für dieses Clubheim gestellt wurde, hier ziehen sie aber irgendeinen Brief heraus, der ihnen zeitmäßig hineinpasst.

Zwischenruf GR. LAbg. Dr. Csar: Dieses Schreiben ist vom Herrn Homar!

Vzbgm. Wimmer: Auch wenn dieses Schreiben vom Herrn Homar ist, wird die Sache insgesamt nicht richtiger. Außerdem sagen sie ja, dass ich verantwortlich bin. Wir können uns aber auch gerne darauf verständigen, dass dafür Herr Homar verantwortlich ist. Wenn schon, dann soll sich halt der Herr Homar hier heraufstellen und das vertreten.

Ich kann nur sagen, was der Verein an Anträgen stellt und was die Stadt Wels an Anträgen einbrachte. Und da hat es, nur dieses Clubheim betreffend, vier oder fünf Anträge gegeben, weil wir immer wieder dazu aufgefordert wurden, dies und jenes und immer noch etwas nachzureichen. Und bei aller Kritik, die natürlich angebracht und richtig ist, möchte ich für die Zukunft doch darum ersuchen, bei der ganzen Chronologie wirklich alle Schritte aufzuzählen.

Bitte, ich selbst sagte ja ebenfalls, dass ich mit solchen Kostenüberschreitungen keine Freude habe, eine solche ist nun aber einmal passiert. Prinzipiell haben wir es aber hier nicht mit einem Einzelfall zu tun, denn derartige Überschreitungen hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben und wahrscheinlich werden sich diese auch in Zukunft bei den unterschiedlichsten Projekten nicht ganz vermeiden lassen. Und das nicht nur in Wels, sondern ebenso in anderen Gemeinden, auf Ebene der Länder und des Bundes. Und das Beispiel, das zuerst von Herrn Dr. Rabl in Bezug auf die Sprungschanze im Raum Eferding angesprochen wurde, die plötzlich statt geschätzter 3,5 Mio. Euro 7 Mio. Euro kostete, war sogar Gegenstand einer Prüfung durch den Landes-Rechnungshof und ich empfehle, diesen Bericht nachzulesen. Und anhand dieses konkreten Beispielen möge mir Herr Landesrat Sigl erklären, wie solch ein Kostendämpfungsverfahren beim Land Oberösterreich funktioniert.

Im Übrigen ersuche ich jetzt um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

GR. Hoflehner ist bei der Abstimmung zu Punkt 5. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Vzbgm. Wimmer verlässt anschließend sofort die Sitzung um 16.26 Uhr.

Bgm. Dr. Koits zur Berichterstattung zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Ich teile zum Tagesordnungspunkt 6. mit, dass sich die Frau Kollegin Anna Eisenrauch für befangen erklärt und Herrn Stadtrat Peter Lehner als Berichterstatter nominiert.

StR. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung: Wie denn das? Sie hat doch bisher die ganze Zeit als Referentin gearbeitet und diese Sache auch noch im Ausschuss vorgelegt. Entweder ist sie immer befangen und gibt die Angelegenheit von Beginn weg ab oder wenn sie sich bisher nicht befangen fühlte, müsste sie auch heute als Referentin zur Verfügung stehen.

Bgm. Dr. Koits: Wir machen jetzt eine kurze Unterbrechung, um das genau anschauen zu können.

Die Sitzung wird nach einer Unterbrechung zwischen 16.27 und 16.33 Uhr fortgesetzt.

Bgm. Dr. Koits: Meine Damen und Herren! Nach dieser kurzen Unterbrechung möchte ich ihnen mitteilen, dass die Kollegin Eisenrauch nach einem mit ihr geführten Gespräch ihre Erklärung in Richtung Befangenheit zurückgenommen hat. Die Geschichte ist jene, dass die Kollegin Eisenrauch im Vereinsvorstand des „Medien Kultur Hauses“ tätig ist, und zwar im Interesse der Stadt. Sie meinte also, dass aus diesem Umstand heraus eine Befangenheit herzuleiten sei, wobei ich selbst diese Auffassung nicht verrete. Ich meine: Wenn schon jemand dort und da im Interesse der Stadt tätig ist, kann man nicht immer befangen sein, wenn es einmal um solch einen Verein oder irgendeine Organisation hier im Gemeinderat geht.

StR. Dr. Rabl: Herr Bürgermeister! Aus meiner Sicht ergibt sich eine Befangenheit aus einem Naheverhältnis heraus. Wird jemand von der Stadt in ein gewisses Organ ent-

sandt, so hat der- oder diejenige die Interessen des Vereins zu übernehmen. Werden also beispielsweise Mandatare als Aufsichtsräte in ein Unternehmen entsandt, dann müssen diese Aufsichtsräte naturgemäß und nach dem Gesetz die Interessen des Unternehmens und nicht der Stadt vertreten. Gibt es zwischen dem einen und dem anderen einen Zwiespalt, dann sind die Aufsichtsräte dazu verpflichtet, ihre Funktion aufzugeben. Man kann nicht sagen, dass man einmal das Hüterl für die Stadt aufhat und einmal das Hüterl für das Unternehmen.

Wenn also jemand von der Stadt entsandt wird, handelt es sich anderswo sehr wohl um ein Organ und so kann ich nicht sagen, dass ich dann im Gemeinderat nicht befangen bin, weil ich ja in dieses Organ durch die Stadt entsandt wurde. In diesem Fall bin ich klarerweise trotzdem befangen.

Somit stelle ich den Antrag dahingehend, dass dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt und ein neues Verfahren aufgrund von Befangenheit eingeleitet wird. Dass die Referentin befangen ist, ergibt sich ja schon alleine daraus, dass sie zuerst sagte, sie sei befangen und wolle bei diesem Tagesordnungspunkt nicht als Berichterstatterin fungieren. Der jetzt anscheinend erfolgte Meinungswechsel ist praktisch nur damit zu erklären, dass man doch diesen Antrag möglichst rasch durchbekommen möchte.

Um ein ordentliches Verfahren durchgeführt zu bekommen, bin ich deshalb der Meinung, dass heute dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt gehörte.

Vzbgm. Eisenrauch: Ich darf festhalten, dass ich mich deshalb für befangen erklärte, weil nach Aussage von Herrn Stadtrat Rabl immer im Raum steht, dass man sich dann, wenn man in einem Verein involviert ist, für befangen erklären soll und dass man nicht mitstimmen darf. Das wurde von ihm hier herinnen schon des öfteren gesagt. Und nachdem jetzt das „Medien Kultur Haus“, bei welchem ich im Vereinsvorstand tätig bin, auf der Tagesordnung steht – im Vorstand eines Teilvereines bin ich Obfrau – habe ich eben gemeint, dass ich befangen sei und dass der Kollege Stadtrat Lehner diesen Tagesordnungspunkt vortragen möge. Ich finde, es wäre doch überhaupt nichts dabei, würde der Stadtrat Lehner diesen Vortrag übernehmen. Dann hätten wir eben ganz normal darüber abgestimmt, ob dieser Bestandsvertrag mit dem „Medien Kultur Haus“ zustande kommt oder nicht.

Nur deshalb, weil der FPÖ dieser Vertrag nicht so recht passt, möchte sie offenbar diesen Tagesordnungspunkt am liebsten abgesetzt sehen. Persönlich sehe ich das überhaupt nicht ein. Entweder ziehen wir jetzt diesen Tagesordnungspunkt mit mir als Berichterstatterin durch oder der Kollege Stadtrat Lehner übernimmt diese Berichterstattung, eine Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung halte ich aber keinesfalls für richtig.

Bgm. Dr. Koits: Ich habe jetzt die Geschäftsordnung vor mir und zitiere daraus wie folgt: Dem Vorsitzenden ist die Befangenheit vor Behandlung des Tagesordnungspunktes anzuzeigen. Ob eine Befangenheit vorliegt, hat der Gemeinderat zu entscheiden. Dieser zweite Satz steht wörtlich in unserer Geschäftsordnung!

Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob die Kollegin Eisenrauch aufgrund ihrer Darlegungen letztlich für befangen zu erklären ist.

Die Abstimmung über eine mögliche Befangenheit von Vzbgm. Anna Eisenrauch zu Punkt 6. der Tagesordnung bringt folgendes Ergebnis:

Bei

11 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 23 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

vertreten die Mitglieder des Gemeinderates die Auffassung, dass Vzbgm. Anna Eisenrauch in Zusammenhang mit Punkt 6. der Tagesordnung nicht befangen ist.

Vzbgm. Wimmer hat bereits vor o.a. Abstimmung die Sitzung verlassen.

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses der folgende Tagesordnungspunkt 6. wie ursprünglich vorgesehen abgehandelt wird.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

6.)

Medien Kultur Haus, Verein zur Förderung der Jugendkultur, Wels,
Pollheimerstraße 17;
Abschluss eines Bestandvertrages nach Um- und Zubau beim Medienkulturhaus
zwischen der Stadt Wels und dem Verein
KB-K-133-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 10.09.2012:

Die Stadt Wels schließt mit dem Verein „Medien Kultur Haus, Verein zur Förderung der Jugendkultur“, Wels, Pollheimerstraße 17, den als Anlage 5 beiliegenden Bestandvertrag ab.

Bgm. Dr. Koits verliert den als Anlage 6 beigefügten Abänderungsantrag der ÖVP und ersucht darum, diesen mitzuberaten.

StR. Lehner: Seitens der ÖVP-Fraktion gibt es ein klares Bekenntnis zu diesem Vertrag in jener Form, wie er mit diesem Abänderungsantrag gegeben wäre. Es gibt diesbezüglich auch das Einvernehmen mit dem Verein bzw. wurde mit Günter Mayer darüber eine Einigung erzielt.

Ich finde, es ist wichtig, dass wir Verträge für einen überschaubaren Zeitraum abschließen. Wir haben in dieser Richtung mit der „Weißen Möwe“ eine bittere Erfahrung gemacht. Wir sehen, wohin es führen kann, wenn man unbefristete oder über einen sehr langen Zeitraum wirkende Verträge abschließt.

Nachdem es seitens der Juristen Unstimmigkeiten gegeben hat, ob jetzt der Vertrag in der Form gilt, dass man halbjährlich kündigen kann oder ob es sich um einen Vertrag aufgrund des Mietrechtsgesetzes handelt, der damit für die Stadt de facto unkündbar geworden wäre, war es uns wichtig, diesen Abänderungsantrag zu stellen, um damit verbunden Rechtssicherheit herzustellen. Andererseits wird damit diesem Verein Sicherheit für die nächsten zehn Jahre gegeben, eine längere Zeit, wobei aber diese Zeitspanne doch für die Stadt überschaubar erscheint. Ich bin sehr optimistisch, dass das „Medien Kultur Haus“, der Verein buch.zeit und mediaspace weiterhin eine hervorragende Arbeit leisten und dass dieses Geld der Stadt ein sehr gut angelegtes Geld ist.

Eines muss hier schon klar sein. Das Zustandekommen ist natürlich der Referentin Anna Eisenrauch zu danken. Das Gebäude, das am 19. Oktober seiner Bestimmung übergeben werden soll, existiert deshalb in dieser Form, weil sie sich als eine, die Kraft Statut in den Verein „Medien Kultur Haus“ entsandt ist, sehr intensiv im Interesse der Stadt einsetzte. Sie sitzt hier nicht in einem Aufsichtsrat eines Unternehmens, wo sie ständig den Hut wechselt, sondern ist dort Vertreterin der Stadt Wels und vertritt dort mit all ihrer Kraft die Interessen der Stadt und vor allem auch der Bürger, die sich ja in diesem Verein ebenfalls finden.

Und so ersuche ich eben um Zustimmung zu diesem Vertrag in der abgeänderten Variante.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte meinen Ausführungen zum „Medien Kultur Haus“ ein paar Sätze voranstellen.

Zum Ersten: Wenn es jetzt so sein soll, dass vielleicht in Zukunft politische Mandatare keine Vereinsfunktionen haben dürfen, dann muss man das schon etwas hinterfragen. Wir sind uns wohl alle darin einig, dass Vereinsfunktionen zu den vielgerühmten und vielzitierten Ehrenämtern zählen – in Sonntagsreden sind wir ja alle für diese Ehrenämter – aber wenn tatsächlich ein Kommunalpolitiker oder überhaupt ein Politiker irgendwelche Vereinsfunktionen hat, dann wird das irgendwo kriminalisiert, zumindest unter Anführungszeichen stehend. Ich möchte wirklich davor warnen, dass man womöglich die Ansicht vertritt, dass man als kommunalpolitisch tätiger Mensch nicht mehr in den diversen Vereinen arbeiten darf. Ich meine, in manchen Bereichen würde es nicht besonders gut ausschauen, wenn sich diese Leute aus den Vereinen zurückziehen würden. Ich möchte wirklich eine Lanze für die Freiwilligenarbeit brechen und ich meine, für manche, die sich diesbezüglich immer wieder äußern, wäre es gar nicht so schlecht, sich im eigenen Bereich mehr umzusehen und festzustellen, ob Menschen dazu bereit sind, etwas für die Gesellschaft zu tun.

Zum Zweiten darf ich festhalten, dass wir natürlich den Antrag, den die Frau Vizebürgermeisterin vortrug, unterstützen werden. Wir sind dafür, dass das „Medien Kultur Haus“ als Leuchtturmprojekt in unserer Stadt eine finanzielle und organisatorische Absicherung erhält.

Andererseits ist es doch ein bisschen seltsam, dass die eigene Fraktion der Referentin mit einem Abänderungsantrag jenen Antrag, den die Referentin vorlegte, gewissermaßen beschneidet. Ich möchte mich darüber allerdings gar nicht näher äußern, sondern nur festhalten, dass wir im Ausschuss den Vertrag in der vorliegenden Form beschlossen haben. So weit ich das mitbekommen habe, war eigentlich euer Einwand in der Diskussion, bei welchem es um das Mietrechtsgesetz gegangen ist, nicht so

schlüssig, dass er beispielsweise bei mir als starkes Argument ankommen hätte müssen.

Dass die FPÖ in der Frage des „Medien Kultur Hauses“ versucht – wir haben das zuerst bei der Wortmeldung des Stadtrates Rabl ebenfalls gesehen – dieses von ihr ungeliebte Projekt zu verhindern, das wundert uns nicht, wenn wir wissen, was in den letzten Jahren zum Thema „Medien Kultur Haus“ von der FPÖ her gekommen ist.

Das „Medien Kultur Haus“ mit seinen drei Vereinen ist für mich – da möchte ich mich bei Herrn Stadtrat Lehner anschließen – ein Hort der Innovationen in unserer Stadt, ein dynamischer kultureller Raum, in dem sich sehr viel entwickelt. Und ich denke mir, dass dieses Haus mit den drei Vereinen, mit der buch.zeit, mit mediaspace, mit der YOUKI, mit „REIZEND“ ein ganz innovatives Haus ist, ergänzt noch mit dem Programm kino in der Zukunft, sodass wir damit wirklich ein Leuchtturmprojekt haben, das weit über die Grenzen unserer Stadt wirkt. Für uns als Stadt Wels bzw. als Zentrum in der Großregion Wels ist es wichtig, mit Projekten Menschen aus dem Umland sozusagen andocken zu können. Wir wissen ja schon aus der Vergangenheit, dass sehr viele Menschen aus anderen Bezirken ins „Medien Kultur Haus“ kommen und das führt dazu, dass wir in unserer Stadt eine Dynamisierung im Kulturbereich erhalten. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Verantwortlichen des „Medien Kultur Hauses“ und auch bei den einzelnen Vereinen, die dort tätig sind, recht herzlich für ihre Arbeit bedanken. Die kulturelle Qualität einer Stadt hat auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Qualität. Es gibt sehr viele Untersuchungen in diesem Bereich und wir wissen, dass Betriebsansiedlungen oder die Dynamisierung eines wirtschaftlichen Raumes auch mit der kulturellen Ausprägung zusammenhängen. Und wenn wir eine weltoffene Stadt bleiben wollen, ist es notwendig, dass wir den kulturellen Bereich unterstützen.

Ich möchte mich ebenfalls bei der Kulturreferentin recht herzlich bedanken. Ich denke, dass sie wirklich eine der Garanten dieses „Medien Kultur Hauses“ ist. Mir ist schon klar, dass es in der Diskussion nicht immer leicht abgeht, aber ich muss wirklich sagen, liebe Anni, dass du in dieser Frage gestanden bist und betontest, dass das ein Projekt ist, von dem du haben willst, dass es weitergeht. Und so möchten wir von der Sozialdemokratischen Fraktion diesen Antrag auch hier unterstützen, so wie wir das bereits im Ausschuss getan haben.

GR. Josseck-Herdt: Ich in meiner konzilianter Art möchte haben, dass aus dieser ganzen Diskussion heute die Luft wieder rauskommt und darf mir jetzt ein paar Bemerkungen zum Programm kino erlauben. Dabei fühle ich mich keinesfalls befangen und rede frisch weg von der Leber.

Die Stadt nahm sehr viel Geld in die Hand – das allein waren 1,8 Mio. Euro – damit das Programm kino eine neue Heimstatt erhalten kann. Andererseits muss man ja sagen, dass das Programm kino gar nicht einmal obdachlos war. Eigentlich hatte es eine sehr schöne Unterkunft im Greif-Theater, aber vielleicht stand dort der Saal doch zu wenig zur Verfügung und so hat man sich eben dazu entschlossen, sich im „Medien Kultur Haus“ einzubringen, wofür sehr viel Geld nötig war. Meiner Meinung nach bedeutet es eine sehr große Verantwortung, die hier der Verein Programm kino übernimmt. Diese Verantwortung muss er sich aber erst einmal verdienen; das ist meine Meinung. So gibt es sehr hoch gesteckte Ziele, was die Zuschauerfrequenz betrifft und es muss zuerst einmal bewiesen werden, ob diese Zahl überhaupt erreicht werden kann. In Hinblick darauf meine ich, dass die Zielgruppe, die bisher vom Programm kino angesprochen

wurde, viel zu klein ist, um die erwarteten Besucherzahlen wirklich erbringen zu können. Das Filmangebot muss meiner Meinung nach viel breiter werden. Dabei denke ich keinesfalls an diese Hollywood-Blockbuster, sondern vielmehr an die guten europäischen Filme mit exzellenten Schauspielern, die zwar auch in den kommerziellen Kinos mit sehr vielen Sälen gespielt werden, in Wels aber leider nicht.

Ich habe von Lehrkräften der mittleren und höheren Schulen gehört, dass sie es sich gut vorstellen könnten, während des Schuljahres mit ihren Schülern im Programmkino diverse Kinovorstellungen zu besuchen, was bisher immer nur in der letzten Schulwoche vor den Ferien getan wurde. Wissenschaftliche Dokumentationen könnten aber den Schulunterricht bestimmt unterstützen. Gerade Filme in der Originalsprache könnten beim Erlernen von Fremdsprachen im Unterricht eingebaut werden. Und bei solcher Gelegenheit nimmt man vielleicht den Schülern die Schwellenangst und gewinnt sie als zukünftige Kinobesucher.

Ich finde also, dass nicht nur die sogenannten Cineasten von der gigantischen Investition etwas haben sollten, sondern auch ganz normale, allerdings doch etwas anspruchsvollere Kinogeher.

Aber ich muss mir ja nicht den Kopf darüber zerbrechen, wie das Programmkino zu mehr Besuchern kommen könnte. Ich sage nur eines: Ausreden, wie sie bis jetzt bezüglich geringer Besucherzahlen gebraucht wurden, werden ab heute nicht mehr akzeptiert.

StR. Dr. Rabl: Auch ich möchte mich bei diesem Tagesordnungspunkt durchaus sachlich zu Wort melden. Und ich habe meine Bedenken schon im Ausschuss entsprechend formuliert. Zum Teil wurden diese Bedenken offenbar berücksichtigt, weil sonst hätte ja die ÖVP-Fraktion keinen Abänderungsantrag eingebracht.

Worum geht es mir überhaupt? Es geht hier darum, dass ein Mietvertrag beschlossen werden soll, der eine Subventionsvereinbarung beinhaltet. Das ist in Wels durchaus ein einmaliger Akt, nämlich dass es nicht zwei Verträge gibt, sondern einen einzigen Vertrag, in dem sowohl das eine als auch das andere geregelt ist.

Wenn man sich nun das Ganze im Mund zergehen lässt, denkt man sich: Was ist an diesem Mietvertrag konkret los und warum kritisieren wir diesen? Nun, ein solcher Mietvertrag ist absolut unüblich. Hier werden 1.400 Quadratmeter vermietet, und zwar zu einem Preis von 1 Euro pro Quadratmeter. Es weiß aber doch jeder, wie hoch sich derzeit in Wels ein angemessener Mietzins stellt. Dabei geht es um ungefähr 6 Euro, das heißt, statt 1.400 Euro pro Monat müsste man aus unserer Sicht 8.400 Euro verlangen. Das ist nichts anderes als eine Subventionierung dieses Vereins. Diese wird aber nicht in dieser Offenheit ausgesprochen bzw. wird sie in einer sehr geringen Miete versteckt. Die Differenz pro Monat macht somit 7.000 Euro aus und im Jahr ist das eigentlich eine zusätzliche Subvention in Höhe von 84.000 Euro.

Die Sache geht aber noch weiter. Der Verein zahlt keine Betriebskosten, außer solche für den Gastronomiebereich, die aber weiterverrechnet werden können. Der Kostenpunkt hieraus stellt sich auf 35.000 Euro. Das ist somit als zusätzliche Subvention anzusehen und insgesamt ergeben sich aus diesen zwei Punkten bereits 110.000 Euro jährlich.

Man braucht aber auch noch zusätzlich eine halbe Arbeitskraft. Die Kosten daraus belaufen sich auf etwa 25.000 Euro jährlich. Jetzt sind wir schon bei ca. 140.000 Euro jährlich.

Und dann gibt es noch ein paar weitere interessante Punkte, die da drinstehen. Es steht nämlich drinnen, dass 216.000 Euro als Barsubvention fließen sollen, nämlich statt bisher 130.000 Euro jährlich. Alles zusammen ergibt das eine jährliche Subvention in Höhe von 350.000 Euro. Und das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die ÖVP stritt beim vorigen Tagesordnungspunkt über 350.000 Euro einmalig, aber hier geht es um 350.000 Euro pro Jahr. Wir haben es doch mit einer ÖVP zu tun, die bei jeder Kleinigkeit sagt: Wir müssen sparen, wir müssen sparen, wir müssen sparen, das ist zu viel, das ist zu viel, wir müssen sparen, das ist zu viel, das ist viel zu viel, wir müssen sparen! Und dann werden bei diesem Thema 350.000 Euro jährlich bereitgestellt?

Wir glauben also, dass diese Vereinbarung, so wie sie auf dem Tisch liegt, unangemessen ist, unangemessen auch im Vergleich zu den anderen Vereinen. Es ist für mich nicht einzusehen – jetzt verweise ich nochmals auf den Adi Flasch, der da hinten sitzt – warum die „Kleine Welser Bühne“ fast nichts bekommt, das „Medien Kultur Haus“ jedoch 350.000 Euro im Jahr. Mir soll diesen Unterschied einmal jemand erklären, denn seine Arbeit ist nicht schlechter als jene vom „Medien Kultur Haus“.

Und wenn man sich die Subventionen für andere Vereine ansieht, egal ob es sich um Sportvereine handelt oder um andere Kulturvereine, dann erkennt man, dass sonst überhaupt kein Verein eine Subventionserhöhung bekam außer eben das „Medien Kultur Haus“. Auch angesichts dessen muss ich sagen, dass man sich eine Subventionsordnung überlegen müsste, die sozusagen gleich ist, und zwar gleich für alle, weil alle Funktionäre gleich tüchtig sind. Gerade auch in Hinblick darauf, dass anscheinend der Kollege Reindl-Schwaighofer das Ehrenamt besonders hervorheben wollte, meine ich, dass das für alle Vereine gleichermaßen geschehen müsste und nicht bloß für jene, die politisch opportun sind. Das muss man unabhängig von einer Parteilinie und unabhängig von einem bestimmten Programm sehen. Es kann also einfach nur darum gehen, für die Welser Bevölkerung etwas zu erreichen. Mir konnte bisher keiner erklären, warum die Arbeit im „Medien Kultur Haus“ um so viel wertvoller für die Stadt Wels sein soll als beispielsweise die Arbeit in einem Fußballverein oder die Arbeit der „Kleinen Welser Bühne“, die mir übrigens vor kurzem sehr viel Spaß bereitete, als ich eine Vorstellung besuchen durfte.

Ich glaube daher, dass diese Vereinbarung nochmals überarbeitet gehörte. Sie gehörte insofern überarbeitet, als man die Subventionsvereinbarung vom Mietvertrag trennen müsste. Ich glaube weiters, dass eine Befristung durchaus sinnvoll wäre, aber zehn Jahre stellen aus meiner Sicht auch noch eine Befristung dar, die durchaus zu lang ist. Würde man eine Befristung auf fünf Jahre machen, würde überhaupt nichts dagegen sprechen, wenn es sich um übliche Konditionen behandelte. Und daneben sollte man noch eine Subventionsvereinbarung abschließen, die man jederzeit kündigen kann. Es könnte ja auch sein, dass der Verein in eine Richtung geht, die der Stadt Wels so nicht unterstützungswürdig erscheint.

Ich glaube daher, dass es sinnvoll wäre, das Ganze nochmals zu überdenken und so sollte das nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen werden.

StR. Lehner: Ich muss doch noch kurz auf das Gesagte eingehen. Ich halte es nämlich für durchaus gut – das ist eigentlich ein neuer Weg, den wir damit gehen – wenn wir einen Subventionsvertrag und einen Bestandvertrag koppeln. Was ist denn bisher oft passiert? Da hat es einen an sich nicht bekannten Bestandvertrag gegeben, über den jedenfalls in diesem Gremium nicht diskutiert wurde und dann gab es auch noch eine Subventionsvereinbarung.

Bei dieser Subventionsvereinbarung, die hier ganz transparent vorliegt, sieht man einerseits, welche zusätzlichen Aufgaben der Verein übernimmt – das ist alles klar geregelt, denn es gibt definierte Öffnungszeiten und definierte Aufgabengebiete für den Verein, sodass jeder sieht, dass der Verein Aufgaben für die Stadt übernimmt – und mit der Erhöhung der Subvention wurde gleichzeitig eine Inflationsabgeltung für die letzten Jahre des erfolgreichen Arbeitens verbunden. Dieser Verein stellt ja keine Neugründung dar – er existiert seit Jahren – es wurde aber stets mit dem gleichen Betrag subventioniert. Es gibt also damit verbunden einen klaren und offenen Subventionsbetrag, der sich natürlich – das stimmt schon – um diese Miete erhöhen oder hinaufaddieren lässt.

Und ich stimme dir zu. Auch ich war bei Adi Flasch anlässlich dieser Premiere und es war wirklich ein sehr unterhaltsamer Abend. Ich würde mir ebenfalls wünschen, dass man in diesem Kulturbereich noch viel mehr an Budgetmitteln bekäme, denn eines ist wohl klar: Wer nicht in Kultur investiert und dann Unkultur erntet, hat ein schwieriges Leben.

Ich sage nochmals einen herzlichen Dank an die Referentin, die sich so einsetzt und auch an dich, denn ich habe noch kein Bauprojekt erlebt, bei dem du so akribisch darauf achtetest, dass es ja zu keiner Baukostenüberschreitung kommt. Hier hast du eine hervorragende Arbeit geleistet und dafür kommt auch von dieser Stelle aus der gebührende Dank.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Nachdem von Herrn Lehner darauf hingewiesen wurde, wie genau Herr Stadtrat Rabl darüber wachte, dass die Baukosten eingehalten werden, möchte ich noch anmerken, dass es bei jeder Bauausschuss-Sitzung darauf hinwies, wie lästig ihm eigentlich das Thema „Programmkinos“ ist. Ich denke mir aber, dass es für eine Stadt mit 62.000 Einwohnern selbstverständlich sein sollte, dass wir im Zentrum ein Kino mit guten, alternativen Filmen haben, ein Kino, das für alle erreichbar und nicht einfach irgendwo am Rande der Stadt situiert ist und für dessen Besuch man ein Auto benötigt.

In einer Stadt mit 62.000 Einwohnern erscheint es notwendig, auch im Bereich der Kultur zu investieren und nicht nur akribisch aufzulisten, wie viel im Bereich der Kultur ausgegeben wurde. Und dabei wird vielleicht auch noch mit Zahlen operiert, die dem tatsächlichen Aufwand nicht entsprechen.

Wir GRÜNE sind also dafür, dass dieser Vertrag mit dem „Medien Kultur Haus“ abgeschlossen wird und zum Thema „Programmkinos“ möchte ich noch auf etwas hinweisen. Das Programmkinos konnte bisher nicht so viele Besucher haben, weil man wechselweise in verschiedenen Spielstätten Aufführungen machen musste. Da wurde einmal im Sound Theatre gespielt, einmal im Greif und es war nicht klar für jedermann, wo gerade Aufführungen stattfinden. Dazu kam noch, dass oft an den besten Tagen, nämlich am Wochenende, kein Platz für das Programmkinos vorhanden war, sodass manche Filme nur an wenigen Tagen, und das nur während der Woche aufgeführt

werden konnten. Jeder von uns weiß doch, wenn man am nächsten Tag wieder zur Arbeit gehen muss, dass man es sich drei Mal überlegt, ob man am Abend noch außer Haus gehen sollte, um sich einen Film anzusehen. Somit sind also die Termine am Wochenende besonders interessant und das alles ist künftig gewährleistet. Das Programmkinos hat endlich eine fixe Heimstätte gefunden und kann dort permanent in zwei Sälen Filme aufführen. Es kann das auch für unsere Schulen durchgeführt werden.

Es gibt somit unsere unbedingte Unterstützung für dieses Projekt.

Vzbgm. Eisenrauch: Ich bedanke mich für alle positiven Wortmeldungen zum „Medien Kultur Haus“. Insgesamt wurden schon alle wichtigen Dinge gesagt.

Bezüglich Programmkinos ist es ganz wichtig, dass dieses endlich eine ständige Spielstätte bekommt, in der täglich gespielt werden kann.

Und wenn ich nur an die YOUKI denke, muss ich sagen, dass es schon sehr erstaunlich ist, wie viele Jugendliche aus allen möglich Ländern dort mitmachen und welchen Ruf die YOUKI eigentlich schon weit über die Grenzen Europas hinaus hat. Und so finde ich es direkt unfair, wenn man das „Medien Kultur Haus“ mit der „Kleinen Welser Bühne“ vergleicht. Auf der anderen Seite würde ich natürlich der „Kleinen Welser Bühne“ inniglichst eine Dauerspielstätte wünschen, nur erscheint mir solch ein Vergleich nicht eben angebracht. Solche Vergleiche kommen auch nur deshalb, um zu reizen. Abgesehen davon wissen wir ja ganz genau, warum die FPÖ eigentlich gegen das „Medien Kultur Haus“, gegen das Programmkinos und die Vereine, die darin tätig sind, Widerstand leistet. Ich ersuche jetzt um Beschlussfassung.

Die Abstimmungen zu Punkt 6. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 6) der ÖVP-Fraktion wird mit

19 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 14 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 5) wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Hoflehner ist bei den Abstimmungen zu Punkt 6. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, Vzbgm. Wimmer hat die Sitzung bereits verlassen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

7.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Schulbeginnunterstützung in der 1. Schulstufe abgeändert wird (2. Novelle zur Schulbeginnunterstützung 2001);
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
SO-JW-28-2012

Der Antrag lautet nach Vorausverfügung im Stadtsenat am 10.09.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beiliegende 2. Novelle zur Schulbeginnunterstützung 2001 beschließen.

Der Antrag wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Hoflehner und GR. Manfred Wiesinger sind bei der Abstimmung zu Punkt 7. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, Vzbgm. Wimmer hat die Sitzung bereits verlassen.

8.)

Aufhebung der „Richtlinien zur Einführung einer Wertkarte für die Mobilität der Welser Jugendlichen“ (Move-on-Card)
SF-J-139-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 04.09.2012, der Gemeinderat möge die Aufhebung (siehe Anlage 8) der Richtlinien zur Einführung einer Wertkarte für die Mobilität der Welser Jugendlichen per 31.10.2012 beschließen.

Bgm. Dr. Koits verliert den als Anlage 9 beigefügten Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion, der nach Auffassung des Bürgermeisters als Zusatzantrag zu sehen ist.

GR. Haböck: Die Junge ÖVP Wels hat bereits in einem umfassenden Konzept im Frühjahr 2010, also vor knapp zweieinhalb Jahren, die Einführung oder zumindest die Prüfung der Möglichkeit für ein modernes, leistungsfähiges und natürlich auch sicheres System von W-LAN für die Welser Innenstadt eingefordert. Geschehen ist diesbezüg-

lich in den letzten zweieinhalb Jahren leider nichts, wobei ich eigentlich nicht glauben würde, dass diese Sache technisch oder finanziell so unmöglich wäre.

In der Zwischenzeit – innerhalb der zweieinhalb Jahre – hat das die Stadt Luzern im ganzen Stadtgebiet umgesetzt und innerhalb von Österreich haben diesbezüglich die Städte Eisenstadt und Linz etwas getan.

Frau Stadträtin Huber sagte im Rahmen ihrer Berichterstattung, dass hier ganz einfach Geld eingespart und auf der anderen Seite ausgegeben würde. Nun, in gewisser Weise stimmt das, aber andererseits fordern wir ja nicht eine Erhöhung des Budgets oder ein Zusatzbudget. Das dafür nötige Geld ist also prinzipiell schon vorhanden und aus diesem Budget heraus könnte man dieses Konzept eines flächendeckenden modernen Internet- und Highspeedsystems für die Welser Innenstadt zumindest einmal überprüfen und dann womöglich auch einführen.

Wir glauben eben, dass es sinnvoll wäre für die Welser Innenstadt, solche Highspeed-Hotspots, wie es auf Neudeutsch so schön heißt, einzuführen. Eisenstadt schaffte es mit einem ganz simplen Login-System, wobei man über ein xTAN-System, das meines Erachtens jedem vom Online-Banking her bekannt ist – das ist ein sehr sicheres System – diese Möglichkeit schuf.

Es war hier leider der zuständige EDV-Referent, Herr Wimmer, mit dem ich darüber schon gesprochen habe, untätig, aber wir beantragen, dass das seitens der Stadt Wels sehr wohl gründlich geprüft wird und hoffen, dass es dann eine breite Zustimmung hierherinnen zu einem modernen Highspeed-Internet in der Welser Innenstadt gibt.

GR. Ganzert: Zunächst danke ich der Frau Stadträtin Huber, die zuerst selbst ausführte, dass sie ihre eigenen Hausaufgaben erledigte.

Zum Thema W-LAN Folgendes. Wir haben erst unter dem letzten Tagesordnungspunkt über das „Medien Kultur Haus“ gesprochen. Es ist geplant, ein W-LAN für dieses Haus bzw. für das dortige Umfeld einzurichten. Meines Wissens nach gibt es bereits am Stadtplatz, von der Liwest zur Verfügung gestellt, ein W-LAN.

Ich glaube, dass es sich bei W-LAN um etwas durchaus Zeitgemäßes und Zeitgerechtes handelt, ich muss aber den Vorwurf an Herrn Vizebürgermeister Wimmer, der aufgrund der Terminlage schon weg musste, zurückweisen.

Außerdem würde ich anraten, solch eine auch für mich wichtige Idee eher über einen Ausschuss zu diskutieren, als hier in Form eines Zusatzantrages zur „Move-on-Card“. Man kann doch nicht diese Mobilitätskampagne der Jugendreferentin ganz einfach auf einen Informationstechnologieantrag umschreiben; das finde ich nicht passend.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die „Move-on-Card“ wurde im Jahr 2009 eingeführt, so quasi als Wahlzuckerl für die Welser Jugendlichen. Das Ganze wurde auch lautstark propagiert.

Wir waren gegen diesen Antrag, allerdings nicht etwa deshalb, weil wir etwas gegen die Förderung der Welser Jugendlichen hätten, sondern weil wir fanden, dass es dieses Projekt an sich gehabt hätte, auch einen Lenkungseffekt zu erzielen. Mit dieser „Move-on-Card“ wurde nämlich leider nicht nur die Mobilität der Jugendlichen im Bereich des öffentlichen Verkehrs oder die Anschaffung von Fahrrädern bzw. von anderen umwelt-

freundlichen Verkehrsmitteln gefördert, sondern auch der Erwerb des Führerscheins. Wir waren aber der Meinung und sind dies noch heute, dass der Erwerb des Führerscheins etwas ist, das nicht unbedingt förderungswürdig erscheint. Es wäre also ein Lenkungseffekt möglich gewesen, den man sich aber entgehen ließ. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass wir heute der Abschaffung dieser „Move-on-Card“ zustimmen.

Und ich muss hier der Frau Stadträtin Huber zustimmen, weil ich es ebenfalls für befremdlich finde, wenn Streichungen oder Einsparungen, sei es nun in Zusammenhang mit dieser Schulbeginnunterstützung von vorhin oder mit dieser „Move-on-Card“, ausschließlich im Sozialbereich stattfinden. Hingegen bekommt man in Bezug auf andere Ressorts nur wenig von einer Spargesinnung mit, die dem Beschluss auf Kostendämpfung, so wie wir ihn in Zusammenhang mit dem Einsparungsprojekt fassten, entsprechen würden. In anderen Bereichen wäre da sicher etwas nachzureichen.

Nun komme ich zum Thema W-LAN. Natürlich sind wir ebenfalls Anhänger der Verbreitung von Internet-Zugängen im öffentlichen Raum, das heißt, die verstärkte Einführung von W-LAN im Stadtzentrum wird von uns durchaus unterstützt. Allerdings glaube ich ebenfalls, dass es nicht unbedingt dieser Verknüpfung bedarf, um die Finanzierung sicherzustellen, so wie das hier angestrebt wird. Ich meine so wie mein Vorredner, dass man das über einen eigenen Antrag und über eine eigene Debatte im zuständigen Ausschuss erledigen sollte.

StR. Huber: Ich danke für die Wortmeldungen. Der Lenkungseffekt, Herr Kollege Teubl – das stimmt – ist nicht ganz so eingetroffen, wie wir uns das erhofften.

Was den Herrn Haböck betrifft, verbleibe ich bei meinen Worten im Rahmen der Berichterstattung. Es ist gerade die ÖVP, von der immer Querschüsse gegen das Budget kommen. Speziell ihr Wirtschaftsbundobmann meint immer, dass wir nicht ordentlich budgetieren können.

Und wenn sie, Herr Haböck, meinen, dass ja bis zum Jahr 2013 etwas budgetiert ist, dann muss ich sagen, dass die Jugendlichen noch bis zum 31. Oktober dieses Jahres Zeit haben, um etwas einzulösen. Das heißt also, dass wir insgesamt für das Jahr 2013 von einem Einsparungspotenzial in Höhe von 148.000 Euro sprechen.

Die Abstimmungen zu Punkt 8. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Hauptantrag (Anlage 8) wird

einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag (Anlage 9), ursprünglich als Abänderungsantrag bezeichnet, wird bei

8 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion)
und 3 Stimmenthalten (GRÜNE-Fraktion)
sowie 22 Nein-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

9.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einrichtung einer zweisprachigen deutsch/englischen Kindergartengruppe
DI-Verf-235-2012

StR. Dr. Rabl: Um jetzt etwas Zeit aufzuholen – wir hatten ja heute schon zahlreiche kontroversielle Debatten – werde ich mich jetzt relativ kurz halten, denn der Antrag ist ihnen ja ohnehin bekannt.

Die Freiheitlichen fordern einen englischsprachigen Kindergarten ab dem Schuljahr 2013/14 und der Magistrat möge diesen raschestmöglich umsetzen.

GR. Mag. Mayerhofer: Um es so kurz zu machen wie Herr Dr. Rabl, darf ich sagen, dass unsere Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen wird. Wir finden, dass das bisherige Englischangebot im Kindergarten durchaus ausreichend ist. Und schon jetzt werden an die Pädagoginnen und Pädagogen sehr viele Ansprüche gestellt. Und wir finden, dass das bisherige Englischangebot ausreichend ist, wobei wir es gut finden, dass es schon im Kindergarten solch ein Angebot gibt, nämlich für jene, die es nutzen wollen. Aber einen rein englischsprachigen Kindergarten halten wir nicht für notwendig.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Auch wir von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion sind mit dem Angebot, das jetzt schon in den Kindergärten gegeben ist, sehr zufrieden. Wir können nur unterstützen, was Frau Weidinger und ihre Pädagoginnen und Pädagogen schon umsetzen. Es wird tatsächlich schon 45 Minuten Englisch angeboten. Es können Eltern noch ihre Kinder für „Living stories“ anmelden, nämlich an den Nachmittagen. Unserer Meinung nach ist das sehr wohl ausreichend und wir werden deshalb diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. LAbg. Mag. Csar: Aufgrund dessen, was wir schon hörten – es gibt schon ein Angebot in den Kindergärten, aber es soll dieses womöglich auf die Schulen erweitert werden – stelle ich hiermit den Antrag auf Zuweisung dieses Initiativantrages an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung.

StR. Dr. Rabl: Der war schon einmal im Ausschuss!

GR. LAbg. Dr. Csar: Und warum liegt er heute wieder als Initiativantrag vor?

Bgm. Dr. Koits: Bitte, es liegt uns jetzt ein Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung an einen Ausschuss vor und darüber gibt es keine Debatte. Über solche Anträge ist laut Geschäftsordnung ohne Debatte abzustimmen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. LAbg. Dr. Csar auf Zuweisung gst. Initiativ-antrages (Anlage 10) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

20 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 14 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei der o.a. Abstimmung nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 160) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 124)
BZ-BauR-5011-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.09.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (160. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (124. Änderung) beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Hier handelt es sich um einen Antrag zur Umwidmung eines Grundstückes, das als Grünland gewidmet ist, das sich aber de facto im Au Gebiet befindet und wo es einen Auwaldbestand gibt. Es ist doch an der Zeit, dass wir der ständigen Verkleinerung des Auwaldes Einhalt gebieten, auch wenn es sich nur um relativ kleine Fläche handelt.

Wir haben uns schon in der Vergangenheit Umwidmungsanträgen, welche das Auwald-Gebiet betrafen, entgegengestellt und werden es auch heute tun. Und auch wenn wir wissen, dass heute diese Antrag mit großer Mehrheit angenommen wird, möchten wir ein Zeichen setzen. Weiters möchten wir wieder einmal unser altes Anliegen nach einem besonderen Schutz der Traunau in Erinnerung rufen.

Wir glauben, dass es im Gegensatz zur Abstimmung, die im Gemeinderat zu diesem Thema gegen und ausgegangen ist, doch so ist, dass wir eine Au-Deklaration brauchen und dass wir einmal festschreiben müssen, wo denn dieser Erholungsraum seine genaueren Grenzen hat. Welche Bereiche wollen wir also unter unseren besonderen Schutz stehend betrachten bzw. welche Bereiche wollten wir vor Begehrlichkeiten in

Bezug auf Umwidmungen auf jeden Fall verschont wissen. Das alles ist meines Erachtens höchst an der Zeit, dass wir es uns endlich einmal überlegen. Und auch wenn heute wieder ein Stück der Au angeknabbert wird, bin ich zuversichtlich, dass dies doch noch einmal gelingen wird, bevor der letzte Baum gerodet ist.

StR. Lehner: Ich danke für ihr Engagement bezüglich der Erhaltung der Au. Wir haben auch vom Land die entsprechenden Experten geholt und diese haben uns klar mitgeteilt, dass es nicht ein Auwald ist, den wir anknabbern, sondern dass es sich vielmehr um ein Nachvollziehen dessen handelt, was wir im „Örtlichen Entwicklungskonzept“ stehen haben. Und für mich noch viel wichtiger ist, dass das, was wir gemeinsam beschlossen haben, in der Noitzmühle umzusetzen ist. Und das Stadtteilentwicklungskonzept für die Noitzmühle sieht hier eine Einfamilienhausbebauung vor. Ich glaube, das ist für die Noitzmühle sehr wichtig und mit dieser Umwidmung kann ein weiterer Schritt aus dem Konzept „Noitzmühle neu“ umgesetzt werden.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Wieser, GR. Mag. Parzmayr, GR. Wildfellner und GR. LAbg. Dr. Csar sind bei der Abstimmung zu Punkt 10. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, Vzbgm. Wimmer hat die Sitzung bereits verlassen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 163) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 126)
BZ-BauR-5009-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.09.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (163. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (126. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 114/2.7 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6005-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.09.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 114/2.7 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 208/A.1.6 (Stadtteil: Lichtenegg)
BZ-BauR-6012-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.09.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 208/A.1.6 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 404/2.12 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-6007-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.09.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 404/2.12 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

15.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Alkoholverbot auf dem Bahnhofvorplatz
(ortspolizeiliche Verordnung und sozialarbeiterische Maßnahmen)
DI-Verf-261-2012

Bgm. Dr. Koits verliert einleitend den als Anlage 17 beigefügten Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion und anschließend den als Anlage 18 beigefügten Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, wobei er zu den damit ebenfalls angestrebten Änderungen der Antragsbegründungen durch die SPÖ-Fraktion anmerkt, dass man Begründungen für einen Antrag nicht im Wege von Abänderungsanträgen umformulieren kann.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich glaube, wir alle haben die Zeitungsberichte gelesen, die es so in letzter Zeit zu diesem Problemkreis gegeben hat. Und wer sich der Mühe unterzogen hat, sich vor Ort anzusehen – ich vermute, dass speziell jene Mitglieder des Gemeinderates, die bei der Polizei tätig sind, das vor Ort angesehen haben – konnte selbst feststellen, dass dort zu bestimmten Zeiten Dinge vorkommen, die für eine Visitenkarte unserer Stadt, für das Eintrittstor zum Bahnhof sicher nicht angebracht sind; wir sollten da nicht einfach zuschauen.

Ich habe mit verschiedenen Menschen gesprochen, die regelmäßig den Bahnhof frequentieren, weil sie nach Linz oder in einen anderen Ort fahren. Diese berichteten darüber, dass man halt zu gewissen Zeiten, wenn der Alkoholkonsum schon etwas fortgeschrittener ist, angepöbelt wird. In der Zeitung war zu lesen, dass von der Polizei Gewalthandlungen registriert wurden, verbunden mit Körperverletzungen.

Ich möchte mich jetzt kurz fassen, weil anhand der Anträge, die gekommen sind, ein gewisser Diskussionsbedarf besteht. Aber wichtig erscheint mir jedenfalls zu betonen, dass das dort vorhandene Alkoholproblem kein Problem der Jugendlichen ist. Wir wissen allerdings, dass Jugendliche, bevor sie noch in ein Lokal gehen, einen gewissen Hang zum Vorglühen haben, wie man das nennt, und das ist sehr wohl eine Sache, die sich auf diesem Bahnhofsvorplatz abspielt. Da treffen sich dann Personen mit unterschiedlichen Interessen. Auf der einen Seite sind das Personen mit unzeitigem Aufenthalt, Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit Bedrohte und andererseits noch Jugendliche beim Vorglühen. Und die Diskussionen, die wir mit diversen Personen führten, gingen immer in die Richtung, ob man das nicht einschränken könne oder ob es nicht doch eine Möglichkeit gäbe, diesen Missstand aufzuheben.

In den Diskussionen war aber auch allen klar, dass ein Alkoholverbot ohne flankierende Maßnahmen nur dazu führen würde, das Problem auf einen anderen Platz, auf eine andere Straße zu verlagern, vielleicht in einen anderen Hauseingang, wobei ich mir denke, dass sie wissen, was ich meine. Und aus diesem Grund wird es eben notwendig sein – wenn wir meinen, dass ein Alkoholverbot auf diesem Platz angezeigt ist – auch Begleitmaßnahmen zu ergreifen. Und dabei handelt es sich unserer Ansicht nach um sozialarbeiterische Tätigkeiten, um Streetwork oder um eine Gemeinwesenarbeit. Ich habe mit verschiedenen Menschen gesprochen, die in diesem Bereich arbeiten und die haben mit bestätigt, dass im Wesentlichen der Einsatz von Polizei und Ordnungswache zu nichts anderem führen wird, als dass wir diese Problematik verdrängen. Jedenfalls würden wir es aber kaum schaffen, mit der Ordnungswache oder mit der Polizei dieses Problem aufzuheben. Wenn wir schon eine Chance haben, auf Menschen in der Richtung einzuwirken, dass sie eine Verhaltensänderung an den Tag legen, dann wird das nur mit sozialarbeiterischer Gemeinwesenarbeit möglich sein. Hier schließt sich der Kreis und aus diesem Grund ist in unserem Antrag ganz klar festgelegt, dass es um Gemeinwesenarbeit geht.

Interessant ist vielleicht auch noch der letzte Punkt. In mehreren Gesprächen mit Polizisten wurde immer wieder gesagt, dass es überhaupt keinen Sinn habe, dort hinzugehen, weil die Leute in dem Moment, wo sie beispielsweise stärker alkoholisiert sind, gar nicht ansprechbar sind. Das Einschalten der Ordnungswache mit erweiterten Kompetenzen und das Agieren der Polizei würde nur zu einer Kriminalisierung führen.

Ich ersuche sie also darum, dass wir diesen Initiativantrag gemeinsam beschließen. Es geht darum, dass wir in diesem Bereich, in dem sich das abspielt, wieder ein bisschen mehr Ruhe zustandebringen und eine Visitenkarte der Stadt, der Bahnhofvorplatz, wieder normal frequentierbar wird.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte noch eine formelle Anmerkung treffen. Bei diesem Initiativantrag und auch bei den Abänderungsanträgen geht es immer nur um eine Vorbereitung, das heißt, der Magistrat soll beauftragt werden, etwas vorzubereiten. Wenn also vom Magistrat etwas vorbereitet ist, dann wird im entsprechenden Ausschuss unter dem Referent Dr. Wieser ein diesbezüglicher Gemeinderatsbeschluss vorberaten. Ich wollte das nur vorweg zur heutigen Diskussion klar zum Ausdruck bringen.

StR. Kroiß: Ich glaube, dass sich alle Parteien darin einig sind, dass im Bereich des Bahnhofvorplatzes etwas gegen die ausufernden Alkoholexzesse getan werden muss. Ich glaube, viele von ihnen waren schon Zeugen solcher Vorfälle.

Weiters meine ich, dass sich zumindest die Mehrzahl der hier anwesenden Mandatäre für dieses Alkoholverbot am Bahnhofvorplatz aussprechen wird. Ich habe allerdings gemerkt, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt, wenn es um den genauen Ort des Alkoholverbotes geht, um die Art und die Vollziehung. Der Kollege Johnny Reindl-Schwaighofer ist ja der Meinung, dass hier sozialarbeiterische Maßnahmen durchgeführt werden. Und dass wir dafür zwei neue Planstellen schaffen sollen. Wir sind aber der Meinung, dass das nicht funktioniert, das heißt, vor Ort ist unbedingt die Ordnungswache oder die Polizei verstärkt einzusetzen. Du sagtest zuerst, dass manche Personen in dem Zustand, in dem sie sich des öfteren befinden, sicher nicht zugänglich für sozialarbeiterische Maßnahmen sind. Ist dies aber so, dann müsste man mit solchen Maßnahmen schon viel früher ansetzen, also noch vor jenem Zeitpunkt, wo dann diverse Personen auf dem Bahnhof herumsitzen. Sind sie erst einmal dort und sitzen betrunken dort herum, wird das ganze Bemühen wahrscheinlich nichts mehr nützen.

Persönlich bin ich der Meinung, dass wir diesbezüglich rasch handeln müssen, denn eines ist wohl klar: Der Bahnhofvorplatz wurde unter Einsatz von sehr viel Geld umgebaut, er ist an sich die Visitenkarte für die Stadt und eine Art Wartezone für die Pendler und so sollen dort eigentlich Besucher der Stadt, die mit dem öffentlichen Verkehrsmittel anreisen, willkommen geheißen und nicht abgeschreckt werden. Wir müssen somit rasch handeln, wobei die sozialarbeiterischen Maßnahmen sozusagen einen eigenen Zugang darstellen.

Etwas verwundert bin ich über die Haltung der ÖVP. Der Kollege Lehner war ja im Vorfeld dazu der Meinung, dass wir die Zivilcourage der Bevölkerung einfordern sollten und die Bevölkerung solle auf die betrunkenen Personen zugehen, mit ihnen sprechen, damit sie gewisse Dinge unterlassen oder dass das Ganze etwas ruhiger abläuft. Das ist aber etwas, das ich nicht verstehen kann.

Und jetzt kam der Abänderungsantrag der ÖVP, mit dem man auf der anderen Seite über das Ziel hinausging. Man möchte nämlich der Ordnungswache sogar ein Festnahmerecht geben.

Alles in allem gibt es also sehr unterschiedliche Meinungen und ich glaube, wir sollten hier versuchen, gemeinsam einen Weg zu finden, einen gemeinsamen Weg für den Bahnhofvorplatz bzw. für die Bürger. Und ich glaube, wir sollten in die Diskussion auch die Frage aufnehmen, ob wir nicht solch eine Verordnung zeitlich befristen können. Wenn wir nämlich das Problem vielleicht rasch lösen können, dann wird es doch möglich sein, uns eine zeitliche Befristung zu überlegen.

GR. Josseck-Herdt: Nachdem hier so viele Meinungen aufeinanderprallen – prallen ist vielleicht zu viel gesagt, weil ja alle nur das Beste erreichen wollen, aber andererseits gibt es doch verschiedene Zugangsweisen – stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung in den Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Josseck-Herdt auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 16) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
beitragsfreie Kinderbetreuung (Resolution an den Oö. Landtag, die Oö. Landesregierung und die zuständigen Organe des Landesrechnungshofes)
DI-Verf-289-2012

GR. Reindl-Schwaighofer: Die Resolution, die ihnen vorliegt, befasst sich mit einem Thema, über das wir im Gemeinderat schon sehr oft zu anderen Problemfeldern diskutierten und wo es immer wieder um die gleiche Problematik geht.

Es gibt eine übergeordnete Stelle – in diesem Fall ist das Land gemeint – und diese beschließt den beitragsfreien Kindergarten, wobei es gleichzeitig den Kommunen verspricht, dass sie den damit verbundenen finanziellen Mehraufwand abgegolten bekommen – sie werden also mit diesem Beschluss und den Mehraufwendungen nicht allein gelassen – am Schluss sind wir aber damit konfrontiert, dass wir als Stadt Wels allein aus diesem Beschluss resultierend bis dato Mehrkosten im Ausmaß zwischen 4 und 6 Mio. Euro haben, welche uns aber das Land Oberösterreich nicht refundieren will, obwohl es seinerzeit so geheißen hat.

Hier geht es einfach darum, dass wir klar Flagge zeigen. Wer sich von ihnen die Mühe machte, den Rechnungshofbericht nachzulesen, hat daraus die klare Feststellung entnommen, dass das Land Oberösterreich mit seinen Verantwortlichen, mit Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer und den zuständigen Landesräten, den Kommunen etwas versprochen hat, das es nicht einzuhalten bereit sind.

Wir sollten also heute gemeinsam eine Resolution beschließen und uns dazu bekennen, auch die vom Lenkungsausschuss in unserem eigenen Bereich vermuteten Sparpotentiale zu heben. An dieser Stelle möchte ich der Frau Stadträtin Huber nochmals ein Danke sagen. Aber es geht auch darum, dass wir mit den Kosten aus jenen Beschlüssen, die andere treffen, nicht alleingelassen werden. Wir haben jetzt die Chance, für uns selbst zu unterscheiden, ob wir als Welser Gemeinderäte einen Beschluss fassen oder ob vielleicht die Interessen woanders mehr sind, weil man auch Landtagsabgeordneter ist. Ich ersuche sie nochmals, dass wir gemeinsam diesen Antrag bzw. diese Resolution beschließen.

GR. Markus Wiesinger: Zuerst möchte ich die Gelegenheit nützen, drei Jahre nach Einführung des Gratis-Kindergartens diese Angelegenheit als Erfolgsgeschichte zu loben. Ganz besonders möchte ich mich auch bei der Bildungsreferentin der Stadt Wels bedanken, also bei Anna Eisenrauch, und zwar dafür, dass so rasch die notwendigen Einrichtungen saniert wurden oder neu gebaut worden sind. Wir alle wissen ja, dass es bei uns auch Container-Kindergärten gab, diese wurden aber erst kürzlich weggeräumt, was sicher ein gutes Zeichen ist.

Nun möchte ich aber doch noch ein bisschen weiter ausholen. Wie ist eigentlich das Ganze entstanden? Und ich darf noch ein paar Dinge klarstellen.

Es war im Dezember 2008 – ich hoffe, alle Kolleginnen und Kollegen hier herinnen werden sich noch daran erinnern können – als es beim Land eine Pressekonferenz gab, bei welcher die Einführung des Gratis-Kindergartens verkündet wurde. Daraufhin gab es natürlich einen Streit darüber, wer die diesbezügliche Idee hatte und ich muss sagen, dass ich eigentlich froh darüber bin, dass nicht alle damals verkündeten Ideen umgesetzt wurden. So hat es einen gegeben, der sich jetzt nicht mehr in der Landesregierung befindet, nämlich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider, welcher forderte, nicht nur eine Gratis-Kinderbetreuung bzw. den Gratis-Kindergarten einzuführen, sondern auch einen Gratis-Mittagstisch einforderte. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, ich glaube, sie wissen, was ich meine. In Linz hat es damals schon das Gratis-Mittagessen gegeben, mittlerweile musste dies aber die SPÖ wieder abschaffen. Ich bin froh darüber, dass das damals nicht flächendeckend für ganz Oberösterreich eingeführt wurde, denn da müssten wir heute vielleicht noch über viel mehr reden.

Das Ganze ging damals so weit, dass es seitens der SPÖ diverse Inserate gegeben hat und ich glaube, sie können sich daran noch erinnern. Mit diesen Inseraten wurde auch gefordert, das es das Gratis-Mittagessen geben müsse. Bitte, man sollte sich doch ein bisschen daran erinnern, was man damals so einforderte. Das ging sogar so weit, dass es eine Aussendung der SPÖ gab, in welcher es hieß: „Die „ÖVP schmettert kostenloses Essen ab!“ Also, ich bin wirklich froh über den Weitblick, den der Herr Landeshauptmann an den Tag legte und dieses Gratisessen nicht flächendeckend eingeführt wurde.

Worum geht es aber jetzt? Es gab früher ein Fördermodell, aufgrund dessen vom Land 40 Prozent, von den Gemeinden 40 Prozent und von den Eltern 20 Prozent gezahlt wurden. Das wurde auf ein 60 zu 40 Modell geändert, sprich das Land übernahm die 20 Prozent von den Eltern und die bisherigen 40 Prozent blieben weiterhin bei den Gemeinden.

Was hat eigentlich der Gratis-Kindergarten gebracht? Ich glaube, darüber sollten wir ebenfalls reden. Es wurde ja im Antrag angeführt, dass es sich beim Gratis-Kindergarten um eine positive Sache handelt und ich glaube, das lässt sich auch in Zahlen sehr gut festmachen.

Seit Einführung des Gratis-Kindergartens sind rund 5.800 Kinder mehr in den Kindergärten unter Betreuung. Das entspricht einer Steigerung um 12 Prozent. Und die durchschnittliche Wochenöffnungszeit hat sich um 1,4 Prozent erhöht. Die Kinder befinden sich tatsächlich eine längere Zeit über in der Kindergartenbetreuung.

Und es gibt Studien beispielsweise aus Deutschland – da komme ich jetzt wieder zum Geld – wonach Geld, das in die Jugend investiert wird, sich mehrfach rentiert, weil manch spätere Maßnahmen nicht mehr nötig sind.

Wir alle wollten den Gratis-Kindergarten. Und wir hatten in Wels bis zum Jahr 2009 eine Tugend – da nehme ich niemanden aus – welche die zwei Pädagogen pro Kindergartengruppe betraf. Die Stadt Wels hat sich immer den Luxus geleistet, pro Kindergartengruppe zwei Pädagoginnen anzustellen, wogegen es sonst beim Land oder im Land üblich war, eine Kindergartenpädagogin und eine Kindergartenhelferin anzustellen. Und das muss bei dieser Gelegenheit auch angeführt werden. Wenn ich nämlich hier Steigerungen höre, die sich auf Millionenbeträge beziehen, dann hat das auch damit zu tun, dass Kindergartenpädagogen mehr kosten als Kindergartenhelfer. Und die Lohnerhöhungen kommen jährlich auch noch dazu.

Bei der Beschlussfassung auf Landesebene im Jahr 2009 wurde festgehalten, dass es nach zwei Jahren eine Evaluierung geben soll und diese wurde vorgezogen. Mit dieser Novelle wurden drei Punkte beschlossen, die aus meiner Sicht ganz wichtig sind. Es kam ein neues Modell der Gruppenförderung, das einheitlich und transparent ist. Ganz wichtig ist der zweite Punkt, in welchem es um die Gastbeiträge geht. Wir wissen, dass speziell in Randbereichen viele Kinder in die jeweils andere Gemeinde gefahren werden und dafür gibt es ebenfalls eine klare Regelung, was mir genauso als sehr wichtig erscheint. Und zum Dritten ist sicher auch die Abgangsdeckung für private Einrichtungen ganz wichtig, weil ja die öffentliche Hand nicht die ganze Kindergartenbetreuung übernehmen kann.

Interessant finde ich weiters, dass sowohl im Jahr 2009 als auch bei der Novelle 2012 im Landtag alles einstimmig war. Jede Partei hat also diesen Beschlüssen zugestimmt. Wenn sich demnach jetzt die SPÖ herstellt und davon spricht, dass die Kosten zu hoch sind, dann frage ich mich schon, warum man jetzt auf einmal darauf kommt. Die SPÖ Wels hat ja ebenfalls eine Abgeordnete im Landtag und ich habe nichts davon gehört, dass sich diese vehement für eine Abgangsreduzierung im Interesse der Stadt Wels eingesetzt hätte.

Die ÖVP bekennt sich dazu, dass die Kindergartenbetreuung Geld kostet und wenn wir die hohe Qualität, die wir in den Welser Kindergärten haben, auch weiter haben wollen, müssen wir natürlich seitens der Stadt Geld investieren.

Kollege Reindl-Schwaighofer, du hast den Landesrechnungshof und dessen Bericht zum Kindergartenwesen kommentiert. Nun kann man von Herrn Dr. Brückner vieles behaupten, aber dass er ÖVP-nahe sei, das wohl nicht. Und ich weiß nicht, welchen

Rechnungshofbericht du gelesen hast, aber ich lese diesen auf jeden Fall ein bisschen anders.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Das ist der Bericht vom Mai!

GR. Markus Wiesinger: Daraus lese ich aber nicht heraus, dass der Rechnungshof in irgendeiner Art und Weise kritisieren würde, dass das Land irgendwelche Zusagen nicht eingehalten hätte. Er hält lediglich fest, dass es eine unverständliche Irritation in Bezug auf die Formulierung im Kindergartengesetz gab. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Sache „elternbeitragfrei“ zu nennen, damit das klarer gewesen wäre. Aber aus diesem Bericht kann ich jedenfalls nicht herauslesen, dass das Land in irgendeiner Form etwas nicht eingehalten hätte. Und ich wiederhole, dass die SPÖ dem Ganzen ihre Zustimmung gab.

Abschließend möchte ich festhalten, dass der Herr Landesrechnungshof-Direktor sich langfristig für die Beibehaltung des derzeitigen Systems ausspricht, und zwar des Systems eines genormten Landesbeitrages. Der Landesrechnungshof ist also irgendwie zu einer anderen Erkenntnis gekommen als du, lieber Johnny. Ich bin jedenfalls froh darüber, dass dieser Bereich vom Landesrechnungshof geprüft wurde und er feststellte, dass nichts geändert werden soll. Die ÖVP wird somit dem von dir eingebrachten Antrag nicht zustimmen.

GR. Schönberger: Wissen sie, natürlich kann man über die Dinge immer in allen Richtungen diskutieren. Eines ist aber schon klar: Faktum sind die Zahlen, die auf dem Tisch liegen. Und die Zahlen, die auf unserem Tisch liegen, bezeugen, dass jeder Welser Steuerzahlerin und jedem Welser Steuerzahler ein Loch ins Börsel gerissen wird. Und wenn es sich schon um ein Landesgesetz handelt, muss man auch sagen, dass das Land in die Verpflichtung zu nehmen ist. Da nehme ich genauso unsere Kollegen in den Mund, die damals dem Gesetz zugestimmt haben.

Und, Kollege Wiesinger, wir in Wels haben einem beitragsfreien Essen von Haus aus nie zugestimmt. Wir waren immer der Meinung, dass eine solche Maßnahme überzogen wäre. Und genauso sind wir jetzt der Meinung, dass es überzogen ist, wenn wir auf den erhöhten Kosten summa summarum sitzen bleiben.

Mir kommt es so vor, als würde sich die Welser ÖVP immer unter Zuhilfenahme von Wortspielereien hinter den Dingen verstecken. Nur wenn es einmal darum geht, der Landes-ÖVP eine Botschaft auszurichten und Verantwortung finanzieller Natur für beschlossene Gesetze zu übernehmen, sollte man sich doch nicht irgendwo verstecken. So kann es doch wirklich nicht sein, denn wir sitzen ja hier herinnen als Welser Politiker. Wir können zwar engagierte Oberösterreicher, engagierte Österreicher und Europäer sein, aber als Politiker sind wir da in Wels tätig und den Welserinnen und Welsern verantwortlich. Uns geht hier das Geld ab und deshalb müssen wir es vom Land einfordern. Wer also hier nicht mitstimmt, stimmt gegen die Welser.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich danke für die abgeführte Diskussion, nur ist es halt so, dass man in der Schule gesagt hätte: Thema verfehlt! Es ist nämlich nicht so, dass wir von der SPÖ-Fraktion in unseren Antrag hineingeschrieben hätten, dass wir nicht mit dem beitragsfreien Kindergarten einverstanden sind. Du sagtest ja selbst, dass wir diese Maßnahme würdigten und natürlich war es immer eine zutiefst sozialdemokratische

Forderung, den Kindergarten so auszubauen, dass er für die Familie wirklich eine Funktion erfüllt.

Und der Rechnungshof stellte in seinem Bericht vom Mai diesen Jahres fest – ich habe das in unserem Antrag zitiert – dass nicht in allen Einzelfällen die Zusagen eingehalten wurden.

Es stimmt schon, was die Investitionen betrifft, nämlich dass die Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch die noch unter Stadtrat Dr. Ganzert eingeleiteten Maßnahmen durchgezogen hat. Wir haben Kindergärten im Schnellzugtempo errichtet, wir haben Kindergärten um Gruppen erweitert und wir haben zusätzlich Dienstleister beauftragt, um diesen Anforderungen aufgrund des neuen Gesetzes so schnell wie möglich gerecht werden zu können.

Faktum ist aber, dass die Mehrkosten, die auf uns als Gemeinde zugekommen sind, nun bei uns hängen bleiben. Es geht aber nicht darum, dass wir vielleicht sagen würden, das Geld sei schlecht ausgegeben, sondern vielmehr geht es darum, dass gerade die ÖVP hier im Gemeinderat und sonst in der Öffentlichkeit immer Einsparungen einfordert, sie aber in diesem Bereich nicht dazu bereit ist, gemeinsam mit uns zur Stadt zu stehen, wenn es um Geld vom Land Oberösterreich geht und wenn wir der zuständigen Landesrätin, aber auch dem Herrn Landeshauptmann sagen wollen, dass sie etwas versprochen haben, das sie nicht mehr einzuhalten bereit sind. Wir müssen uns diese finanzielle Situation wirklich überlegen. Wir haben im Bereich der Bundesertragsanteile weniger bekommen, aber wir müssen andererseits Beschlüsse von übergeordneten Bereichen her vollziehen. Und nun sollten wir ganz einfach feststellen, dass wir für diesen beitragsfreien Kindergarten den Ausgleich haben wollen, der uns einmal zugesagt wurde. Und so ersuche ich darum, dass wir diesen Antrag bzw. diese Resolution gemeinsam beschließen.

Der Initiativantrag (Anlage 19) wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger ist bei der Abstimmung zu Punkt 16. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, Vzbgm. Wimmer hat die Sitzung bereits verlassen.

17.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Umsetzung der Hausaufgaben- und Lernförderung in allen Welser Volksschulen
DI-Verf-290-2012

GR. Reindl-Schwaighofer: Der dritte Antrag der SPÖ, den ich jetzt kurz referieren werde, behandelt ein Thema, das meiner Ansicht nach in unserer Stadt ein sehr unumstrittenes ist, nämlich die Förderung von Schülerinnen und Schülern in der Volksschule.

Es gibt schon einige Volksschulen, in welchen diese Förderung schon durchgeführt wird und ich habe das im Antrag ausgeführt. Und die Intention dieses Antrages wäre jene, dass wir uns dazu bekennen und weitere Maßnahmen umsetzen. Und diesbezüglich danke ich auch für den eingebrachten Konkretisierungsantrag der ÖVP, den jetzt der Bürgermeister verlesen hat. Für mich war das beim Abfassen des Antrages der SPÖ selbstverständlich, aber ich glaube, es handelt sich hier um eine gute Konkretisierung. Jedenfalls sollten wir zur Umsetzung in der Richtung kommen, dass in allen Volksschulen dieses Angebot gemacht wird. Wir wissen ja, dass wir bei jedem Volksschüler, den wir sozusagen von Anfang an mit einer eventuell notwendigen Förderung unterstützen, im Nachhinein weniger Probleme haben.

So ersuche ich sie darum, diesen Antrag gemeinsam zum Wohle der Kinder in dieser Stadt zu beschließen.

Die Abstimmungen zu Punkt 17. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

In getrennt durchgeführten Abstimmungen werden sowohl der Hauptantrag (Anlage 20) als auch der Zusatzantrag der ÖVP-Fraktion (Anlage 21)

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Margarete Josseck-Herd

18.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Subventionen für das Richard-Wagner-Festival Wels
DI-Verf-293-2012

GR. Josseck-Herd: Ich gebe zu: Dieser Antrag ist mir ein großes persönliches Anliegen. Man kann sagen, dass er mir eine Herzensangelegenheit ist. Es gilt nämlich, ein Klassik-Festival zu retten, das seit 23 Jahren das Image der Stadt zum Vorteil geprägt hat. Wer sich ein bisschen mit Opern und Klassik beschäftigt, weiß, dass das Wagner-Festival mit seinen werkgetreuen Operninszenierungen einen besonderen Stellenwert im europäischen Opernkalender innehat. Die traditionellen Inszenierungen und das hohe musikalische Niveau locken die Opernliebhaber aus halb Europa nach Wels. Das ist eine Tatsache. Das Publikum, das sich längst schon vom sogenannten Regietheater

verabschiedet hat, ist enttäuscht von den aggressiven Inszenierungen beispielsweise in Bayreuth und dieses Publikum kommt besonders gern nach Wels. Und wenn man weiß, dass gerade das Opern-Publikum über eine große Kaufkraft verfügt, ist einem schnell klar, dass es hier um hohe Einnahmen geht, nämlich für Wels und die ganze Region. Die Opernbesucher nächtigen in den Welser Hotels, sie konsumieren viel und gern und sie kaufen auch sehr gern ein. Viele machen sogar Urlaub in der Region, zum Beispiel im Salzkammergut.

Ich weiß, wovon ich rede, weil ich ein großer Opernfan bin und viele Opern-Reisen mache. Ein sehr schönes Erlebnis – das möchte ich ihnen nicht vorenthalten – hatte ich vor zwei Jahren in der Pariser Oper. Ich konnte hören, wie eine Französin von ihrem Bekannten gefragt wurde, wie denn die Opernpläne für den kommenden Sommer aussehen. Sie zählte einige Städte auf und sagte zu ihrem Gegenüber – Herr Reindl-Schwaighofer, es wäre gut, würden sie mir zuhören, damit sie etwas besser informiert werden – dass sie im Mai in Wels beim Lohengrin sei. Das sagte eine Französin in der Pariser Oper. Für den Herrn war Wels kein Begriff, aber die Dameklärte ihn ganz begeistert auf. Und für mich war es eine Gelegenheit, mich stolz als Welserin zu outen.

Derzeit schaut es allerdings anders aus, denn seit in den Zeitungen zu lesen war, dass im Jahr 2013 der sogenannte letzte Vorhang beim Welser Wagner-Festival fallen soll, traue ich mir fast nicht mehr zu sagen, dass ich aus Wels komme, wenn ich mit Opernfreaks unterwegs bin. Ich werde nämlich sofort mit vielen Fragen bombardiert. Warum wird das Wagner-Festival nicht weitergefördert? Ist es den Kulturverantwortlichen von Wels nicht klar, um welches Juwel es sich bei diesem Festival handelt? Und so weiter. Man kann es einfach nicht verstehen, warum sich Wels die Chance nimmt, positiv über die Grenzen Österreichs hinaus als Kulturstadt aufzufallen.

Ich muss leider zugeben, dass man das Gefühl nicht los wird, dass es sich bei der Kultur-Beamtenschaft von Wels speißt. Man hat den Eindruck, dass dort der Hund begraben ist. Da werden beispielsweise ohne vorherige Vereinbarung Kosten verrechnet, die 20 Jahre lang nicht verrechnet wurden, weil sie mit einer Pauschale abgegolten waren. Mit viel Kreativität und bürokratischer Schikane werden die Festival-Verantwortlichen in Schwierigkeiten gebracht. Die schriftlich zugesagte Subvention für 2012 ist bis heute nur zu einem kleinen Teil beschlossen und ausbezahlt worden. Und im Kulturausschuss kann man schon mal die Bemerkung hören: Die G'stopften sollen sich ihre Opern selber zahlen!

Ich kann aber nicht glauben, dass man nicht über den Tellerrand hinausschaut und solch ein etabliertes Klassik-Festival aus kleinkarierten Gründen auslaufen lässt. Aber ohne Unterstützung der Stadt kann das kulturelle Highlight leider nicht fortgeführt werden. Pro Jahr werden 80.000 Euro als Zuschuss von der Stadt benötigt. Die Vorlaufzeit für ein derartiges Projekt ist sehr lang, weit länger als ein Jahr. Deshalb müssen die Veranstalter in Bezug auf die Förderungen möglichst bald Sicherheit haben. Und darum ist es unbedingt notwendig, noch im heurigen September den Beschluss über die Förderungen für die Jahre 2014 und 2015 zu fassen.

Wenn jetzt aber einer aufsteht und nach der Geschäftsordnung eine Zuweisung dieses Initiativantrages an den Ausschuss verlangt, dann ist das Festival leider gestorben.

Ich darf somit den Antrag verlesen: Die Stadt Wels soll für die Jahre 2014 und 2015 je 80.000 Euro an Subventionsmittel für das Richard-Wagner-Festival Wels zur Verfügung stellen. Dafür ersuche ich um ihre Zustimmung. Zeigen sie Flagge!

GR. Hacker zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, diesen Initiativantrag zur weiteren Beratung an den Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss zu verweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Hacker auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 22) an den Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei der Abstimmung zu Punkt 19. der Tagesordnung nicht mehr in der Sitzung anwesend.

GR. Josseck-Herdt: Ich danke für die eindeutige Deklaration!

Bgm. Dr. Koits: Frau Kollegin Josseck-Herdt! Sie waren Berichterstatterin und es sind ihnen nach der Abstimmung keine weiteren Diskussionsbeiträge zuzubilligen.

Und nachdem sie diese Bemerkung machten, darf ich doch meine Beamten in Schutz nehmen und sagen: Wäre alles ordnungsgemäß verlaufen, dann hätte es schon eine Abrechnung gegeben. Das so weit etwas dazu und mehr äußere ich dazu nicht!

Ich danke für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Haböck

19.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
finanzielle Unterstützung von auswärts studierenden Welserinnen und Welsern
DI-Verf-291-2012

Bgm. Dr. Koits verweist darauf, dass es hiezu einen Abänderungsantrag (Anlage 24) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion gibt und er verliest diesen Antrag.

GR. Haböck: In unserem Antrag heißt es, der Gemeinderat möge beschließen, dass auswärts studierende Welserinnen und Welser – damit wären sowieso nur die in Öster-

reich studierenden Welserinnen und Welser gemeint gewesen und deshalb habe ich kein Problem mit diesem Abänderungsantrag – mit jenem Betrag jährlich unterstützt werden mögen, den am Studienort Wohnende Rabatt für Semestertickets des ÖPNV bekommen. Für Studenten in Wien wären das zum Beispiel derzeit 75 Euro pro Semester, die von Wels zu bezahlen wären, um eine Verlegung des Hauptwohnsitzes aus dem Titel der Kostenersparnis zu verhindern.

Die Begründung hierfür lautet:

Viele auswärts studierende Welserinnen und Welser melden ihren Hauptwohnsitz in der Stadt an, in der sie das Studium absolvieren. Dies geschieht häufig nur aus dem Grund, um stark ermäßigte Semestertickets am jeweiligen Studienort für die regionalen öffentlichen Verkehrsbetriebe, die es für dort ansässige Studentinnen und Studenten gibt, beziehen zu können.

Die Jugendlichen haben mit der Beibehaltung des Hauptwohnsitzes weiterhin einen starken Bezug zu Wels, was auch für die zukünftige Berufsentscheidung ein maßgeblicher Faktor sein kann. Pro Einwohner erhält die Stadt Wels derzeit jährlich rund 900 Euro an Bundesertragsanteilen, wodurch eine Förderung, die dazu führt, dass Studierende Welserinnen und Welser bleiben, auch wirtschaftlich sehr sinnvoll für die Stadt Wels wäre. Ich bitte jetzt noch um Beschlussfassung.

GR. Ganzert: Es ist so, dass von unserer Fraktion die grundsätzliche Zustimmung zu diesem Antrag herrscht. Ich möchte aber trotzdem anmerken, dass dann, wenn man sich vor allem die Bundesdebatte zum Thema Studiengebühren oder Studienbeitrag anhört, momentan eine andere Sichtweise der JVP, was die finanzielle Unterstützung von Studentinnen und Studenten betrifft, zu Tage tritt. Jedenfalls ist aber dieser hier eingebrachte Antrag grundsätzlich sehr begrüßenswert. Du hast leider Recht, dass viele Welserinnen und Welser, die studieren, aufgrund ihres Hauptwohnsitzes diskriminiert werden und dem ist entgegenzutreten.

Weiters freut mich sehr, dass du unserem Abänderungsantrag schon mehr oder weniger die Zustimmung gegeben hast.

Im Antrag ist auch irgendwo die Rede von der Identität mit Wels. Wenn aber beispielsweise jemand auf einem anderen Kontinent studiert, wird es wohl sehr schwierig, alle möglichen Dinge einzubinden. Außerdem würde es wohl administrativ sehr schwierig, irgendwelche Dinge aufzurechnen und so möchte ich damit das Haus Magistrat nicht überfordern.

GR. Schatzmann: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schatzmann auf Zuweisung gst. Initiativantrages an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

11 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 23 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer hat schon vorzeitig die Sitzung verlassen und ist bei o.a. Abstimmung nicht mehr anwesend.

StR. Dr. Rabl: Die Sitzung findet ja zwischenzeitlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und so merkt man, dass bei den Einzelnen das Temperament und die Emotion deutlich heruntergekommen sind. Man könnte aber auch sagen, dass es sich jetzt um eine erfreuliche Arbeitsatmosphäre handelt. Es ist schon ähnlich wie im Parlament, wo auch nichts mehr gesagt wird, sobald die Kameras weg sind. Nun, in diesem Fall ist es mir aber doch ein Anliegen, etwas genauer auf den Antrag einzugehen, nämlich in mehrfacher Hinsicht.

Es wurde ja dargestellt, lieber Stefan – das ist dem Antrag so entnehmbar – wie es mit Wien aussieht. Das ist aber nicht die einzige Vergünstigung, die wohnsitzmäßig in Wien gemeldete Studenten bekommen, wie ich mich informierte. Es sind also noch andere Vergünstigungen vorhanden.

Zweitens gibt es das nicht nur in Wien, sondern auch in Graz, in Salzburg, Innsbruck und anderen Studentenstädten. Auch dort gibt es Vergünstigungen nicht nur für die Benützung der Nahverkehrsmittel, sondern auch für verschiedene andere Bereiche.

Und wenn wir jetzt das Tor öffnen und sagen, dass wir den Vorteil, den jemand hat, wenn er nach Wien geht, ausgleichen, nämlich mit einem Betrag in Höhe von 75 Euro, dann ist das ein überschaubarer Betrag. Wenn wir aber meinen, dass wir die Dinge zur Gänze ausgleichen wollen, dann müssen wir einmal überprüfen, was es dann überhaupt in den einzelnen Städten an Vergünstigungen gibt. Da geht es nicht mehr allein um die öffentlichen Verkehrsmittel, sondern auch um verbilligte Eintritte etc., etc.

Ich stelle mir also die Frage – ich habe mir das durch den Kopf gehen lassen, dass Wels ungefähr 1.000 Studenten hat – um wie viel Geld es hier eigentlich geht. Geht es dabei vielleicht um 75.000 Euro oder muss man etwa bei Wien, wo es noch verschiedene andere Begünstigungen gibt, eine zusätzliche Bewertung durchführen. Bewertet man diese etwa mit 150.000 Euro, dann ergeben sich zusammen rund 230.000 Euro. Oder bieten andere Städte vielleicht noch mehr als Wien?

Und so frage ich mich, ob wir nicht einen umgekehrten Ansatz wählen sollten. Sollten wir uns nicht fragen, was wir tun können, um Wels so zu attraktiveren, dass junge Leute, die in Wels studieren, hier einen Hauptwohnsitz begründen und wir auf diese Art und Weise einen Ausgleich bekommen?

Das heißt also Folgendes. So gut die Idee prinzipiell ist, so viel Aufklärungsbedarf scheint mir in dieser Sache noch gegeben. Wir sind nicht prinzipiell gegen diesen Antrag, sondern meinen nur, dass es einfach noch zu viele Fakten gibt, die derzeit noch nicht auf dem Tisch liegen. Ich muss doch zuerst einmal erheben, wie viele Welser Studenten es gibt, welche Förderungen es woanders gibt und ob es tatsächlich ein Anreiz für die Studenten wäre, aufgrund einer Förderung seitens der Stadt Wels ihren Hauptwohnsitz hier zu behalten. Oder ist das vielleicht sowieso alles wurst?

Ich ersuche daher, sich diese Sache nochmals zu überlegen. Ich glaube, dass diese Idee eine breite Mehrheit finden könnte, aber wir sollten doch zuvor wissen, worüber wir eigentlich reden. Die Sache ist derzeit noch nicht völlig ausgereift und deshalb wäre es

vielleicht doch sinnvoll, darüber auch noch in einem Ausschuss, vielleicht im Bildungsausschuss zu diskutieren und einmal diese Grundbasisdaten zu erheben, um ein genaueres Bild zu erhalten.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich denke, man sollte die Kirche doch im Dorf lassen. Ich teile die Ansicht von Stadtrat Rabl, dass man es sich natürlich ansehen könnte, welche Möglichkeiten an Vergünstigungen es an anderen Studienorten Österreichs gibt, aber andererseits finde ich, dass hier eine ganz klare Formulierung vorliegt. Es geht hier also um die Mobilität der Studenten an den jeweiligen Studienorten. Und so meine ich, dass wir heute diesen Antrag ruhig beschließen können, andererseits könnten wir das von dir Gesagte als Anregung für einen anderen Antrag nehmen. Ihr könnt das je recherchieren und als Antrag einbringen, damit wir das dann gemeinsam beschließen können.

GR. Mag. Mayerhofer: Meine Fraktion begrüßt grundsätzlich diesen Antrag, allerdings muss ich mich ebenfalls dem Herrn Dr. Rabl anschließen und sagen, dass es damit verbunden noch sehr viele Ungereimtheiten gibt, die eigentlich im Vorfeld zu klären sind, damit man solch einem Antrag im Gemeinderat wirklich die Zustimmung geben kann. So übernehmen beispielsweise die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland diese Förderung und so stellt sich die Frage, ob das nicht eigentlich etwas wäre, das das Land Oberösterreich übernehmen könnte, damit die woanders Studierenden ihren Hauptwohnsitz in Oberösterreich behalten. Ist das wirklich eine Leistung, die die Stadt übernehmen muss? Wir würden es daher ebenfalls begrüßen, könnte man über diesen Antrag noch eingehender in einem Ausschuss diskutieren.

GR. Markus Wiesinger: Lieber Andreas, man kann es sich oft auch schwerer machen, wie es wirklich ist. Ich weiß nicht, was du in Zusammenhang mit diesem Antrag nicht verstehst. Hier geht es ganz einfach um die auswärts studierenden Welserinnen und Welser.

Und wenn hier von Wien geschrieben steht, so ist Wien nur ein Beispiel. Hier steht, dass es zum Beispiel derzeit in Wien 75 Euro pro Semester wären und es ist hier auch klar geregelt, dass es um ein Semesterticket geht. Ich weiß also nicht, warum du diesen Antrag nicht verstehst und irgendwie glaubst, dass hier sehr viel an Finanziellem losbrechen könnte. Ich meine hingegen, dass man einen Antrag gar nicht präziser formulieren kann, als er hier dasteht. Lies ihn dir nochmals durch: Es ist wirklich alles sehr verständlich.

GR. Haböck: Ich danke für die einzelnen Wortmeldungen von jeder Fraktion zu diesem wichtigen studentischen Thema. Ich danke dafür, dass es einerseits eine signalisierte Zustimmung gibt, andererseits aber auch eine prinzipielle Zustimmung. Für mich ist ohnehin klar, dass dieser Antrag sowieso noch in einem Ausschuss behandelt wird.

Ich halte fest, dass es hier rein um eine Förderung in Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs geht, die beispielsweise in Wien für Studenten diese 75 Euro ausmacht. Richtig ist, dass es in anderen Städten andere Beträge gibt, aber Wien ist hier als Beispiel erwähnt. Es geht hier nicht – du kennst mich, Andreas, dass das für uns nicht in Frage käme – um ein zusätzliches Geldgeschenk, denn dieser Förderung steht ja ein Gegenwert in Form der Bundesertragsanteile gegenüber. Wenn dies also heute mit breiter Mehrheit beschlossen wird – am besten wäre natürlich eine Einstimmigkeit – dann geht es lediglich um die Übernahme der Differenz bei den Tickets

für den öffentlichen Nahverkehr, damit einerseits ein wirtschaftlicher Nachteil für die Stadt Wels, andererseits für die Studenten vermieden bzw. abgedeckt werden kann.

Prinzipiell bin ich aber sehr froh darüber, dass sich alle Fraktionen darüber Gedanken machen, wie man die Studentenstadt Wels attraktiver machen kann. Ich kann klar sagen, dass wir als Junge ÖVP uns dem sicher nicht verschließen werden. Wir freuen uns vielmehr auf eine künftige Debatte hierüber und sind offen für alles.

Für heute ersuche ich jedenfalls um Beschlussfassung sowohl unseres Initiativantrages, aber auch des Abänderungsantrages.

Die Abstimmungen zu Punkt 19. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 24) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

20 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
und 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 23) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird ebenfalls mit

20 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
und 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei den o.a. Abstimmungen zu Punkt 19. der Tagesordnung nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Mag. Elke Mayerhofer

20.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Überarbeitung der Website der Stadt Wels
DI-Verf-292-2012

GR. Mag. Mayerhofer: Die GRÜNEN Wels haben für heute den Antrag eingebracht, es möge eine inhaltliche Überarbeitung der Website der Stadt Wels durchgeführt werden. Dabei geht es nun, grob gesagt, um folgende Dinge:

Erstens ist uns die Überarbeitung des Hauptmenüs und der Untermenüpunkte ein Anliegen. Derzeit besteht das Hauptmenü aus folgenden Punkten:

- Leben in Wels
- Kultur und Bildung
- Freizeit und Sport
- Energie und Umwelt
- Wirtschaft und Verkehr
- Tourismus
- Verwaltung und Bürgerservice

Zu all diesen Punkten des Hauptmenüs gibt es jeweils noch viele Unterkategorien, die ich jetzt allerdings nicht aufzählen werde.

Ich veranschauliche Ihnen jetzt unser Anliegen anhand einiger Beispiele. Angenommen, Sie spielen in Ihrer Freizeit Volleyball oder Basketball. Sie sind nicht ein Mitglied eines entsprechenden Vereins und suchen nach Möglichkeiten, in der Stadt diesen Sport ausüben zu können. Sie suchen also auf der Website der Stadt nach derartigen Möglichkeiten und klicken sich in das Menü „Freizeit und Sport“ ein. Dann stehen Sie aber mehr oder minder an. Sie finden unter diesem Menü zwar Informationen über das Laufdorado, über das Welldorado, über das Eislaufen, über die einzelnen Welser Sportvereine, aber die Information, dass Sie beispielsweise für das Volleyballspiel die Anlage des WTV nutzen könnten, die fehlt auf der Website der Stadt Wels, und dies obwohl wir hier im Gemeinderat einen Beschluss in Bezug auf diese Nutzungsmöglichkeit in Zusammenhang mit einer finanziellen Förderung fassten. Die Stadt Wels zahlt demnach an den WTV eine Art Mitbenützungsgebühr, damit allen Welserinnen und Welsern diese Anlage zur Nutzung offen steht.

Ich nenne ein anderes Beispiel. Sie suchen Informationen zum FH-Standort Wels. Normalerweise präsentieren sich Uni- oder Fachhochschulstandorte selbst sehr prominent, aber nicht die Stadt Wels. Sie klicken also den Bereich „Kultur und Bildung“ und wenn Sie dann der Menüführung folgen, stehen Sie auf einmal vor der Entscheidung zwischen der „Schule“ und der „Erwachsenenbildung“. Ich gestehe, dass ich mich bei der FH für die Erwachsenenbildung entschieden habe, auch wenn die FH das Wort „Schule“ im Namen trägt, würde ich Sie nicht als Schule kategorisieren. Aber das war leider eine Fehlanzeige. Mehr oder minder durch Zufall habe ich dann die FH doch noch gefunden. Dort fand ich zwar sehr viele Informationen über das Studienangebot etc., aber was die Stadt Wels speziell Studierenden zu bieten hat, darüber finden sich keine Informationen. Man erfährt weder etwas darüber, wie es in der Stadt mit Unterkünften aussieht, mit dem Nachtleben, mit Verkehrsmitteln oder sonst etwas.

Ich komme zu einem letzten Beispiel. Politik ist nicht Verwaltung und Verwaltung ist nicht Politik. Beide Bereiche sind zwar eng miteinander verflochten, aber trotzdem gibt es Unterschiede. Daher ist es uns GRÜNEN ein Anliegen, dass der Bereich Politik aus dem Menüpunkt „Verwaltung und Bürgerservice“ herausgelöscht wird.

Und bei dieser Gelegenheit sollte man auch darüber nachdenken, den Bereich Politik umfassender zu gestalten. Nehmen wir beispielsweise den Menüpunkt heraus. Da finden sich Informationen über die Mitglieder, darüber, aus wie viel Fraktionen der Gemeinderat besteht und wie die Mandatsverteilung aussieht. Es gibt einige Informationen aus dem Statut der Stadt Wels, über die Mitglieder der einzelnen Fraktionen und dazu auch noch über die Kontaktdaten. Das war es dann aber schon. Als Besucherin oder Besucher dieser Website der Stadt Wels erfahre ich nichts darüber, welche Ausschüsse des Gemeinderates eingerichtet sind, wie oft diese tagen und womit sich diese beschäftigen. Man findet auch nichts darüber, wer von welcher Partei in den diversen Ausschüssen vertreten ist usw. Wir fänden es auch gut, würden die Mitglieder des Gemeinderates auf der Homepage der Stadt Wels besser präsentiert. Das beginnt beim Foto und reicht über Informationen darüber, wer für welche Themen zuständig ist, bis hin zu einer persönlichen Vorstellung.

Ich könnte ihnen jetzt noch unzählige weitere Beispiele darüber bringen, was für uns als änderungswürdig gilt. Dennoch möchte ich mich auf diese drei Beispiele beschränken, da ich denke, dass schon diese unseren Standpunkt sehr gut verdeutlichen.

Ein weiteres Kriterium ist für uns in der inhaltlichen Überarbeitung gegeben. Hier dreht es sich schlicht und einfach um mehr Information. Wenn jemand die Website der Stadt Wels besucht, will er nicht nur Adressen finden, sondern ganz gezielt mehr Informationen. Und diese Informationen liegen ja in der Stadt Wels vor. Es gibt Statistiken für fast alles. Ich möchte wieder ein konkretes Beispiel hernehmen.

So gibt es auf der Website den Menüpunkt „Radfahren in Wels“. Hier findet sich als Download die gleichnamige Broschüre, es ist die Rede von einer Welser Radlerkarte, es gibt Informationen über das Radfahren gegen Einbahnen usw. Allerdings könnte man noch mehr Informationen bringen, etwa darüber, wie viele Kilometer das Radwegnetz in Wels umfasst, wie viele Radunfälle es in den letzten Jahren gegeben hat, wie hoch der Radverkehrsanteil liegt usw. Diese statistischen Daten gibt es und sie könnten auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ein anderes Beispiel wäre die Stadtbücherei. Wie viele Bücher oder CD's werden in einem Jahr entlehnt, wie viele Entlehnungen pro Jahr entfallen durchschnittlich auf eine Kundin, einen Kunden, welcher ist der ausleihstärkste Monat etc., etc. Sie wissen sicher alle, was ich damit ausdrücken möchte.

Nun darf ich noch einen letzten Punkt anführen, den ich grob als „Kleinigkeiten“ betiteln möchte. Das beginnt beim Welios, das sich von seinem ursprünglichen Namen „Oö. Science-Center verabschiedet hat und jetzt „Energie.Erlebnis.Haus“ heißt. Dem sollte auch auf der Website der Stadt Wels Rechnung getragen werden. Dort heißt es noch immer: Welios – Oö. Science-Center.

Dann sollte auch über eine Ausweitung der E-Government-Möglichkeiten nachgedacht werden. Dabei könnte man sich überlegen, inwieweit die Trennung von „Service von A bis Z“ und von E-Government wirklich notwendig ist.

Generell wäre es auch wünschenswert, gäbe es mehr Bilder auf der Website der Stadt Wels, weil wir ja mittlerweile alle sehr stark über Bilder kommunizieren. Als konkretes Beispiel möchte ich hier die Jugendtreffs anführen. Es wird zwar auf der Website jeder

Jugendtreff kurz beschrieben, aber dazu fehlen die Bilder, was ja die Vorstellung komplettieren würde.

Insgesamt darf bei einer Überarbeitung der Website nicht auf die Barrierefreiheit vergessen werden. Und eine geschlechtergerechte Sprache wäre ebenfalls wünschenswert.

Aus all den angeführten Gründen ersuche ich sie nun, werte Kolleginnen und Kollegen, um Diskussion und Zustimmung zu unserem Antrag auf inhaltliche Überarbeitung der Website der Stadt Wels.

GR. Reindl-Schwaighofer: Dieses Thema ist so wichtig, dass wir gerne hätten, dass darüber noch ausführlich im Ausschuss diskutiert wird. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, dass dieser Initiativantrag an den Ausschuss zugewiesen wird, damit man ihn dort noch näher erläutern kann, weil dieses Thema wirklich sehr wichtig ist.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst Initiativantrages (Anlage 25) an den dafür zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

20 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 14 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei Behandlung von Tagesordnungspunkt 20. nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Verhängung eines Baustopps für im Bau befindliche Sportprojekte, die nicht einem vom Land Oberösterreich vorgeschriebenen Kostendämpfungsverfahren unterzogen wurden:

Der Bürgermeister stellt fest, dass dem Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion (Anlage 1) zu Beginn der Sitzung die Dringlichkeit zuerkannt wurde und ersucht nunmehr um Wortmeldungen zum Sachantrag.

StR. Lehner: Ich möchte nochmals unterstreichen, wie wichtig es ist, dass bei Sportprojekten tatsächlich ein Kostendämpfungsverfahren durchgeführt wird. Und wir sollten bei Projekten, die schon begonnen wurden, die Chance nutzen, mit dem Land nochmals in Diskussion zu treten und wirklich dahinter zu sein, dass Landesgelder nach Wels gebracht werden können. Man sollte nicht groß dran sein und einfach sagen: Was

interessiert uns das Landesgeld! Ich meine nämlich, dass es jeden Steuerzahler in Wels interessiert, was mit dem Geld passiert, das durch Steuern hereinkommt. Und wenn wir noch die Möglichkeit haben, durch einen Baustopp zu Förderungsmitteln des Landes zu kommen, dann sollten wir unbedingt diese Möglichkeit nutzen. Das sind wir den Welserinnen und Welsern schuldig.

Es wäre für mich auch ein klares Bekenntnis zur Budgetpolitik der Stadt, würde man jetzt diesem Antrag zustimmen. Eine Ablehnung käme in Wirklichkeit einer Ignoranz gleich, so nach dem Motto: Es spielt keine Rolle, was mit Fördergeldern passiert, denn wir in Wels brauchen sie sowieso nicht.

Ich ersuche sie also um ihre Zustimmung.

StR. Dr. Rabl: Zugegebenermaßen muss ich sagen, dass mich solch ein Antrag ein bisschen verwundert, lieber Peter, und zwar aus mehreren Gründen.

Es ist doch so, dass alle hier in Rede stehenden Bauvorhaben mit Zustimmung der ÖVP beschlossen wurden. Ich frage mich, warum man nicht schon vor dieser Zustimmung die Frage aufwarf, ob denn dieses oder jenes Vorhaben einem Kostendämpfungsverfahren unterzogen wurde. Dass der ÖVP diese Frage erst jetzt einfällt, ist irgendwo eigenartig, nachdem manche Projekte schon zwei Jahre lang diskutiert werden bzw. ist eben schon der Bau aufgenommen worden.

Zum Zweiten finde ich, dass der Inhalt des Antrages widersprüchlich ist. Da steht doch, dass es sich um sämtliche im Bau befindliche Sportprojekte handelt, die nicht einem vom Land vorgeschriebenen Kostendämpfungsverfahren unterzogen wurden. Richtig ist, dass sich die Anlage bei WSC Hertha in Bau befindet, die Freizeitanlage in der Maxlheid ist noch gar nicht in Bau, die Tennishalle Rosenau steht nicht in Sanierung und bei der Sportanlage Mauth befindet sich zwar der Kunstrasenplatz noch nicht in Bau, aber die Arbeiten sind schon ausgeschrieben. Also, bei zwei Vorhaben trifft das noch gar nicht zu, weil sie sich derzeit noch nicht in Bau befinden.

Als nächstes wundert mich das Ganze insofern, weil das Kostendämpfungsverfahren gar nicht vorgeschrieben ist, denn im Absatz 2 steht ausdrücklich, dass dieses nicht für Statutarstädte gilt. Warum soll es laut diesem Antrag vorgeschrieben sein, obwohl das laut Erlass nicht der Fall ist? Das ist ja ein Erlass aus einem ÖVP-Ressort und ich finde es schon etwas eigenartig, warum das auf einmal im Welser Gemeinderat begehrt wird. Für mich dreht es sich in dieser Frage eigentlich nur um blanken Populismus. Wir nehmen dies zwar zur Kenntnis, aber solche Vorgangsweisen machen halt eine Zusammenarbeit schwierig, denn man kann sich auf einen Beschluss, den die ÖVP selbst mittrug, nicht verlassen. Wenn ich zwar einem Sportzentrum zustimme, dann aber fünf Monate später dafür einen Baustopp verlange, damit wir vielleicht eine Förderung bekommen, die wir aber letztlich doch nicht bekommen, weil das Land ohnehin kein Geld hat, dann muss ich mir schon die Frage stellen, was das alles bedeuten soll. Soll man doch gleich von Anfang an sagen, dass man gegen ein bestimmtes Projekt ist! Statt dessen spricht man von einem Kostendämpfungsverfahren, hat aber andererseits kein Problem damit, Geld, das aufgrund einer Änderung oder Aufhebung eingespart werden kann, gleich wieder anderweitig auszugeben. Das ist doch ein bisschen eine doppelböckige Politik, mit der man aus meiner Sicht bei der Bevölkerung nicht durchkommen wird. Diese Politik ist nämlich ganz einfach durchsichtig. Es besteht keine klare Linie, das heißt, einmal sagt man ja und einmal nein, weil man halt glaubt, gerade das ver-

treten zu müssen, was opportun ist. Es ist somit keine klare Linie zu erkennen und das wird wahrscheinlich doch nicht gut ankommen.

Ich kann nur ankündigen, dass wir von unserer Fraktion sehr klar darstellen werden, wo die ÖVP überall einer Kostenüberschreitung zustimmt oder wo es eben darum geht, Budgetüberschreitungen zu beschließen. Die Frau Anna Eisenrauch vertrat kürzlich die Meinung, dass wir sofort eine neue Volksschule um 10 Millionen benötigen und vielleicht auch noch in der Noitzmühle, die dann eventuell schon 12 Millionen kostet. Da wird mit den Millionen herumgeschmissen ohne Kostendämpfungsverfahren oder sonst etwas.

Da verlangt man etwas, obwohl man vorher schon zustimmt. Für mich ist dies demnach ein Antrag, der durchaus fragwürdig ist und der aus meiner Sicht gar keinen Sinn hat, weil die Abteilungen, vor allem die Bauabteilung, die in Form der Ausschreibungen davon betroffen ist – hier gilt dem Herrn Baudirektor Pany schon im Vorhinein der besondere Dank – aber auch die Finanzabteilung und die Sportabteilung durchaus darauf achteten, dass wirklich nur gebaut wird, was echt erforderlich ist. Und jene Verfahren, die vom Land in Hinblick auf eine Förderung verlangt werden, kamen sowieso zum Einsatz, wie mir der zuständige Referent, Herr Vizebürgermeister Wimmer, versicherte.

Aber das von euch vorgeschlagene Kostendämpfungsverfahren ist sicher nicht erforderlich, weil es ja im Erlass nicht drinsteht. Aber vielleicht kann mir von euch noch jemand erklären, warum der seit dem Jahr 2007 in Form eines Erlasses verbindliche Text nicht gültig sein soll und warum es hier plötzlich seitens der Landesregierung eine andere Interpretation gibt. Wenn wir als Stadt Wels ausdrücklich von diesem Verfahren ausgenommen sind, warum sollen wir es dann durchführen lassen? Man könnte doch sagen, dass wir mit diesem Kostendämpfungsverfahren auf dem falschen Dampfer sind, denn im Erlass steht ja ausdrücklich drinnen, dass die Statutarstädte diesem Verfahren nicht unterzogen werden, das heißt, sie müssen ein anderes Verfahren auf sich nehmen.

Für mich läuft das nicht klar. Wenn schon, dann soll uns das Land klare Vorgaben in der Richtung machen, was es von uns haben will. Derzeit ist laut Erlass die Vorgabe so, dass es für Projekte in Statutarstädten kein Kostendämpfungsverfahren gibt, sondern ein anderes Verfahren. Offenbar will man das jetzt beim Land anders haben, nur meine ich halt, dass man uns das auf direktem Wege klar sagen sollte. Jetzt aber mit scheinheiligen Argumenten zu kommen und etwas zu verlangen, das wider den Text eines Erlasses steht, das kann es wohl nicht sein. Und deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Was die ÖVP mit diesem Antrag schaffte, ist die Situation, dass die Sportvereine voll in die Politik hineingezogen werden. Die Sportvereine werden in Geiselhaft zugunsten populistischer Anträge genommen. Und wenn die Datengrundlage für diesen Antrag irgendwelche Briefe sind, die irgendwann dazwischen abgesandt wurden, bei denen es sich aber nicht um die Erstansuchen handelte, dann muss ich mir doch die Frage stellen, was dieser Antrag eigentlich soll, außer dass die Umsetzung eines Kostendämpfungsverfahrens verlangt wird, für das die Stadt Wels gar nicht zuständig ist.

Sollte die Argumentationslinie die sein, dass wir nicht um eine Förderung angesucht haben, dann kann ich zum Brief aus jüngeren Tagen nur darauf hinweisen, dass diese Informationslage eine zu neue ist, denn es gibt ja in diesem Zusammenhang auch noch ältere Ansuchen.

Für mich war es beim Lesen dieses Antrages direkt spaßig, dass von diesem Antrag die Tennishalle Rosenau ausdrücklich ausgenommen wurde, sozusagen mit dem Argument, dass dort Gefahr im Verzug sei. Nun, ich vermute, dass die Sportfunktionäre der UNION stark genug waren, einen entsprechenden Druck zu erzeugen, damit ihr diese Ausnahme hineingeschrieben habt.

In Wirklichkeit dürfte es also nicht etwa um das heute auf der Tagesordnung stehende Sportprojekt oder ein anderes Sportprojekt gehen, sondern darum, dass ihr ganz einfach mit blankem Populismus versucht, Stimmung zu machen. Ich würde meinen, dass solche Vergehensweisen nicht gut sind, wenn wir andererseits in unserer Stadt gemeinsam Stadtentwicklungsprogramme machen, wenn wir schauen sollen, dass die Jugendlichen in den Sportvereinen beschäftigt werden, wenn wir zusammen mit den Sportvereinen große Integrationsmaßnahmen umsetzen wollen, wobei gerade Sportvereine ganz wesentliche Faktoren in dieser Richtung mitbringen. Warum wird das also in eine populistische Auseinandersetzung hineingezogen?

Jedenfalls geht es nicht darum, wie mir das heute in einem Zeitungsartikel unterstellt wurde, dass ich der Meinung sei, alle an diesem Sportheimbau in der Mauth Beteiligten hätten sich mit Ruhm bekleckert. Vielmehr geht es darum, dass wir die Vereinsfunktionäre und die vielen Jugendlichen, die bei den Vereinen spielen, nicht allein mit ihren Nöten lassen. Und so werden auch wir diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte mich auch noch kurz zu Wort melden, weil jetzt wieder die Diskussion über das Kostendämpfungsverfahren entstanden ist. Und ich möchte diese Wortmeldung auch zum Anlass nehmen, zu verdeutlichen, welche Zahlen und welches Datum ich heute zitierte.

Dieses Datum stammt von der Einreichung der Anträge auf Förderung durch das Land Oberösterreich. Es handelt sich dabei um Schriftstücke des Magistrates der Stadt Wels vom August 2012. Ich kann das gerne vorlegen, damit das auch der Herr Bürgermeister sieht, die zuständigen Stadträte, aber auch andere interessierte Stadträte wie Herr Dr. Rabl.

Die Formulierungen, die heute gefallen sind, kann ich nicht unwidersprochen stehen lassen. Uns ein populistisches Verhalten vorzuwerfen, das ist wirklich aus der Luft gegriffen. Gerade wir als ÖVP Wels stehen für eine Sachpolitik, eine Sachpolitik, die konsequent ist, eine Politik, die sich sehr wohl zeigen kann. Wir sagen immer von vornherein ganz klar, wofür wir stehen. Wir sagen auch ganz klar, dass wir gegen Kostenexplosionen sind und dass man es sich genauestens anschauen muss, wenn das der Fall ist, so wie eben bei diesem Sportplatz-Projekt. Dort haben wir versucht, die Notbremse zu ziehen, wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass Rot und Blau die Mehrheit haben und wir nicht dagegen ankönnen.

Es tut uns leid, dass man die Förderungsmöglichkeiten seitens des Landes ungenützt verstreichen lässt, dass dafür aber die Welserinnen und Welser verstärkt zur Kasse

gebeten werden und somit die Zeche zu zahlen haben. Ich hoffe aber, dass es hin­künftig bei anderen Projekten besser geht.

Eines möchte ich auch noch zurückweisen, nämlich dass durch eine solche Antrag­stellung, wie wir sie heute durchführten, der Sport in die Politik hereingezogen wurde. Ganz im Gegenteil ist es so, dass wir ganz streng zwischen Sport und Politik unter­scheiden. Wir trennen weiters ganz streng zwischen den Funktionen, die wir als Politi­ker ausüben und als (Nicht)-Sportfunktionäre. Es ist uns ein Anliegen, dass wir dabei streng unterscheiden, denn wir hätten ein Problem, müssten wir da im Gemeinderat das Händchen hoch halten für etwas, wo wir auch als Funktionäre beteiligt sind.

Wir sind also nicht für Populismus, sondern für eine Sachpolitik, für eine Politik, die sich sehen lassen kann und dafür werden wir auch weiterhin unsere Stimme erheben.

Vzbgm. Dr. Wieser: Es ist einfach unverständlich, was dieser Herr Dr. Csar hier zum Besten gibt. Es haben ihm doch Herr Wimmer, ich und andere drei Mal hier in diesem Saal erklärt, dass bereits am 31.08.2010 ein von mir unterschriebener Antrag in Rich­tung Land erging. Darin heißt es: „Sehr geehrter Herr Landes-Sportdirektor! Der Sportclub Hertha ersucht um Förderung eines neuen Clubheimes, welches in der Welser Sportanlage Mauth, Kopernikusstraße, gemäß den am 26. August vorgelegten Bauplänen errichtet werden soll.“

Dann gibt es ein Schreiben vom 9. September 2010: „Sehr geehrter Herr Obmann! Ich darf auf diesem Weg den Erhalt der Antragstellung vom 31. August 2010 zum Vorhaben „Neubau Sportheim WSC Hertha“ bestätigen. Ich darf festhalten“ Ich brauche nicht weiterzulesen, denn die Bestätigung des Empfangs ist wohl an dieser Stelle das Wesentliche.

Und da erklärt man einem Menschen, der Akademiker ist und hier seit so vielen Jahren sitzt, worum es wirklich geht und der steht trotzdem immer wieder auf, um das Gegen­teil zu sagen. Er sagt, er wisse davon nichts. Ich hätte ihm das schon hundert Mal unterbreiten können, aber wahrscheinlich hätte es ohnehin nichts genützt. Das ist eine absolute Verweigerung!

Der Kollege Wimmer verwendete heute einen Ausdruck für jemanden, der schlichtweg die Unwahrheit sagt. Ich weiß nicht, kann man nicht irgendeinen neuen Ausdruck erfin­den, wenn man den anderen nicht verwenden darf? Was tut denn einer, dem man schon fünfmal sagte, worum es geht und der dann immer noch etwas anderes sagt? Das ist reine Realitätsverweigerung! Wenn man dies als Populismus bezeichnet, dann ist das sozusagen noch das Mindeste. Wenn ich jedem erzähle, was hier herinnen der Dr. Csar aufführt, dann wird sich Dr. Csar wohl noch wundern. Und dass wir das den Sportvereinen erzählen, das ist eh ganz klar, denn das stellt doch eine Verhöhnung des ganzen Sachverhaltes dar. Das ist eigentlich unglaublich!

Bgm. Dr. Koits: Man könnte auch sagen: Er beharrt auf seinem Standpunkt!

StR. Lehner: Ich wollte das auch noch einmal klarstellen. Der Peter Csar, der sich jetzt ohnehin noch einmal zu Wort meldete, hat klar zitiert, woher er seine Information dar­über hat, wann ein Ansuchen um Förderung gestellt wurde. Hier handelt es sich um einen offiziellen Brief der Sportabteilung des Magistrates Wels an den Landesrat Viktor Sigl, mit dem eine Prioritätenreihung der Sportprojekte übermittelt wurde, wobei aller-

dings diese Reihung nirgends beschlossen wurde. Und es steht dort auch dezidiert drinnen, wann ein Förderansuchen gestellt wurde, nämlich aus der Sicht des Landes. Die Sicht des WSC – das möchte ich hier klarstellen – ist eine andere. Dazu gibt es eine andere Geschichte. Der Vizebürgermeister und Sportclub-Obmann Dr. Wieser hat ein anderes Datum in seinen Unterlagen und wir nehmen das gerne zur Kenntnis.

Und ich möchte klarstellen, dass wir uns zu den beschlossenen Projekten bekennen. Diese wurden ja unsererseits mit einem Budget beschlossen und gerade auch deshalb kämpfen wir dafür, dass der Herr Finanzreferent seine Aufgaben wahrnimmt, die vom Land her vorgeschriebene Dinge einhält, um eben für die Welserinnen und Welser entsprechende Förderungen lukrieren zu können. Nichts anderes fordern wir seitens der ÖVP. Dass das für die FPÖ populistisch sein mag, das kann schon sein. Populismus bedeutet ja, das zu tun, was die Bevölkerung haben möchte und so machen wir eben genau das, was sich die Welser Bevölkerung wünscht, nämlich auf das Geld der Steuerzahler zu achten. Wenn wir dies tun, sind wir scheinbar auf dem richtigen Weg.

StR. Dr. Rabl: Liebe Peters, kann ich jetzt erstmals sagen!

Bgm. Dr. Koits: Sie meinen damit aber nicht mich!?

StR. Dr. Rabl: Nein, Herr Bürgermeister! Ich habe mir ja gleich gedacht, dass es bei dieser Anrede zu einem Missverständnis kommen würde und so dachte ich, dass der Blickkontakt verhindern würde, dass es dazu kommt. Offensichtlich war das doch nicht möglich und so sage ich jetzt: Lieber Peter Csar und lieber Peter Lehner! Weil Peter Csar zuerst sagte, die offizielle Meinung des Landes gehe dahin, dass das Förderansuchen erst 2011 gestellt wurde, kann ich Folgendes ausführen. Es gibt hier ein offizielles Schreiben des Landes Oberösterreich und in diesem offiziellen Schreiben vom 9. September 2010 steht drinnen, dass die Hertha und auch die Stadt ein derartiges Förderansuchen gestellt haben. Ich weiß jetzt, was so schwierig sein soll, dies zu akzeptieren. Ich könnte noch hundert Mal irgendwelche Dokumente des Magistrates zitieren, aber ich zitiere jene Stellen, die dafür erforderlich sind. Zum Ersten handelt es sich um den Landes-Sportdirektor, der ja ein Beamter des Landes ist und von dem ich hoffe, dass er auf einem offiziellen Papier des Landes seine Ausführungen macht und zum Zweiten handelt es sich um den Verein WSC Hertha. Für mich ist es somit nicht nachvollziehbar, wenn immer wieder ein anderes Dokument hervorgezogen wird.

Und was ich jetzt sagte, kann mittlerweile auch jeder auf unserer Partei-Homepage nachlesen, und zwar unter www.welsaktuell.at. Insofern wäre es meines Erachtens wirklich ganz leicht, die Angaben nachzuvollziehen. Vielleicht wäre das für manche wirklich einmal sinnvoll.

Und ganz besonders freut mich, dass die ÖVP erkannte, dass Populismus auch etwas durchaus Positives sein kann, nämlich wenn man mit dem Volk arbeitet. Vielleicht wird es also künftig nicht mehr ganz so schnell vorkommen, dass man das Wort „Populismus“ negativ verwendet. Es würde mich wirklich freuen, falls die ÖVP diesbezüglich auf unseren Kurs einschwenkte. Ist das so, dann glaube ich, dass es in vielen Fragen eine bessere Zusammenarbeit geben wird.

GR. Prof. Mag. Teubl: Zur Klärung der Sachanlage möchte ich festhalten, dass es immer noch um den Dringlichkeitsantrag geht.

Zum Zweiten sind die Dinge noch immer nicht restlos geklärt. Wir wissen noch immer nicht ganz genau, wann von wem um etwas angesucht wurde und ob für Statutarstädte tatsächlich andere Bedingungen gelten als für die anderen Gemeinden. Wahrscheinlich können wir das hier nicht mehr abklären und ich hoffe, dass wir das doch irgendwann einmal in korrekter Weise erfahren.

Ich freue mich jedenfalls darüber, dass nun auch die ÖVP erkannte, dass beim Sportstättenbau ganz einfach zu viel Geld ausgegeben wird. Es wird hier eine Verschwendungspolitik betrieben, die unglaublich ist. Wir GRÜNE haben das immer schon gesagt und handelten uns dafür den Vorwurf der Sportfeindlichkeit ein, doch es bleibt uns trotzdem nichts anderes übrig, als immer wieder darauf hinzuweisen, dass das Sparen in allen Bereichen angesagt ist. Da kann der Sport nicht ausgenommen werden, auch wenn noch so viele Mandatare auch als Funktionäre in den Vereinen tätig sind und damit ein entsprechendes Interesse für den eigenen Verein gegeben ist.

Wir haben im Jahr 2010 ein Sportstättenanierungskonzept beschlossen, und zwar mit dem sagenhaften Umfang von 17,5 Mio. Euro. Das hätte doch genügen müssen, aber nein, es genügt nicht! Wir haben inzwischen für den FC Wels bzw. für die Sportstätte in Wimpassing einen Kostenrahmen von ca. 12,7 Mio. Euro. Und wenn man alles zusammenrechnet, den Aufwand für das großzügige neue Clubheim, weitere bauliche Maßnahmen und die neuen Plätze, dann sind wir beim WSC Hertha bei 2,55 Mio. Euro angelangt. Dann haben wir derzeit noch viele andere Projekte in Bau, was ich jetzt gar nicht näher ausführen möchte.

Wir haben immer darauf hingewiesen, dass wir nicht gegen die Sanierung von Sportstätten sind. Da kann eigentlich gar kein normal denkender Mensch dagegen sein, wenn er sich anschaut, in welchem Zustand sich so manche Sportstätten befunden haben. Ob dafür der Sportreferent keine Verantwortung trägt, weiß ich nicht, aber offensichtlich ist sehr lange nichts passiert. Aber wenn man jetzt schon innerhalb kürzester Zeit diesen baulichen Nachholbedarf abdecken will, dann wird man sehr wohl darauf achten müssen, egal ob es nun ein Kostendämpfungsverfahren des Landes für Sportstätten in Wels gibt oder nicht, dass die Kosten im Rahmen bleiben und dass so sparsam wie möglich diese Versäumnisse nachgeholt werden.

Deshalb meine ich, dass es schon sehr wichtig ist, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und uns diese Projekte noch einmal genau anzuschauen und auf ein mögliches Kosteneinsparungspotential abzuklopfen. Dies auch, obwohl es dem einen oder anderen Sportfunktionär weh tun mag. Obgleich natürlich die Vereine eine möglichst gute Ausstattung haben wollen, muss es für uns das Wichtigste sein, unsere Aufgabe als Stadt zu erfüllen und gleichzeitig darauf zu schauen, dass die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich fasse mich kurz. Zuerst komme ich zu den persönlichen Untergriffen des Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser. Es tut mir leid, lieber Bernhard, wenn ich dich geärgert habe, trotzdem möchte ich nicht haben, dass du mich so persönlich angreifst. Das habe ich nicht Not! Das passt auch nicht in den Saal herein. Bitte unterlass das in Zukunft! Das möchte ich nicht haben.

Noch einmal etwas zur Kostendämpfung. Stellt es keine Pflicht dar, dann wird die Kostendämpfung nicht gemacht. Wir sollten aber sehr wohl Kosten sparen, wo dies möglich ist.

Andreas, du hast gesagt, dass es gebe nur einen Erlass, der aber für uns nicht anwendbar sei und deshalb müsse man die Kostendämpfung nicht anwenden, das heißt, wir können praktisch ausgeben, was wir wollen. Wir sind jedoch auf einer anderen Linie und möchten schauen, dass wir bei diesen Dingen möglichst viel Geld sparen können.

Eines möchte ich zur Klarstellung nochmals sagen. Der Kollege Peter Lehner hat schon darauf hingewiesen, dass ich einen Brief des Magistrates der Stadt Wels zitierte, aus dem hervorgeht – das kann ich gerne herzeigen – dass die Antragstellung im Dezember 2011 erfolgte. Mehr habe ich nicht zitiert und das ist doch nichts Tragisches. Ich habe das nur so zitiert, weil es eben auf diesem Schreiben so aufscheint. Wenn du einen anderen Brief hast, Bernhard, dann hast du eben einen anderen Brief und wenn du andere Unterlagen hast, dann hast du diese. Ich kenne diese nicht und kann nur das zitieren, was mir vorliegt.

Zum Schluss noch Folgendes. Die Zusammenarbeit mit der ÖVP, die der Andreas Rabl angesprochen hat, die funktioniert schon deshalb nicht, weil ihr mit der SPÖ so handelseins seid. Das ist eine gute Koalition. Wie man sieht, gibt es sehr viele gemeinsame Beschlüsse und man wird sehen, wohin das noch führt.

GR. Markus Wiesinger: Ich bin kein Jurist, möchte mich aber trotzdem kurz zu Wort melden.

Ich bin davon überzeugt, dass wir den Sachverhalt heute nicht mehr genau aufklären könne, das heißt, welcher Brief wann wohin geschickt wurde. Es gibt aber auch Fakten, die unverrückbar sind und ich muss sagen, dass mir heute bei dieser ganzen Diskussion etwas abgeht. Fakt ist doch, dass es für den WSC Hertha keine Landessubvention geben wird. Der Landesrechnungshof hat klar festgelegt, dass dann, wenn ein Bau begonnen wird, bevor eine Subventionszusage getätigt wurde, solch ein Projekt nicht mehr förderungswürdig ist. Und dieses Faktum trifft auf den WSC Hertha zu.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Wiesinger! Das haben wir doch schon alles in einem eigenen Tagesordnungspunkt abgehandelt und jetzt braucht eigentlich nur mehr über diesen Dringlichkeitsantrag abgestimmt zu werden.

GR. Markus Wiesinger: Ich wollte das der Vollständigkeit halber doch auch bei diesem Tagesordnungspunkt sagen und beende damit auch schon meine Wortmeldung. Jedenfalls, meine Damen und Herren, ist das ein wichtiges Faktum.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir sind halt ein sehr diskussionsfreudiger Gemeinderat und ich möchte jetzt auch noch auf etwas hinweisen, das man sich wirklich im Mund zergehen lassen muss.

Was ist jetzt passiert? Der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Csar hat dem Herrn Vizebürgermeister Wieser gesagt, er hätte einen Brief in Händen, der ein bisschen später datiert ist und von den vorausgegangenen Briefen wisse er nichts. Das räumt aber auch ein, dass es diesen Brief, den der Dr. Wieser hat, sehr wohl geben kann. Und daraus resultiert, dass die ÖVP eigentlich ihren Antrag wegen Gegenstandslosigkeit zurückziehen müsste.

Bezüglich des Kostendämpfungsverfahrens ist relativ klar herausgekommen, dass dieses für Magistratsstädte nicht gilt. Und damit sind die Briefe, die zum Gegenstand

eures Antrages gemacht wurden, eigentlich Makulatur, weil es schon viel ältere Ansuchen gibt. Und so frage ich mich, warum wir jetzt eigentlich über eine Schimäre diskutieren, die sich hier als Antrag materialisierte.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der ÖVP-Fraktion wird bei

gegen 11 Ja-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
23 Nein-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer hat schon vor o.a. Abstimmung die Sitzung verlassen.

Abschiedsworte für W.OAR. Johann Höpfl:

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte gerne die Gelegenheit wahrnehmen und mich bei einem langjährigen Mitarbeiter, der heute zum letzten Mal in einer Gemeinderatssitzung anwesend war und immer das Protokoll führte, ganz, ganz herzlich bedanken. Er geht formell mit Ende des Jahres in Pension und wird durch die Konsumation von Urlaub usw. bei der nächsten Sitzung des Gemeinderates nicht mehr da sein. Es ist das Herr Oberamtsrat Johann Höpfl, der sogar mehr als 35 Jahre lang hier herinnen Dienst versehen hat.

Ich meine, dass jeder von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, der Bürgermeister und die anderen Stadtsenatsmitglieder nicht nur das Gespür, sondern die Gewissheit hatten, dass er, wenn man mit irgendeinem Anliegen zu ihm kam, immer versuchte, den Wünschen bestmöglich Rechnung zu tragen, egal wohin er selbst sozusagen fraktionell hingehörte. Ich hatte in den vielen Jahren, in denen ich selbst in der Politik tätig bin, nie das Gefühl, dass Herr Höpfl – ich sage lieber Hansi zu dir, weil wir uns schon so viele Jahrzehnte kennen – nicht auf die jeweilige Politikerin, auf den jeweiligen Politiker eingegangen wärst. Ich sage mit Fug und Recht, dass er für mich im Apparat, bevor dem Gemeinderat etwas vorgelegt wurde, die letzte Instanz war. Gott sei Dank hat es diese letzte Instanz gegeben. Schließlich kann überall etwas passieren und wenn es da jemand gibt, der durch seine Erfahrung, sein Wissen und sein Können bestimmte Dinge noch in die richtige Bahn lenken kann, so wie sich das in seiner Amtszeit manchmal als geboten herausstellte, dann ist das nur gut und recht.

Herr Höpfl trat 1971 in den Dienst des Magistrats. Zunächst war er in der Steuerverwaltung zur Dienstausbildung und machte dann einige Stationen durch. Am 01.01.1977 wurde er zum definitiven Leiter der Gemeinderatskanzlei bestellt. Seit dieser Zeit übte er also bis heute diese Funktion aus und er hat viele, viele unterstützt. Dazwischen gab es natürlich die Pragmatisierung und diverse Beförderungen etc., etc.

Zwischenzeitlich hat er – ich erinnere mich noch gerne daran – bei der Welser Messe vor allem anlässlich der „großen Messen“ mitgearbeitet, wenn es darum ging, dass beispielsweise in Zusammenhang mit Eröffnungsfeiern alles seinen richtigen Gang ging.

Das war ja vor 20 Jahren noch ganz anders, als es heute bei Messeeröffnungen der Fall ist. So wie anderweitig haben sich auch hier gewisse Änderungen ergeben.

Natürlich gab es dazwischen auch die Dienstjubiläen, nämlich das 35. und das 40. Ich sage immer wieder, wenn ich vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sprechen kann: Wenn jemand 40 Jahre im Hause tätig ist, egal ob im pragmatischen oder im Vertragsbedienstetenverhältnis, dann muss wohl diese Mitarbeiterin oder dieser Mitarbeiter eine ziemlich enge Beziehung zur Stadt haben, weil sonst bleibt man nicht so lange. Das ist sozusagen ein Credo, von dem ich meine, dass ich damit nicht so schlecht liege.

Lieber Hansi, sehr geehrter Herr Oberamtsrat! Letzteres sage ich ja selten, eigentlich gar nicht zu dir. Ich bedanke mich ganz, ganz herzlich für deine Arbeit, für dein engagiertes Eintreten, für deine Leistung, die du erbracht hast. Und ab Jänner, wo du offiziell in den Ruhestand übertrittst, wünsche ich dir alles Gute, vor allem Gesundheit. Ich glaube, ich darf dir von allen hier herinnen alles Gute wünschen.

(Applaus!)

W.OAR. Höpfl: Ich danke vielmals für den Applaus. Ich muss sagen, dass ich sehr gerührt bin. Es ist heute mein letzter Tag im Gemeinderat und ich bin aufgrund der Emotion leider nicht mehr in der Lage, ihnen noch ein paar Dankesworte zu sagen. Ich wünsche ihnen alles Gute für ihre Arbeit. Danke!

(Applaus!)

Bgm. Dr. Koits: Die Sitzung ist geschlossen!

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: